

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

„Analyse der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011“

Verfasserin:

Aleksandra Wierzbicka

Angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Jänner 2012

| | |
|----------------------------------|--|
| Studienkennzahl lt. Studienblatt | A 000 300 |
| Matrikelnummer | 0504540 |
| Studienrichtung lt. Studienblatt | Politikwissenschaft |
| Betreuer | Ao. Univ.-Prof. i.R. DDr. Ingrid Schütz-Müller |

Danke

Die folgende Arbeit wäre ohne Unterstützung von vielen Menschen nicht entstanden. Aus diesem Grund möchte ich mich bei denjenigen, die mich in den letzten Monaten unterstützt haben, herzlich bedanken. Ich danke meinem Betreuer, Univ.-Prof. DDr. Ingrid Schütz-Müller, vor allem für das große Vertrauen, das er mir geschenkt hat. Für seine wertvollen Tipps, sowohl im Bezug auf das Thema der Arbeit, als auch deren Inhalt. Ich danke ihm für die Zeit, die er sich genommen hat. Ich danke meiner Familie, die mich immer im Laufe des Studiums unterstützt und immer an mich geglaubt hat. Ohne meine Eltern wäre es mir nicht möglich gewesen, an der Universität Wien zu studieren. Dafür möchte ich einen großen Dank aussprechen. Ich danke meinem Freund, Stefan, für seine Geduld und sein Vertrauen in mich. Seine Tipps bzgl. der Politik und der Wirtschaft waren für mich sehr wertvoll. Ich danke auch Magda, die mich in jeder Lebenssituation mit voller Kraft unterstützt. Dank Magda fühle ich mich in Wien wie Zuhause. Und last but not least, danke ich dem Botschafter der Republik Polen in Wien, Dr. Jerzy Margański, der mir ermöglicht hat, an wichtige Quellen heranzukommen, und der viel Verständnis für mein Studium hatte.

Dziękuję mojej rodzinie, która mnie zawsze wspierała i we mnie wierzyła. Bez jej pomocy, studia w Wiedniu nie byłyby możliwe. Dziękuję Wam przede wszystkim za to, że dzięki Wam znalazłam się w Wiedniu. Dziękuję za całą okazaną mi miłość.

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--|----|
| 1. Einleitung | 7 |
| 2. Methoden und Hypothesen | 9 |
| 2.1. Methodologische Herangehensweise an die Fragestellung..... | 9 |
| 2.2. Hypothesen | 11 |
| 2.2.1. Hypothese 1 | 12 |
| 2.2.2. Hypothese 2 | 12 |
| 3. Theoretischer Zugang | 12 |
| 4. Die EU-Ratspräsidentschaft und ihre Funktionen | 14 |
| 4.1. Die Änderung der Funktionen der Ratspräsidentschaft durch den Lissabonner Vertrag | 16 |
| 5. Der internationale und nationale Kontext der polnischen Ratspräsidentschaft | 19 |
| 5.1. Der internationale Kontext der polnischen Präsidentschaft..... | 20 |
| 5.2. Der nationale Kontext-die polnische Innenpolitik..... | 22 |
| 5.3. Der Zusammenhang zwischen dem nationalen und den internationalem Kontext..... | 23 |
| 5.3.1. Polen und die Krise in der Eurozone | 23 |
| 5.4. Andere Faktoren und Rahmenbedingungen der polnischen Ratspräsidentschaft | 26 |
| 6. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft in Zahlen | 28 |
| 7. Vorbereitungen für die Präsidentschaft | 29 |
| 7.1. Woher kommen die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft? | 30 |
| 8. Die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft | 33 |
| 8.1. Wachstum | 33 |
| 8.1.1. Stabilitäts- und Wachstumspakt | 34 |
| 8.1.2. Das Sixpack und European Financial Stability Facility – Treffen zwischen Tusk und Van Rompuy; September 2011, Brüssel..... | 35 |
| 8.1.2.a European Financial Stability Facility..... | 35 |
| 8.1.2.b Sixpack | 36 |
| 8.1.3 Kohäsionspolitik und Strategie “Europa 2020” | 41 |
| 8.1.5 Elektronischer Bereich | 42 |
| 8.1.6 Europäisches Patentrecht | 43 |

| | |
|--|-----|
| 8.1.7. Single Market Forum- SIMFO..... | 45 |
| 8.1.8. European consensus on growth..... | 48 |
| 8.1.9. EU-Budgetrahmen 2014-2020 | 50 |
| 8.1.10 Budget für das Jahr 2012 | 57 |
| 9. Sicheres Europa | 58 |
| 9.1. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik | 58 |
| 9.2. Europäischer Schutzbefehl..... | 60 |
| 9.3. Energiesicherheit..... | 60 |
| 10. Ein von der Offenheit profitierendes Europa | 63 |
| 10.1. Erweiterung der EU | 63 |
| 10.1.1. Das Enlargement Forum | 68 |
| 10.2. Die Östliche Partnerschaft..... | 71 |
| 10.2.1 Gemeinsame Erklärung..... | 77 |
| 10.2.1.a Insider-Gespräche | 81 |
| 11. Umgang mit unerwarteten Ereignissen | 82 |
| 12. Polen und langfristige Prozesse in der EU | 84 |
| 12.1. Umweltpolitik..... | 87 |
| 13. Europäischer Rat-23.. 26. Oktober und 8.-9. Dezember..... | 89 |
| 14. Die Innenpolitik der EU..... | 96 |
| 15. Polen und Zukunft der EU..... | 96 |
| 16. Intergouvernementale Lösung oder der gemeinschaftliche Weg?- die ersten internationalen Reaktionen auf Ergebnisse der polnischen Ratspräsidentschaft..... | 99 |
| 17. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft in den Medien..... | 105 |
| 18.Schlussfolgerungen..... | 108 |
| 19. Abkürzungsverzeichnis | 113 |
| 20. Literaturverzeichnis | 114 |
| 21. Anhang..... | 119 |

1. Einleitung

Am 1. Juli 2011 hat Polen, das 2004 gemeinsam mit neun anderen mittel- und osteuropäischen Staaten der EU beigetreten ist, zum ersten Mal in seiner Geschichte den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Polen ist ein Land mit fast vierzig Mio. Einwohnern, das in den letzten zwanzig Jahren eine enorm erfolgreiche Entwicklung in Richtung westlicher Demokratie und Kapitalismus erfahren hat. Für das Land, das den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernimmt, ist diese Aufgabe immer eine große Herausforderung, und zwar aus vielen Gründen. Einerseits ist mit der EU-Ratspräsidentschaft ein großer logistischer Aufwand und eine sehr lange Vorbereitungsphase verbunden. Die Infrastruktur in dem jeweiligen Staat muss auf ein möglichst hohes Niveau gebracht werden. Alle Mitarbeiter im öffentlichen Dienst müssen für die neuen Themen angemessen vorbereitet werden. Andererseits ist es auch eine sehr große politische Herausforderung. In dieser Zeit sind alle Augen auf dieses eine bestimmte Land gerichtet.

Ich werde mich mit folgenden Fragestellungen auseinander setzen:

Wie geht die EU-Ratspräsidentschaft mit schwierigen Themen um?

Was sind ihre Prioritäten?

Kann das Land wirklich ganz neutral im Interesse der gesamten Europäischen Union auftreten?

Schlussendlich ist es nicht irrelevant, in welchem Zustand sich die innenpolitische Situation befindet. Jede Niederlage, auch die, die in keinem Zusammenhang mit dem Ratsvorsitz steht, wird stärker als sonst wahrgenommen. Jede staatspezifische Situation wird als

potentielle Gefahr für die Präsidentschaft gesehen. Lebt der jeweilige Staat auch in diesem, sehr von allen gewünschten, europäischen Geist?

Mein Aufgabenspektrum konzentriert sich auf die drei, für mich wichtigsten Bereiche, in denen ein Land, das die Präsidentschaft innehat, gewisse Gestaltungsmöglichkeiten besitzt. Das sind:

- Die eigene Prioritäten
- Fortschritte bei langfristigen Themen, die für die EU von Relevanz sind
- Der Umgang mit nicht erwarteten Situationen; Reaktionsfähigkeit, Schnelligkeit, Flexibilität;

In diesen drei Bereichen möchte ich die Möglichkeiten und Grenzen der polnischen Regierung analysieren.

Was man im Juli noch nicht wusste, was aber dann im Laufe der Präsidentschaft, immer wieder deutlicher geworden ist, war die rasante Verschlechterung der finanziellen Situation einiger EU-Mitgliedsstaaten. Angesichts der Krise wurden der EU existenzielle Fragen gestellt:

- Hat die EU eine Chance die Krise zu überstehen und die aktuelle Form zu behalten?
- Sollte man den Euro abschaffen?
- Sollen wirtschaftsschwache Staaten die Eurozone bzw. die EU verlassen?¹
- Wenn die EU die Krise überleben soll, soll sie eher aus mehreren Nationalstaaten bestehen oder soll man eine Gemeinschaft

¹ Abgesehen von den rechtlichen Möglichkeiten, fragte man sich ob solche Schritte überhaupt etwas Positives bringen würden.

anstreben, in der die Mitgliedsstaaten wesentliche Kompetenzen zugunsten der europäischen Institutionen abgeben?

- Wenn man tatsächlich mehr Macht den EU-Institutionen übertragen soll, wie soll man den Widerstand einzelner Mitgliedsstaaten, die dagegen steuern überleben?

Polen, ein Land mit einer sehr stark definierten Position hatte es bei dieser Problematik nicht leicht, diese auch konsequent zu vertreten. Man konnte sich auf keine Beispiele beziehen, die die notwendige Überzeugungskraft hätten. Trotzdem kann man während der ganzen polnischen EU-Ratspräsidentschaft sehr deutlich den sog. gemeinschaftlichen Weg beobachten. Der polnische Ministerpräsident Tusk und der polnische Außenminister Sikorski haben sich oft für mehr Solidarität in der EU ausgesprochen. Ist es der polnischen Regierung tatsächlich gelungen ihre Prioritäten durchzusetzen? Diese Fragestellung wird mich im Laufe meiner Arbeit laufend begleiten.

2. Methoden und Hypothesen

2.1. Methodologische Herangehensweise an die Fragestellung

Wie in den meisten wissenschaftlichen Arbeiten, werde ich auch in meiner Diplomarbeit eine Mischung aus verschiedenen Methoden verwenden.

Hauptsächlich habe ich im Laufe meiner Arbeit mit der *Dokumentenanalyse* gearbeitet. Man kann in diesem Fall von *Hermeneutik*, also Interpretation von Texten, sprechen. Ich habe viele *Working Papers*² von dem polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten analysiert, die nicht für die Presse, sondern für eigene

² In den Fußnoten schreibe ich „Working Paper von...“, die Dokumente haben meistens keinen Titel und sind für Mitarbeiter des Ministeriums und der Botschaften gedacht.

Mitarbeiter gedacht waren. Somit habe ich das Risiko reduziert, dass die Informationen verschönt werden. Viele *Working Papers* wurden nicht von Diplomaten oder Politikern, sondern von EU-Experten vorbereitet, die sachlich die Themen behandelt haben. Diese Dokumente habe ich mir kritisch angeschaut. Ich habe mich v.a. darauf konzentriert, wie kompatibel die polnischen Prioritäten mit der Realität sind. Anhand solcher Dokumente kann man sich auch sehr gut den Weg zur Erreichung der Ziele anschauen, und besser verstehen, warum manche Ziele nicht erreicht werden konnten. Man betrachtet und analysiert die Mechanismen schon von dem Moment an, als sie entstehen. Dieser Teil meiner Arbeit ist eine Mischung aus Theorie und Empirie – die Dokumente haben einen theoretischen Charakter, allerdings habe ich gleichzeitig geprüft, wie das tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Dies sei also keine reine Form der *Hermeneutik*.

Die Vorbereitungen für die polnische Ratspräsidentschaft konnte ich als Mitarbeiterin der polnischen Botschaft in Wien miterleben, was in einem gewissen Ausmaß den Zugang zu den internen Dokumenten erleichtert hat.

Ich habe auch im Laufe der letzten sechs Monate mehrere *Gespräche und Interviews* mit EU-Experten und ein paar Journalisten geführt, die mir auch geholfen haben den ganzen Prozess der EU-Ratspräsidentschaft besser zu verstehen und zu hinterfragen. In diesem Fall kann man von einer empirischen Arbeitsweise sprechen, weil ich mich mitten in den Geschehnissen befunden habe.

Mein Beruf hat mich auch automatisch dazu gebracht, an der polnischen EU-Ratspräsidentschaft tatsächlich teilzunehmen. Die Botschaft der Republik Polen in Wien hat, genauso wie auch andere polnische Botschaften europaweit, versucht die Prozesse der letzten sechs Monate in anderen EU-Staaten den BürgerInnen näher zu bringen. Es wurden viele Paneldiskussionen und Vorlesungen organisiert, die einem das

Wissen über Polen in der EU beibringen sollen. Dadurch, dass ich an diesen Prozessen auch mitgewirkt und sie inhaltlich oft auch vorbereitet habe, hatte ich einen sehr nahen Kontakt zu der Empirie. Diese Herangehensweise ist die *teilnehmende Beobachtung*. Die Schwierigkeit an diesem Prozess war für mich, die Trennung meines Berufes von der Tatsache, dass ich eine Wissenschaftlerin bin, die eine Arbeit über das Thema Polen und die EU-Ratspräsidentschaft schreibt. In den letzten sechs Monaten habe ich mich darauf konzentriert, den Charakter meiner Arbeit von meinen wissenschaftlichen Vorhaben zu trennen. Ich persönlich bin der Meinung, dass es mir gelungen ist, die Prozesse und Mechanismen während der polnischen Präsidentschaft kritisch zu beurteilen.

Im Rahmen meiner Arbeit beschäftige ich mich hauptsächlich mit der Primärliteratur. Die Ursache dafür ist v.a. die Aktualität meines Themas. Polen hat zum ersten Mal den Vorsitz im Rat der EU übernommen, daher gibt es zu diesem Thema noch keine Studien, Publikationen etc. Das einzige Wissen, bei dem Sekundärliteratur von Vorteil war, war das Thema der EU-Ratspräsidentschaft im Allgemeinen – Daten, Fakten, Mechanismen, Regeln etc. und der theoretische Teil.

2.2. Hypothesen

Die Hypothesen, die ich aufstelle, beziehen sich auf verschiedene Hauptbereiche. Zum einen ist es eher eine allgemeine Frage nach dem Sinn und der Form des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union. Zum anderen beziehen sich meine Hypothesen explizit auf die Rolle Polens in der EU.

2.2.1. Hypothese 1

Wenn die polnische Regierung im Vorfeld der Präsidentschaft mit den übrigen Mitgliedsstaaten gemeinsame Projektpunkte erarbeitet, dann erhöht sich die Chance erfolgreiche Maßnahmen zu beschließen.

2.2.2. Hypothese 2

Wenn die Präsidentschaft versucht, eigene Vorstellungen von großer Tragweite in den Vordergrund ihres Programms zu stellen, dann ist ein Erfolg nur gewährleistet, wenn diese von den Hauptakteuren (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) unterstützt werden.

3. Theoretischer Zugang

Den theoretischen Zugang während der Analyse der polnischen EU-Ratspräsidentschaft hat mir *der liberale Institutionalismus* verschafft.³ Der liberale Institutionalismus betrachtet die internationalen Beziehungen aus einer globalen Perspektive. Die Hauptakteure sind die Nationalstaaten, die über internationale Institutionen verflochten sind. Sie stehen im Mittelpunkt dieser Theorie. Auf diese Art, durch die Verflechtung über internationale Institutionen wirken sie auf das politische System ein. Christiane Lemke schreibt:

„ Das internationale System wird nicht als Begrenzung des Handlungsspielraums der Staaten konzeptualisiert, sondern als Forum für unterschiedliche Handlungs- und Entscheidungsalternativen, welches unter dem Einfluss politischen Handelns verändert werden kann. Die Welt erscheint in diesen Theorieansätzen als Spinnengewebe von Assoziationen und Individuen, die wechselseitig voneinander abhängig sind;

³ Christiane Lemke, Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, München 2008, S. 21 – 23.

internationale Organisationen bilden die Kettfäden in diesem Gewebe.“⁴

Dies bedeutet, aus meiner Sicht, dass den Nationalstaaten durch die EU eine Möglichkeit gegeben worden ist, Einfluss auf das politische System Europas auszuüben. Diese Möglichkeit hätten die Mitgliedsstaaten nicht, wenn sie einzeln agieren würden.

Lemke unterscheidet zwei Arten von Verflechtung durch internationale Institutionen:

- *wirtschaftliche Institutionen*, z.B. die Europäische Union
- *sicherheitspolitische Institutionen*, z.B. NATO⁵

Die Verflechtung zwischen den Nationalstaaten und deren gegenseitiger Abhängigkeit, nehmen im Laufe der Zeit zu, wodurch die Bedeutung der Nationalstaaten kleiner wird. Die internationalen Organisationen werden dagegen wichtiger. Durch diese Verflechtung zwischen den Nationalstaaten wird die Macht mehr oder weniger gleichmäßig verteilt. Die Interessen innerhalb der internationalen Institutionen sind oft sehr vielschichtig. Die Nationalstaaten können in einer solchen Konstellation durch die Kooperation gewinnen. Deshalb ist es wichtig, Kompromisse zu schließen.

Im liberalen Institutionalismus spricht man von einem positiven Summenspiel, also von einer „*win-win-situation*“.⁶

Im Bezug auf diese Theorie, wird die Verflechtung der Nationalstaaten durch die internationalen Organisationen, im Fall meiner Arbeit durch die Europäische Union, immer im Mittelpunkt stehen.

⁴ Ebd. S. 21.

⁵ Ich vertrete allerdings die Ansicht, dass die EU danach strebt eine Mischung aus beiden zu sein, was ihre Stärke im wirtschaftlichen Bereich wesentlich negativ beeinflusst.

⁶ Lemke, Internationale Beziehungen, S.22.

4. Die EU- Ratspräsidentschaft und ihre Funktionen

Axel Vornbäumen spricht⁷ von vier Hauptgebieten, in denen die Ratspräsidentschaft aktiv ist:

- die Administrationsfunktion
- die Initiativfunktion
- die Koordinationsfunktion
- die Vermittlerfunktion

Obwohl Vornbäumen diese vier Funktionen in den 1980er Jahren definiert hat und sich seit dem viel, v.a. durch den Lissabonner Vertrag geändert hat, gelten diese Bereiche nach wie vor.

Bei der *Administrationsfunktion* steht der Begriff der *Führung* ganz im Mittelpunkt. Abgesehen von dem logistischen Teil der Präsidentschaft, bringt die Administrationsfunktion gewisse Vorteile. Der Staat mit dem Vorsitz kann *eigene Prioritäten setzen, Diskussionen in eine gewisse Richtung lenken* oder *die Tagesordnung bestimmen*.⁸ Diese Funktion ist laut Vornbäumen ausschlaggebend für die drei weiteren Funktionen.

Bei der *Initiativfunktion* handelt es sich v.a. um den Spielraum, den die Ratspräsidentschaft hat, um eigene Vorstellungen und Ziele dem Rest der Gemeinschaft vorzustellen. Hier äußert sich die Macht, die der jeweilige Staat mit dem Vorsitz innehat⁹. Eine andere Frage ist, wie viel davon tatsächlich umgesetzt wird. Allerdings zählt bei dieser Funktion, dass das Vorsitzland gewisse Akzente setzen kann, die für die anderen sehr sichtbar sind. Jeder Staat muss am Anfang der Präsidentschaft

⁷ Werner Weidenfeld (Hrsg.), Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, Bonn 1985, Axel Vornbäumen, Dynamik in der Zwangsjacke. Die Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft als Führungsinstrument, Bonn 1985.

⁸ Ebd. S.34.

⁹ Ebd. S.34.

einen Bericht mit den Prioritäten dem EU-Parlament vorlegen. Hier ist auch von großer Bedeutung wie intensiv die Vorbereitungen auf die Präsidentschaft sind. In diesem Kontext beziehe ich mich auf meine Hypothese 1. Bereits am Anfang der Präsidentschaft kann man anhand dieses Berichts erkennen, ob das Vorsitzland andere Mitgliedsstaaten in die Prozesse einbezogen und gemeinsame Programmpunkte ausgearbeitet hat. Dieses *Agenda setting* hängt nicht nur von dem Vorsitzland ab. Darüber spricht man nicht offiziell, aber die Europäische Kommission beeinflusst auch indirekt die Agenda. Wenn es sehr wichtige Projekte in der EU gibt, die nur von einem der Hauptakteure realisiert werden können, dann leitet die Kommission die Prozesse so ein, dass ihre Realisierung tatsächlich zum Zeitpunkt des Vorsitzes durch einen der Hauptakteure stattfindet. Die Agenda ist also im großen Maß von den externen Faktoren abhängig.

Die *Koordinationsfunktion* hat sich im Laufe der Jahre entwickelt. Ausschlaggebend dafür war die steigende Bedeutung des Rates und großer Bedarf nach der Koordinierung. Unter dieser Funktion versteht man das Absprechen und die Suche nach Kompromissen. Wichtig in diesem Kontext ist die Tatsache, dass der Vorsitz nur sechs Monate dauert, was diese Koordinationsarbeit erschwert. Es ist zu kurze Zeit, um bei langfristigen Prozessen Kompromisse zu finden. Man kann auch behaupten, je kleiner das Vorsitzland, umso schwieriger ist es nach Kompromissen zu suchen.

Bei der *Vermittlerfunktion* handelt es sich v.a. um die Vermittlung zwischen anderen Organen der EU. Die Präsidentschaft vermittelt zwischen dem EU-Parlament und der EU-Kommission. Sie führt auch Gespräche mit anderen Akteuren, wie z.B. mit Drittstaaten und anderen internationalen Organisationen. Diese Vermittlerfunktion war während der polnischen Präsidentschaft v.a. bei der Klimakonferenz in Durban und bei dem Gipfel G-20 in Cannes sichtbar.

4.1. Die Änderung der Funktionen der Ratspräsidentschaft durch den Lissabonner Vertrag

Der Lissabonner Vertrag hat viele wichtige Änderungen bewirkt. Unter anderem wurden zwei neue Ämter eingeführt, die den Sinn der Existenz des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union beeinflussen.

Zum einen ist das der *Ständige Präsident des Europäischen Rates* – aktuell ist das Herman Van Rompuy, zum anderen *der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik* – aktuell Catherine Ashton. Diese zwei neuen Ämter bzw. fast schon Institutionen sollen den Charakter der Außen- und Sicherheitspolitik ändern – diese Bereiche sollen nach außen hin durch konkrete Personen vertreten werden. Dies soll die Effizienz und Transparenz der EU und deren Außenpolitik vergrößern. Das war das Ziel zum Zeitpunkt, als man sich in dem Lissabonner Vertrag darauf geeinigt hat. Ob das tatsächlich in die Praxis, so wie geplant, umgesetzt worden ist, bleibt nicht unbestritten. Diese zwei neuen Positionen haben sich teilweise etabliert. Allerdings gibt es heftige Diskussion darüber, ob das tatsächlich die europäische Außenpolitik gestärkt bzw. im positiven Sinn verändert hat. Ich vertrete die Meinung, dass die EU diese zwei Funktionen geschaffen hat, um nach außen hin, ihre Position auch außerhalb des wirtschaftlichen Sektors zu stärken. Dies ist allerdings, meiner Meinung nach, misslungen und erfüllt die geplanten Ziele nicht. Dadurch wurde nur noch mehr Chaos in die EU-Strukturen eingeführt, und die EU-Mitgliedsstaaten haben sich trotzdem auf keine einheitlichen Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik geeinigt. Mit dem Lissabonner Vertrag wollte man die EU reformieren und stärken. Man hat sich allerdings auf die falschen Bereiche konzentriert. Man hätte viel mehr die Wirtschaftspolitik und die gemeinsame Währung stärken sollen, und nicht in anderen Bereichen Reformen einführen. Die EU wird, meiner Meinung nach, niemals z.B. in der Sicherheitspolitik eine führende Rolle weltweit spielen. Dies sieht man, u.a. an dem Beispiel der *Battle Groups*,

die konzeptionell auf dem Papier interessant ausgesehen haben, allerdings in Wirklichkeit praktisch keine Anwendung haben und viele Mängel aufweisen.

Das sind alles relevante Tatsachen für die Staaten, die den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehaben. Durch diese Veränderungen wurden viele Aufgaben der Regierungs- bzw. Staatschefs v.a. auf den *Präsidenten des Europäischen Rates* übertragen. Er ist derjenige, der die Sitzungen leitet und sich um Kompromisse zwischen den einzelnen Staaten bemühen muss. Die EU wird nach außen hin auch nicht mehr durch den Regierungs- bzw. Staatschef von dem Land mit dem Vorsitz vertreten, sondern durch die *Hohe Vertreterin der EU*. Es sind natürlich Kompetenzen, die für die EU-BürgerInnen sehr sichtbar sind. Nach den Veränderungen, die der Lissabonner Vertrag gebracht hat, hört man tatsächlich in den Medien nicht mehr so viel über das jeweilige Land, das den Vorsitz im Rat der EU innehat, in den Medien, sondern von Van Rompuy und Ashton. Prozesse, die dahinter stehen – vor allem die Entscheidungsfindung – ändern sich nicht in solchem Ausmaß wie das Bild, das die EU-BürgerInnen wahrnehmen.

Die Aufgabenteilung in den vier Hauptfunktionen der Ratspräsidentschaft ist nach wie vor sehr sichtbar und spielt bei der Analyse der Ratspräsidentschaft eine bedeutende Rolle. Die Administrationsfunktion wurde im großen Maß auf den Präsidenten des Rates übertragen. Er ist derjenige, der die meisten Sitzungen leitet. Die Koordinations- und die Vermittlerfunktion haben sich seit dem Lissabonner Vertrag auch verändert. Der Präsident des Rates und der Hohe Vertreter der EU sind sichtbarer als das Vorsitzland. Die EU wird im Ausland von dem Hohen Vertreter repräsentiert. Diese zwei Personen vermitteln auch immer mehr zwischen den anderen Organen der EU. Die Initiativfunktion hat am wenigsten gelitten. Hier hat der Vorsitzstaat noch immer viel Spielraum und kann eigene Agenda definieren.

Dies ist auch bei der polnischen EU-Ratspräsidentschaft der Fall. Auch für Menschen, die sich für die aktuellen Geschehnisse in der EU interessieren, ist es schwierig viele Informationen explizit über Polen in der zweiten Jahreshälfte herauszufiltern. Die Entscheidungen der Gesamtheit, bzw. Prozesse, die zu denen führen, kann man nur sehr schwer von der polnischen Stellung trennen, obwohl Polen eine sehr klare Linie vertritt. Schon seit Anfang der Präsidentschaft, durch die größte Eurokrise die es je gab, bis zum Schluss und bis zur Übergabe der Präsidentschaft an Dänemark - ist es durch das Entziehen gewisser Kompetenzen zugunsten des *Präsidenten des Europäischen Rates* und der *Hohen Vertreterin*, viel schwieriger als vor dem Lissabonner Vertrag diese klare Linie zu erkennen.

Der Lissabonner Vertrag hat auch mehr Kompetenzen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zugesprochen, was die Verteilung der Macht aus dem Gleichgewicht bringt.¹⁰

Angesichts dieser Änderungen im europäischen System ist es schwieriger für den Staat, der den Vorsitz innehat, seine eigenen Inhalte, Überzeugungen und Prioritäten zum Vorschein zu bringen. Im Vordergrund stehen vor allem *der Präsident des Europäischen Rates* und *der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik*. Es ist auch für diejenigen, die die jeweilige Präsidentschaft analysieren, schwierig, Vergleiche zu den vorherigen Präsidentschaften zu ziehen, da die Ausgangslage eine komplett andere ist. Viele Inhalte und Botschaften des Staates mit dem Vorsitz im Rat, obwohl sie oft teilweise tatsächlich umgesetzt werden, werden in den Medien als Ideen bzw. Erfolge der großen EU-Staaten dargestellt. An sich sollte es keine Rolle

¹⁰ Agnieszka Łada, Die Herausforderungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011, in: Polenanalysen Nr. 63, 19.01.2010, [www.laender-analysen.de/polen].

spielen, welcher EU-Staat hinter den Erfolgen steht. Wichtig ist nur, dass wichtige Reformen umgesetzt werden und die EU gestärkt wird. Allerdings ist es für diejenigen, die sich explizit auf das EU-Land konzentrieren, das den Vorsitz innehat, ist es keine leichte Aufgabe von den Gesamthandlungen und Entscheidungen der EU diejenigen zu trennen, die hauptsächlich von dem Staat mit der Präsidentschaft stammen. Man kann natürlich immer auf der offiziellen Website eines solchen Staates nachschauen und explizit die Stellung dieses Landes ablesen. Allerdings stellt sich trotzdem die Frage nach der Objektivität und Neutralität einer solchen Berichterstattung. Darüber hinaus muss man sich immer vor Augen halten, dass die Heterogenität der Quellen für eine wissenschaftliche Arbeit bzw. Analyse unabdingbar ist und immer im Vordergrund stehen muss.

5. Der internationale und nationale Kontext der polnischen Ratspräsidentschaft

Ein solches Ereignis, wie die EU-Ratspräsidentschaft darf nicht im Vakuum analysiert werden. Noch wichtiger als die Inhalte des Vorsitzes, ist der Kontext, in dem der Vorsitz stattfindet. Unter dem internationalen Kontext verstehe ich sowohl die Rahmenbedingungen, die generell in der EU vorkommen, als auch die Ereignisse, die zum Zeitpunkt der Ratspräsidentschaft stattfinden.

Der nationale Kontext bedeutet die allgemeine Situation im Staatsinneren und die Einstellung der Gesellschaft und der Regierung der EU gegenüber.

5.1. Der internationale Kontext der polnischen Ratspräsidentschaft

Die EU-Ratspräsidentschaft ist durch die *Troika* geprägt, die sich aus der vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Präsidentschaft zusammensetzt. Ihre Grundlage bildet die Basis für einen Vergleich. In diesem Fall bilden Dänemark (erste Jahreshälfte 2012) und Zypern (zweite Jahreshälfte 2012) gemeinsam mit Polen die Troika.

Polen ist in dieser Konstellation das größte Land und man könnte behaupten, dass Polen eine Führungsrolle zugeschrieben wird. Es bedeutet natürlich nicht, dass diese drei Staaten immer die gleiche Politik betreiben und gemeinsame Projekte realisieren. Dennoch kann ein Staat, seine Stärke und sein Durchsetzungsvermögen auf der europäischen Ebene zeigen, wenn es ihm gelingt die beiden anderen Staaten aus der Troika für eigene Projekte zu gewinnen. Es sind nicht nur gemeinsame Themen, sondern auch Probleme, die die gemeinsame Politik bedrohen.

Dänemark ist ein Staat, der wieder die Grenzkontrollen eingeführt und den Schengener Raum in Frage gestellt hat. Dies ist ein Faktor, der die Arbeit innerhalb der Troika erschweren könnte. Das muss aber nicht auftreten. Relevant wird diese Konstellation u.a. bei den Budgetverhandlungen für die Jahre 2014-2020 sein.¹¹

Ungarn war das Land, von dem Polen den Vorsitz übernommen hat. Die ungarische Präsidentschaft wurde ziemlich negativ vom Rest der EU gesehen, nicht zuletzt aus dem Grund, da in Ungarn die rechtsnationale *Fidesz Partei* regiert, die über sich selbst sagt, dass sie *an die EU nicht glaubt*. Dies hat natürlich erschwert, ein potenzielles, internationales Gewicht Ungarns zu zeigen. Noch kurz vor der Übernahme der

¹¹ Siehe Kapitel 8.1.9. „EU-Budgetrahmen 2014-2020“.

Präsidentschaft durch Ungarn, hat die ungarische Regierung ein Gesetz verabschiedet, wodurch die Medienfreiheit beschränkt wurde.

Der größte Erfolg der ungarischen Präsidentschaft war der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, was kurz vor der Übernahme der Präsidentschaft durch Polen erfolgt ist. Andere Erfolge waren die Annahme der Donaustrategie¹² und der Strategie zur Integration der Roma¹³. Im Großen und Ganzen wurde aber die ungarische Ratspräsidentschaft negativ beurteilt. Péter Balázs – Professor an der Central European University und ehemaliger Außenminister Ungarns hat diese sechs Monate folgendermaßen beurteilt.¹⁴

„Der erste EU-Ratsvorsitz Ungarns ist mehr als eine verpasste Möglichkeit. Gebremst und peinlich beeinflusst wurde die Entfaltung der ungarischen EU-Rolle durch das auf Konflikte zielende Verhalten des Regierungschefs. Viktor Orban hat für die Extremen auf der heimischen Tribüne gespielt. In scharfen Tönen wiederum beanstandeten führende Politiker der Mitgliedsstaaten und der Union sowie die Presse die Tatsache, dass der auffällige Abbau der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn auch die Wertordnung der Europäischen Union ins Wanken bringt“¹⁵

Die ungarische Regierung wurde wegen der kleinen Anzahl an Ministern kritisiert, was automatisch die Annahme impliziert, dass sich jeweilige Minister mit zu vielen Themengebieten beschäftigen und sich nur auf die wichtigsten Aspekte konzentrieren. Schlussendlich hat die ungarische Regierung ihr internationales Gewicht nicht zum Vorschein gebracht. Zum großen Teil war daran die rechtsnationale *Fidesz-Partei* schuld.

¹² [<http://www.donaustrategie.info/>]19.12.2011, 10.59 Uhr.

¹³ Dazu mehr unter:

[<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0043&language=DE>]19.12.2011, 10.58 Uhr.

¹⁴ Péter Balázs, Bilanz der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft 2011, Friedrich Ebert Stiftung, August 2011 [<http://library.fes.de/pdf-files/id/08353-20110803.pdf>]23.08.2011 16.02 Uhr.

¹⁵ Ebd, S. 5.

5.2. Der nationale Kontext – die polnische Innenpolitik

Wenn man von den Rahmenbedingungen spricht, in denen die polnische Ratspräsidentschaft stattfindet, muss man natürlich die innenpolitische Situation im Land analysieren, da das die Basis für alle weiteren Handlungen ist. Wenn die Ratspräsidentschaft noch vor ein paar Jahren stattgefunden hätte, als die *PiS* (Recht und Gerechtigkeit)-eine ultranationale Partei sowohl den Posten des Präsidenten, als auch des Ministerpräsidenten innehatte (Zwillingsbrüder Jaroslaw und Lech Kaczynski), würden wir jetzt wahrscheinlich von einer komplett anderen Präsidentschaft sprechen. Dennoch regiert jetzt die *PO* (Bürgerplattform), die eine sehr positive Einstellung der Europäischen Union gegenüber hat. Diese Partei ist durch den Europa-Optimismus und Enthusiasmus geprägt, obwohl es nicht immer so war. Als man in der EU über die Verfassung von Nizza debattiert hat, war das die *PO*, die mit Parolen wie „*Nizza oder der Tod*“ versucht hat die Verfassung zu blockieren. Allerdings hat sich im Laufe der letzten Jahre die Einstellung der *PO* verändert. Aus meiner Sicht, kann man jetzt objektiv sagen, dass die *PO* zu einer Partei geworden ist, für die der europäische Geist und die gemeinsamen Interessen der EU im Vordergrund stehen.

Im Oktober 2011 haben Parlamentswahlen in Polen stattgefunden. Es war aus dem Grund sehr interessant, da die Wahlen während der EU-Ratspräsidentschaft stattgefunden haben. Dies hätte rein theoretisch die ganze Situation mitten in der Präsidentschaft beeinflussen können. Diese Situation war aber schon vor den Wahlen eher unwahrscheinlich, da die meisten Umfragen gezeigt hatten, dass sich nach den Wahlen höchstwahrscheinlich nichts ändern wird. Man sprach nicht von einer Situation, die alles auf den Kopf stellen kann.¹⁶ In den Wahlen hat die *PO* (Bürgerplattform) knapp über 39%-Punkte der Stimmen bekommen,

¹⁶ Laut der Aussage von Adam Jasser, dem EU-Staatssekretär von Tusk, sieht die *PO* (Bürgerpartei) keine eventuellen Veränderungen vor.

und die Oppositionspartei *PiS* (Recht und Gerechtigkeit) um 10%-Punkte weniger.¹⁷ Die *PO* hat ihren Status der führenden Partei beibehalten. Das hat gezeigt, dass die Mehrheit der polnischen Bevölkerung diese europäische Richtung von der *PO* teilt.

5.3. Der Zusammenhang zwischen dem nationalen und dem internationalen Kontext

Von diesem Europaoptimismus, den ich bereits erwähnt habe, könnte man sich positive spill-over Effekte erhoffen. Bekannt ist, dass das Land, das den Vorsitz innehat eine gewisse Managerrolle spielt und die Aktionen innerhalb der EU in eine gewisse Richtung hinsteuern kann. Hier sehe ich eine große Chance für die polnische Regierung. Wenn sie es bis Ende Dezember schafft diesen EU-Optimismus, vor allem angesichts der Eurokrise und der schlechten wirtschaftlichen Situation zu verbreiten. Wenn andere EU-Mitgliedstaaten diesen Optimismus teilen, könnte man von einem Erfolg der polnischen Ratspräsidentschaft sprechen. Auch hier muss ich aber erwähnen, dass das keine leichte Aufgabe ist. Momentan ist die Stimmung vor allem in den *alten* EU-Staaten alles andere als gut. Es wird schwierig sein den EU-BürgerInnen zu zeigen, dass die EU noch sehr viel Potenzial in sich hat, und man die aktuellen Krisen gemeinsam bewältigen kann.

5.3.1. Polen und die Krise in der Eurozone

Von einer sehr großen Bedeutung sind ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung und die aktuelle Situation in Polen. Dies wird während der ganzen sechs Monate immer wieder in den Medien betont. Polen hatte in den 1990er Jahren größere Schulden als Griechenland derzeit. Nach vielen Reformen und Einsparungsmaßnahmen, hat Polen es geschafft eine stabile wirtschaftliche Situation zu erreichen, so dass es das einzige

¹⁷ [<http://wybory2011.pkw.gov.pl/wyn/pl/000000.html#tabs-1>]07.12.2011, 13.45 Uhr

EU-Land war, das 2008/2009 von der Rezession nicht in solchem Ausmaß, wie andere EU-Staaten betroffen war. In der schlechtesten Zeit der europäischen Wirtschaft, hatte Polen als einziges Land ein positives Wirtschaftswachstum. So gesehen scheint Polen das perfekte Beispiel zu sein, wie man aus einer Krise gut und schnell herauskommen kann. Man hofft darauf, dass eigene Erfahrungen gute Lösungsansätze für aktuelle EU-Probleme sein werden. Leider vergisst man in diesem Kontext viele Faktoren, die den ganzen wirtschaftlichen Erfolg Polens ausgemacht haben.

Zum einen wurde ein großer Teil von den staatlichen Schulden¹⁸, die Polen Anfang der 1990er Jahre in der Übergangsphase hatte, erlassen, was im Fall Griechenland lange Zeit eher unwahrscheinlich war, dann aber gegen den Widerstand der EU-BürgerInnen passiert ist. Die Gefahr angesichts dessen, dass andere EU-Staaten, die ähnliche Probleme haben, genau das Gleiche verlangen werden, ist natürlich groß. Einem solchen Vorgehen würden die EU-BürgerInnen ohne Begeisterung zuschauen.

Zum anderen ist das positive Wirtschaftswachstum Polens 2008/2009 nicht nur eine Errungenschaft der polnischen Regierung und der Wirtschaft, sondern eine Reihe von mehreren Faktoren, die teilweise auch unabhängig von der polnischen Politik waren. Diese Entwicklung der polnischen Ökonomie war vor allem der Nicht-Einführung des Euro in Polen zu verdanken. Dies war keine Absicht von der polnischen Regierung. Polen hat lange Zeit die Kriterien, um den Euro einführen zu dürfen, nicht erfüllt. Dann kam bereits die Krise. Polen hat noch immer eine eigene Währung, den Zloty, der im Jahr 2003 ein Drittel seines Werts verloren hat.¹⁹ Dadurch sind die Exporte gestiegen und Importe

¹⁸ Ca. die Hälfte.

¹⁹ „Am polnischen Wesen soll Europa genesen“, WirtschaftsBlatt, 4.07.2011

gesunken, was automatisch ein höheres Wirtschaftswachstum impliziert hat.

Polen hat auch in seiner Verfassung festgelegt, dass die Schuldengrenze bei 55% des BIP liegt²⁰. Das sperrt automatisch Ausgaben, die das überschreiten würden. Die Tatsache, dass es niemals die Notwendigkeit gab diese Grenze zu überschreiten, liegt an einer großen Anzahl von Privatisierungsmaßnahmen, die durchgeführt worden sind. Es finden jetzt natürlich auch in anderen EU-Staaten, wie z.B. in Österreich Diskussion darüber statt, ob man die sog. Schuldenbremse einführen soll. Die Meinungen sind allerdings sehr unterschiedlich.

Die polnische Regierung hat mit mehreren Ausgaben aus dem staatlichen Budget interveniert, wodurch natürlich das Budgetdefizit gestiegen ist. Gleichzeitig hat man aber auch auf diese Art die polnische Wirtschaft angekurbelt. Erst dann hat die Regierung versucht ganz langsam das Budgetdefizit zu reduzieren, um dadurch das Wirtschaftswachstum nicht zu sehr zu beeinflussen. Dies wäre aber natürlich riskant in der EU. Für mich ist es eindeutig, es gibt zwei Herangehensweisen für den Ausweg aus der Krise. Man kann entweder extreme Sparmaßnahmen einführen, um die Schulden zu reduzieren, oder die Ausgaben und dadurch auch die Schulden erhöhen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Hier ist es allerdings schwierig Vergleiche zwischen einem Nationalstaat und einer großen Gemeinschaft zu ziehen.

Eine sehr große Herausforderung für Polen, aber auch eine interessante Frage für PolitologInnen ist der Umgang Polens mit der Krise der Eurozone. Polen selbst ist kein Mitglied der Eurozone. Die Präsidentschaft nimmt an manchen Treffen teil, allerdings nicht an allen. Dies ist ein großes Hindernis bei der Ausübung des Einflusses auf

²⁰ In Österreich wird erst jetzt über eine eventuelle Schuldenbremse debattiert.

die Eurozone. Es wäre ein perfektes Beispiel, um zu zeigen, dass man während dieser sechs Monate nicht nur eigene Interessen vertritt, sondern um das Wohl der Gemeinschaft kämpft. Es ist immer fraglich, wie sich ein Staat verhalten wird, der selbst von einem Problem nicht betroffen ist. Ich vertrete die Meinung, dass trotz des guten Willens seitens der polnischen Regierung, es für Polen keine Möglichkeiten gibt, bei der Suche nach Lösungen für den drohenden Zerfall der Eurozone mitzuspielen.

5.4. Andere Faktoren und Rahmenbedingungen der polnischen Ratspräsidentschaft

Zusätzliche Akzente während der polnischen Ratspräsidentschaft setzten persönliche Sympathien zwischen den wichtigsten Politikern. Schon bei dem ersten Treffen der Europäischen Kommission in Warschau wurden die gute Zusammenarbeit zwischen Polen und der EU-Kommission und die Sympathie zwischen Donald Tusk und José Manuel Barroso betont. Nicht irrelevant ist auch die Tatsache, dass das Europäische Parlament von einem Polen – Jerzy Buzek, dem ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten²¹ - geleitet wird. Durch die Person Buzek, an der Spitze des EU-Parlaments wird es deutlicher, dass die Grenzen zwischen *dem alten und dem neuen Europa*²² verschwinden. Ich persönlich, erwarte mir von der polnischen Präsidentschaft, dass genau diese Sichtweise durch produktive und pro-europäische Arbeit der polnischen Regierung europaweit verbreitet wird.

Durch die territoriale Größe Polens, und eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung, sieht sich Polen neben Deutschland und Frankreich als

²¹ [<http://www.buzek.pl/en/node/7137>] 29.08.2011, 09.52 Uhr.

²² Die konventionelle Grenze zwischen altem und neuem Europa bestimmt das Jahr 2004. Das alte Europa besteht aus 15 Staaten, die bis 2004 der EU beigetreten sind, das neue Europa hingegen aus anderen Staaten, die der EU ab 2004 beigetreten sind.

eine *Fast-EU-Macht*.²³ Allerdings bin ich persönlich der Meinung, dass diese Meinung zu weit hergeholt ist, und dass sich die polnische Regierung sehr wohl als pro-europäisch und weltoffen zeigen soll, aber mit ihrer „Größe“ nicht übertreiben darf, sonst kann es sein, dass diese einfach nicht mehr ernst genommen wird.

Interessant ist, dass diese Tatsache, dass Polen sich neben Deutschland und Frankreich als eine dritte *Fast-EU-Macht* sieht bzw. versucht diesen Status zu erreichen in vielen österreichischen Medien am Anfang der polnischen Ratspräsidentschaft betont wurde.²⁴ Unmöglich wäre das nicht, wenn man bedenkt, dass praktisch ein Vakuum entsteht, weil Italien und Spanien sich selbst momentan nicht in der besten wirtschaftlichen Lage befinden und auf keinen Fall als Vorbildstaaten oder als Motor der EU gelten können, und Großbritannien sich nicht wirklich mit vielen EU-Problemen auseinandersetzt, sondern eher abseits steht.²⁵ Schwieriger macht das alles die Tatsache, dass Polen der größte Netto-Empfänger ist²⁶. Wenn Polen wirklich diese Position erreichen möchte, müsste sich das unbedingt ändern. Abgesehen von den Kriterien, die Polen erfüllen müsste, liegt diese Beobachtung für mich momentan außerhalb des Möglichen. Deutschland und Frankreich haben solch eine Stärke und Durchsetzungskraft, dass es fast unmöglich ist, für die anderen Mitgliedsstaaten ohne deren Unterstützung, Initiativen durchzusetzen.

²³ Josef Kirchengast, Bekannte Sorgen und ein vertrautes Tier in: Der Standard, 29.06.2011
[<http://www.wien.polemb.net/gallery/Wieden/Wydarzenia/Prezydencja%20w%20mediach/De%20Standard,%2029.06..pdf>] 10.07.2011, 18.27 Uhr.

²⁴ U.a. Daniela Friedinger, Polen probt Aufstieg zur dritten Kraft, in: WirtschaftsBlatt, 30.06.2011
[<http://www.wien.polemb.net/gallery/Wieden/Wydarzenia/Prezydencja%20w%20mediach/Wirtschaftsblatt,30.06.2011%20Polen%20probt%20Aufstieg%20zur%20dritten%20Kraft.pdf>] 09.09.2011, 09.12 Uhr.

²⁵ Ebd.

²⁶ Oliver Grimm, EU-Vorsitz: Start für polnische Ratspräsidentschaft, in: Die Presse, 01.07.2011
[<http://www.wien.polemb.net/gallery/Wieden/Wydarzenia/Prezydencja%20w%20mediach/EU-Vorsitz-%20Start%20fur%20polnische%20Prasidentschaft.pdf>] 9.09.2011, 08.51 Uhr.

Der ehemalige polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski hat während seines Besuches in Wien das Bedürfnis nach neuen Kräften in der EU erwähnt.²⁷ Er meinte, dass Deutschland und Frankreich der Motor der Europäischen Union und deshalb enorm wichtig seien. Angesichts der aktuellen Situation in der EU brauchen wir aber noch einen zusätzlichen Motor, der mehr Bewegung in die EU einbringen könnte. Diese Rolle könnte laut Kwaśniewski Polen übernehmen.²⁸ Auch wenn die Stimmung der EU gegenüber in Polen sehr positiv ist und das Land viel Potenzial hat, bin ich nicht seiner Meinung. Über diese Situation kann man sich rein theoretisch natürlich Gedanken machen, allerdings bin ich fest davon überzeugt, dass dies nur eine Wunschvorstellung polnischer Politiker wäre.

6. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft in Zahlen²⁹

Jede EU-Ratspräsidentschaft, unabhängig davon in welchem Staat sie stattfindet, ist eine gewaltige Veranstaltung für das ganze Land. Das Land hat eine sehr gute Möglichkeit sich auf der internationalen Bühne als Anwalt gewisser Interessen zu zeigen und an Prestige zu gewinnen. Andererseits profitieren auch Menschen im Staatsinneren davon. Unten sind ein paar wichtigste Eckpunkte zu der logistischen Seite der polnischen Ratspräsidentschaft angeführt.

- 184 Tage hat die Präsidentschaft gedauert;
- 1.200 geschulte Experten haben an den Vorbereitungen teilgenommen;

²⁷ In der Botschaft der Republik Polen in Wien, 5.09.2011.

²⁸ Tiroler Tageszeitung, Onlineausgabe vom 06.09.2011

[<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikContainer/3330815-8/ex-pr%C3%A4sident-kwasniewski-polen-k%C3%B6nnte-neuer-motor-in-der-eu-sein.csp>],

9.09.2011, 09.05Uhr.

²⁹ Polnische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union, (Nach Feierabend – Herunterladen)

[http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/po_godzinach/ulotka_ger_screen.pdf],

08.09.2011, 14.04 Uhr.

- Es gab über 30.000 Delegierte/TeilnehmerInnen der Treffen in Polen;
- 80 Verbindungsbeamte haben im Rahmen der Präsidentschaft gearbeitet. Ausgewählt wurden sie aus über 2.800 Bewerbern;
- 430 Mio. Zloty (ca. 107 Mio. Euro) betrug der Gesamthaushalt der Präsidentschaft für die Jahre 2010-2012;
- über 10 Mio. Zloty (ca. 2,5 Mio. Euro) betrug die Kostensenkung dank der Unterstützung durch Sponsoren und Partner aus der Wirtschaft;
- es gab 50 Ministertreffen in fünf polnischen Städten;
- über 300 Expertentreffen und 200 Veranstaltungen haben im Rahmen der Ratspräsidentschaft stattgefunden;
- es gab ca. 1.500 Treffen in Brüssel und Luxemburg.³⁰

Die EU-Ratspräsidentschaft und alle Treffen im Rahmen dessen fanden in vielen polnischen Städten statt: Sopot, Wrocław, Kraków, Poznań und Warszawa. Das hat positive Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die polnische Gesellschaft fühlt sich somit mehr in die Prozesse eingebunden und kann sich noch mehr mit der Europäischen Union und ihren Strukturen identifizieren. Weiter profitieren mehrere Regionen und nicht nur die Hauptstadt auf diese Art. Während der ungarischen Präsidentschaft hat hauptsächlich nur die Hauptstadt davon profitiert. Hinter allen Treffen steht ein enormer logistischer Aufwand, der natürlich für die Städte sehr profitabel ist.

7. Vorbereitungen für die Präsidentschaft

*„Des Weiteren wurde die Funktion des »Beauftragten für die Vorbereitung der Organe der Regierungsadministration und die Ausübung des Vorsitzes der Republik Polen im Rat der EU«
Pełnomocnik ds. Przygotowania Organów Administracji*

³⁰ Ebd.

Rządowej i Sprawowania przez RP Przewodnictwa w Radzie UE) eingerichtet. Vorläufer dieser Funktion war bis Dezember 2009 der Posten des Leiters des »Amtes des Komitees für Europäische Integration«(Urząd Komitetu Integracji Europejskiej – UKIE). Mit der Angliederung des Amtes an das Außenministerium im Januar 2010 erhielt der Beauftragte den Rang des stellvertretenden Außenministers.“³¹

Es wurde auch eine spezielle Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die die Arbeit zwischen verschiedenen Ministerien koordinieren soll. Das hat wiederum zum Entstehen von Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft geführt.

7.1. Woher kommen die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft?

Der Prozess, in Folge dessen sich die polnischen Prioritäten herauskristallisiert haben, war langwierig und hat hauptsächlich aus der Zusammenarbeit aller polnischen Ressorts bestanden. Die jeweiligen Ministerien hatten schon viele Monate bevor die Prioritäten festgelegt worden sind, ihre Themenvorschläge im Außenministerium eingereicht, die später noch mit Rückfragen an die jeweiligen Ministerien zurück geschickt worden sind. Nach vielen Konsultationen wurden die Entscheidungen getroffen, welche Themen im Vordergrund des polnischen Vorsitzes im Rat der EU stehen werden. Üblich in der EU ist die Regel, dass der jeweilige Staat, der die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt nicht im eigenen Interesse handeln soll, sondern im allgemeinen Interesse der gesamten Europäischen Union. In der Praxis versuchen die Mitgliedsstaaten trotzdem immer ein bisschen von eigenem Interesse zu forcieren. So war das im Fall der Tschechischen

³¹ Łada, Die Herausforderungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011, S. 6.

Republik mit der Roma-Frage, so war das auch im Fall von Ungarn mit der Donaustrategie und Polen wird sich genauso für die Östliche Partnerschaft, eines von den wichtigsten Zielen der Präsidentschaft, einsetzen.

Im Jahr 2010 hat eine Reihe von Konsultationen und Arbeitsgesprächen stattgefunden, während derer sich die polnischen Prioritäten entweder herauskristallisiert oder befestigt haben. In diesem Sinn hat der Unterstaatssekretär Dowgielewicz an der Konferenz „*Rethinking the external dimension of the European Energy Policy*“ in London teilgenommen.³² Auf dieser Konferenz hat Polen zum ersten Mal seine Prioritäten präsentiert.

Dowgielewicz hat auch mit Werner Hoyer – dem Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen³³ - in Berlin die dritte Konferenz zum Thema Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eröffnet.³⁴

Danach war Dowgielewicz für einen Arbeitsbesuch in Paris – bei diesem Treffen wurden die polnischen Vorhaben zum zweiten Mal vorgestellt, und zwar während eines Seminars „*Quellen des Wirtschaftswachstums in der Europäischen Union*“. Im Rahmen dieser Vorstellung der polnischen Ratspräsidentschaft gab es überdies ein Seminar „*From Neighbours to Partners – the Future of the Eastern Partnership*“ in Kopenhagen. Wie man anhand dieser Beispiele sieht, haben sich die Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft nicht über die Nacht herauskristallisiert, sondern sind, so wie üblich in solchen Fällen, in einem längeren Zeitraum als Ergebnis der Arbeit von sehr vielen Menschen und Arbeitsgruppen entstanden. Es wurde auch durch das

³² Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für die Koordination der polnischen Ratspräsidentschaft (DKPPR), Warschau März 2011.

³³ [<http://www.wernerhoyer.de/>] 12.12.2011, 18.39 Uhr.

³⁴ Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für die Koordination der polnischen Ratspräsidentschaft (DKPPR), Warschau März 2011.

polnische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ein Seminar zum Thema spanische EU-Ratspräsidentschaft nach dem Lissabonner Vertrag veranstaltet, während dessen sich die polnischen Experten mit den Veränderungen im europäischen System bekannt machen konnten.

Ein wichtiges Ereignis war ein gemeinsamer Brief von polnischen, französischen und deutschen Ministern für Außen- und Verteidigungspolitik. Dies war ausschlaggebend für die Arbeit der polnischen Regierung in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 im Bereich der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik*.³⁵

Man nützt solche Situationen immer, die uns eine Gelegenheit dazu bieten um zu sehen, wie die internationale Gemeinschaft bzw. in diesem Fall andere EU-Staaten darauf reagieren. Man soll im Laufe eines solchen Prozesses offen auf Verbesserungsvorschläge eingehen und flexibel sein. Dies ist meiner Meinung nach, der polnischen Regierung gut gelungen. Aus meiner Sicht hat die polnische Regierung in diesem Bereich gut gehandelt: sie hat sich sowohl an die aktuellen Probleme der EU wie z.B. die Euro- und Schuldenkrise angepasst, aber auch versuchte eigene Vorhaben, wie z.B. Ausbau des e-Marktes oder das einheitliche EU-Patentrechtssystem durchzusetzen. Die Prioritäten richtig und zeitgemäß zu definieren ist allerdings etwas Anderes, als sie erfolgreich durchzusetzen. Hier beziehe ich mich auf meine *Hypothese 1*. Es reicht nicht nur eigene Prioritäten zu definieren. Man muss sie noch mit anderen Mitgliedsstaaten besprechen und gemeinsame Punkte ausarbeiten. In meiner Hinsicht können nur dann die Vorhaben der polnischen Regierung realisiert werden.

³⁵ Ebd.

8. Die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft

Polen hat drei große Hauptbereiche als die wichtigsten Prioritäten seiner Präsidentschaft definiert:

- Europäische Integration als Quelle des **Wachstums**
- **Sicheres** Europa
- Ein von der **Offenheit** profitierendes Europa³⁶

8.1. Wachstum

Im Vordergrund steht die wirtschaftliche Situation in Europa, nicht nur aufgrund der sich verschärfenden Krise, sondern auch wegen des neuen Budgetrahmens für die Jahre 2014-2020.

Polen möchte während dieser sechs Monate v.a. den Binnenmarkt vertiefen, stärken und weiterentwickeln. Der Binnenmarkt hat laut der polnischen Präsidentschaft ein wirtschaftliches aber leider nicht vollständig genütztes Potenzial, das man jetzt fördern muss. Ein gut funktionierender Binnenmarkt soll die Konkurrenzfähigkeit der EU steigern. Die Konkurrenzfähigkeit ist einer der wichtigsten Begriffe, die für das Wirtschaftswachstum ausschlaggebend sind.

Aus meiner Sicht ist dieser Bereich momentan am Wichtigsten, und hier soll sich die polnische Präsidentschaft bemühen die meisten Erfolge zu erzielen.

³⁶ Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 1.Juli 2011- 31. Dezember 2011, veröffentlicht vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, [http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/o_prezydencja/programm_der_polnischen_ue-ratsprasidentschaft.pdf], S. 5.

8.1.1. Stabilitäts- und Wachstumspakt

Ein wichtiger Teil des wirtschaftlichen Wachstums ist der **Stabilitäts- und Wachstumspakt**, der die Lage in der EU beruhigen und die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte verhindern soll.

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) ist ein regelbasierter Rahmen für die Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Der Pakt wurde gebildet, um solide öffentliche Finanzen - eine wichtige Voraussetzung für das korrekte Funktionieren der WWU - zu garantieren. Der Pakt besteht aus einer präventiven und einer korrektiven Komponente.“³⁷

Diese präventive Variante bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten jährlich verschiedene Berichte vorlegen müssen, anhand derer entschieden wird, ob die finanzielle Lage eines Staates noch gut und stabil ist, oder ob man eine Frühwarnung oder eine politische Empfehlung abgeben soll. Der zweite Teil „Korrektur“ betrifft Länder mit sehr großem Defizit. Die Stärkung dieses Pakts war eines der Hauptziele der polnischen Präsidentschaft. Es ist auch tatsächlich gelungen, den Pakt zu reformieren, meiner Meinung nach, v.a. aus dem Grund, dass dies auch ein Anliegen von Deutschland und Frankreich war. Die polnische Ratspräsidentschaft war in dem Bereich erfolgreich, in dem sie gemeinsam mit den Hauptakteuren gehandelt hat. Hiermit wird meine Hypothese 2. bestätigt.

„Im reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt legen die europäischen Staaten strengere Vorgaben fest, um vor allem auch schneller staatlicher Verschuldung oder wirtschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Denn die aktuellen Finanzprobleme in einigen Euro-Mitgliedsstaaten beruhen auf zu

³⁷ Europäische Kommission, Stabilitäts- und Wachstumspakt, [http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/index_de.htm], 22.09.2011 11.08Uhr.

*hohen Staatsschulden oder großen volkswirtschaftlichen Problemen.*³⁸

8.1.2. Das Sixpack und European Financial Stability Facility - Treffen zwischen Tusk und Van Rompuy; September 2011, Brüssel

8.1.2.a European Financial Stability Facility

Im September kam es in Brüssel zu einem Treffen zwischen dem polnischen Ministerpräsidenten Tusk und dem Präsidenten des Europäischen Rates Van Rompuy. Eines von den Hauptthemen war die wirtschaftliche Situation und das wirtschaftliche Management in Europa. Für Polen ist es wichtig neue Struktur und Ordnung in die EU einzubringen, damit die bestehenden *cleavages* nicht größer werden.

Aus diesem Grund lag der polnischen Präsidentschaft sehr viel daran, das *Sixpack*³⁹ vollständig abzuschließen –geplant war das für September. Es wurde bereits im Juli in einem Brief von Tusk an alle Staatschefs, EU-Regierungen, den EU-Rat und die EU-Kommission angesprochen. Tusk hat einheitliche und determinierte Handlungen in der EU vorgeschlagen. Auch *European Financial Stability Facility (EFSF)*⁴⁰ soll schnell entwickelt werden, so dass man im Bereich finanzieller Stabilität besser agieren kann. Die *EFSF* soll flexibler sein und es soll den EU-Mitgliedsstaaten ermöglicht werden, dass sie auf Sekundärmärkten intervenieren können und dass den jeweiligen EU-Staaten mit Anleihen geholfen wird. Diese Flexibilität bedeutet, „die

³⁸ Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Webseite der Bundesregierung, 29.09.2011 [<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/09/2011-09-29-reform-stabilitaets-und-wachstumspakt.html>] 16.01.2012, 11.03 Uhr.

³⁹ Gesetze bzgl. des Managements im Bereich europäischer Wirtschaft in der Eurozone, siehe weiter Kapitel „8.1.2.b.Sixpack“.

⁴⁰ EFSF (ein Mechanismus der EU) wurde 2010 im Rahmen von Ecofin geschaffen, hat AAA von Standard&Poor's bekommen (in der Phase der polnischen Präsidentschaft hatte EFSF die ganze Zeit AAA).

EFSF mit zusätzlichen Instrumenten ausgestattet werden soll. Dazu gehören vorsorgliche Kreditlinien, Käufe umlaufender Staatsanleihen an den Märkten und Darlehen zur Rekapitalisierung von Banken.”⁴¹

Der Nachteil (nicht der Einzige) dieses Mechanismus ist, meiner Meinung nach, dass diese Form der Unterstützung nur temporär ist und keinen konkreten Plan zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums vorsieht.

Die *EFSF* soll ab 2013 durch den *Europäischen Stabilitätsmechanismus* ersetzt werden. Dies soll eine Lösung auf Dauer sein. In dieser Hinsicht wäre die *EFSF* praktisch, in dem Sinn, dass man in der Übergangsphase überprüfen könnte, welche Mechanismen ihre Zwecke erfüllen und welche nicht, und dieses Wissen in der Zukunft bei dem *Europäischen Stabilitätsmechanismus* anwenden könnte.

8.1.2.b Sixpack

Die polnische Ratspräsidentschaft hat sich zum Ziel das Durchsetzen von einem Paket mit fünf Verordnungen und einer Richtlinie, ein sog. *Sixpack*, gesetzt. Betroffen davon sind vor allem öffentliche Finanzen aller Mitgliedsstaaten (vier Initiativen – drei Verordnungen und eine Richtlinie) und makroökonomische Ungleichgewichte (zwei Verordnungen). Das *Sixpack* hat eine Reform des *Stabilitäts- und Wachstumspakts* zum Ziel. Der ungarischen Regierung war das nicht gelungen, obwohl sie sich das auch als eines der Ziele gesetzt hatte.

Man hat schon vor einiger Zeit erkannt, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten mit großen Schwierigkeiten im Bereich Verschuldung

⁴¹ Webseite vom Bundesfinanzministerium
[\[http://www.bundesfinanzministerium.de/nr/53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20110920_29_Faq_Schuldenkrise.html?nnn=true\]](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr/53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20110920_29_Faq_Schuldenkrise.html?nnn=true), 05.01.2012, 22.01 Uhr.

und wirtschaftliches Wachstum zu kämpfen haben, was die ganze EU im großen Maß schwächt und weltweit ein Destabilisierungsfaktor darstellt. Man hat an dem Pakt lange gearbeitet, dennoch konnten sich bis kurz vor der polnischen Präsidentschaft die Mitgliedsstaaten darüber nicht einigen. Klar war allerdings - je schneller die EU einen Konsens findet, desto schneller kann man mit finanziellen Reformen beginnen.

Für Polen ist der Aspekt wichtig, das wirtschaftliche Wachstum einzelner Länder anzukurbeln, weil nur dies im Endeffekt eine Lösung für die Verschuldung ist, und für eine gewisse finanzielle Stabilität in der ganzen EU sorgen kann. Das sind unabdingbare Faktoren damit die Gemeinschaft widerstandsfähig gegen unerwartete wirtschaftlich-politische Ereignisse ist.

Eine Einigung bzgl. des *Sixpacks* bedeutet eine Reform des europäischen Systems der wirtschaft-politischen Steuerung. Die Initiative kommt von der EU-Kommission, und nicht von der polnischen Regierung. Die Mitgliedsstaaten konnten aber bis zur polnischen Präsidentschaft keinen Konsens finden. Die Einigung war durch intensive Verhandlungen zwischen der polnischen Präsidentschaft und dem EU-Parlament und der Europäischen Kommission vorangegangen.

Die Reform umfasst:

- die Stärkung des Entscheidungsprozesses des Rates
- einen verbesserten Dialog zwischen den EU-Institutionen bei makroökonomischen Angelegenheiten

- eine Kontrolle über Länder mit sehr großem Defizit, in Fällen wenn ein enormes Ungleichgewicht innerhalb der EU entsteht.⁴²

Kurz vor den Verhandlungen über das *Sixpack* hieß es aus dem polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Polen bemühe sich um die Verbesserung der Regulierung und der Kontrolle des Marktes und um eine Ausarbeitung des Krisenmanagements im Bereich Wirtschaft.⁴³ Wichtig für die polnische Regierung ist die Integrität und Transparenz des Finanzsektors.⁴⁴ Diese Prozesse sollen im Rahmen des ECOFIN durchgeführt werden.

Auf der inoffiziellen ECOFIN- Konferenz am 16. und 17. September in Wroclaw kam es zu einer Einigung über das *Sixpack*. Dank diesem konnte die polnische Ratspräsidentschaft die Verfahren in diesem Bereich beenden. Dies hat zu dem Zeitpunkt bedeutet, dass das EU-Parlament dieses Paket schon im September verabschieden kann und dass, man neue Verfahren und Vorschriften einleiten kann.

Eine von den wichtigsten Folgen ist eine strengere und besser kontrollierbare Haushaltsdisziplin, die schon ab dem Jahr 2012 durchsetzbar sein soll.

Das Erzielen von einem Konsens bzgl. des *Sixpacks* setzt ein sehr wichtiges Zeichen, nämlich dass die EU-Mitgliedsstaaten sogar in einem komplexem Bereich wie Finanzen, doch im gemeinsamen Interesse handeln können und dass eine Einigung möglich ist. Hier kann allerdings nur von einem Teilerfolg die Rede sein, da man zuerst noch

⁴² Working Paper des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung der ökonomischen Politik (DPE), Bericht über die erste Hälfte der polnischen Ratspräsidentschaft, Warschau Oktober 2011.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, S.17.

analysieren müsste, wie das *Sixpack* in der Wirklichkeit funktioniert und welche Effekte es bringt.

Eine von den bereits von mir erwähnten Maßnahmen, die im Rahmen dieses Pakets durchgeführt werden sollen, ist der Versuch die Defizite bzw. Überschüsse von einzelnen Mitgliedsstaaten auszugleichen. Die polnische Ratspräsidentschaft vertritt auch sehr stark die Meinung, dass ein Europa zweier Geschwindigkeiten auf keinen Fall entstehen kann.

Das *Sixpack* beinhaltet eventuelle Sanktionen für die Mitgliedsstaaten, sollen sich diese nicht an die in dem Paket definierten Ziele oder Regeln halten. Es soll praktisch unmöglich sein diese Sanktionen zu blockieren.⁴⁵ Dies war bei den Verhandlungen der schwierigste Teil. Die Mitgliedsstaaten hatten nämlich unterschiedliche Auffassung davon, wie die Sanktionen eingeleitet werden sollen.

Wichtig ist das zukünftige Vorgehen bzgl. der Verschuldung der Mitgliedsstaaten. Bis jetzt war nur die Neuverschuldung relevant, d.h. die existierenden Schulden wurden ausgeblendet, man hat also das Problem nur teilweise behandelt, was zu keinem Erfolg führen kann. In dem *Sixpack* ist es vorgesehen, dass die Gesamtverschuldung jedes einzelnen Staates einer Kontrolle unterliegt. Den Ländern mit einer großen Verschuldung kann der Rat empfehlen diese zu reduzieren, ansonsten muss der jeweilige Staat mit Sanktionen rechnen. Das Ziel ist, dass die staatlichen Schulden nicht mehr als 60% des BIP ausmachen. Diese Empfehlungen sind verbindlicher als bis jetzt. Viele sprechen von „*automatischen*“ Sanktionen, die allerdings nicht wirklich ganz automatisch sind. Die Europäische Kommission kann eine Warnung abgeben, die nach zehn Tagen in Kraft tritt. Innerhalb von diesen zehn

⁴⁵ Siehe dazu die Rede des polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski in Berlin am 28. November 2011, erreichbar unter [\[https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf\]](https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf), 20.01.2012, 14.15 Uhr.

Tagen können allerdings die Mitgliedsstaaten dagegen stimmen. Wenn eine einfache Mehrheit dagegen stimmt, finden die Sanktionen nicht statt. Neu dabei ist, dass nicht alle EU-Staaten die gleiche Meinung vertreten müssen, allerdings zu sagen, dass die Sanktionen ganz automatisch eingeleitet werden, ist falsch. Die Frage, die sich für mich in diesem Kontext stellt, ist auch die nach der Form der Sanktionen. Das Ziel soll es sein die Sünder-Staaten tatsächlich zu bestrafen. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass man deren Wirtschaftswachstum und dadurch die gesamte Ökonomie nicht bremsen soll. Abgesehen von der Tatsache, dass die EU und die polnische Regierung das Verabschieden von dem *Sixpack* als einen großen Erfolg sehen, ist es für mich fraglich, ob finanzielle Strafen für hoch verschuldete Staaten (wie es in diesem Fall bei den Sanktionen vorgesehen ist) tatsächlich die entsprechenden Maßnahmen sind. Ich befürchte, dass dies die finanzielle Lage in den jeweiligen Staaten noch mehr verschlechtern wird.

Bei dem Problem der makroökonomischen Ungleichgewichte handelt es sich v.a. um ein Verfahren, im Laufe dessen ein Frühwarnsystem rechtzeitig eingeschaltet werden soll. Die wichtigste Rolle soll allerdings der präventive Teil, und nicht die Sanktionen spielen.⁴⁶ Hier stelle ich mir die Frage, ob diese Reihenfolge tatsächlich effektiv sein wird. Aktuell befinden sich die meisten EU-Staaten in einer schlechten wirtschaftlichen Verfassung und ich behaupte, dass es wichtiger wäre sich auf das Überwinden der aktuellen Schuldenkrise zu konzentrieren, als an Mechanismen zu denken, die erst dann eintreten werden, wenn die EU die aktuellen Probleme bekämpft hat.

Das *Sixpack* wurde am 28. September akzeptiert, am 4. Oktober durch alle EU-Staaten angenommen und die in ihm festgehaltenen Regeln gelten ab dem 13. Dezember 2011. Die sechs Initiativen sind ein Resultat

46

[http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20110920_29_Faq_Schuldenkrise.html?_nnn=true] 5.01.2012, 22.23 Uhr.

der Arbeit zwischen dem Rat, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, allerdings wurden die Arbeiten während der polnischen Präsidentschaft beendet, was die polnische Regierung zu den eigenen Erfolgen zählt. In diesem Kontext vertrete ich die Meinung, dass meine Hypothese 2 wieder zutrifft. Der Erfolg wurde gewährleistet, nur weil andere Hauptakteure an der gleichen Reform, wie die polnische Ratspräsidentschaft gearbeitet haben.

Im Oktober wurden die Gespräche zwischen Tusk und Van Rompuy fortgesetzt, diesmal mit den Schwerpunkten Östliche Partnerschaft und Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

8.1.3. Kohäsionspolitik und Strategie „Europa 2020“

Auch die *Kohäsionspolitik* (Common Regional Policy) gehört zu den Prioritäten der polnischen Präsidentschaft.⁴⁷ Das Ziel ist es durch die Kohäsionspolitik die Strategie „*Europa 2020*“ vollständig durchführen zu können. „*Europa 2020*“⁴⁸ ist die Vision der europäischen Wirtschaft im Jahr 2020. Man geht davon aus, dass das Jahr 2020 schon die Zeit sein wird, in der sich die EU in einer stabilen wirtschaftlichen Situation befinden wird. Die europäische Wirtschaft soll nach der Krise noch mehr gestärkt werden, die Beschäftigungsquote soll steigen. Bei der Strategie „*Europa 2020*“ spielt der sozial-gesellschaftliche Faktor eine sehr wichtige Rolle. Das Ziel ist es, eine *soziale freie Marktwirtschaft* zu errichten. Entscheidend für die Erfüllung der Ziele dieser Strategie ist die Gestaltung des neuen Budgetrahmens für die Jahre 2014-2020. In diesem Kontext stellt sich natürlich die Frage, wie realistisch diese Strategie ist. Soll oder darf man sich wirklich jetzt, in Zeiten der größten

⁴⁷ Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, S.6.

⁴⁸ Europäische Kommission, Komunikat Komisji Strategia 2020, Strategia na rzecz inteligentnego i zrównoważonego rozwoju sprzyjającego włączeniu społecznemu, Brüssel, 03.03.2010, [\[http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/1_PL_ACT_part1_v1.pdf\]](http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/1_PL_ACT_part1_v1.pdf), 26.08.2011, 12.50Uhr.

Schuldenkrise, für die man noch kein Heilmittel gefunden hat, ein wirtschaftlich starkes Europa in ein paar Jahren vorstellen? Ich behaupte, dies ist zu weit hergeholt und hat keinen Bezug zu der Realität. Anstatt an Strategien zu arbeiten, die wahrscheinlich so schnell nicht zutreffen werden, sollte man sich v.a. den aktuellen Problemen widmen und nach Lösungen suchen.

Ein weiterer Punkt der Kohäsionspolitik ist die *Connecting Europe Facility* (CEF). Die Europäische Kommission hat am 19. Oktober 2011 ein Projekt diesbezüglich veröffentlicht.⁴⁹ Im Rahmen dieses Programms sollen die Verbindungen in den Transport-, Energie-, und Kommunikationsnetzen finanziert werden. Dies wird den Binnenmarkt stärken – meint die polnische Präsidentschaft.⁵⁰ Dieses CEF-Instrument soll durch die Europäische Kommission verwaltet werden. Das Hauptziel von CEF ist es zu erleichtern, private Finanzierungsquellen für gewisse Projekte zu bekommen. Das Budget von CEF soll 50 Mrd. Euro betragen. Kontroversen gibt es auch, da ein Teil des Budgets – 10 Mrd. Euro – von dem Budget für die Kohäsionspolitik kommen soll.

8.1.5. Elektronischer Bereich

In den Vordergrund rückt der elektronische Bereich. Die polnische Ratspräsidentschaft strebt den Abbau der Bürokratie und des Zeitaufwands an v.a. durch die Einführung der elektronischen Unterschrift, die in allen EU-Staaten anerkannt werden soll, außerdem auch die Erweiterung und Stärkung des elektronischen Marktes.⁵¹ Dies soll u.a. durch viele Vereinfachungen bei Online-Transaktionen erleichtert werden. Polen strebt nach mehr Transparenz und

⁴⁹ Informationsbulletin des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für europäische Angelegenheiten, Oktober-November 2011.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, S. 19.

niedrigeren Kosten in diesem Bereich. Dies wurde im Rahmen des Single Market Forums in Krakau zur Debatte gestellt.⁵²

8.1.6 Europäisches Patentrecht

Die EU konnte sich bis vor der polnischen EU-Ratspräsidentschaft auf kein einheitliches Patentsystem innerhalb von dreißig Jahren Verhandlungen einigen. Das neue Patentsystem gehörte zu den polnischen Prioritäten im Bereich Wachstum. Wie Tusk in seinem Brief an Bundeskanzler Faymann schreibt:

„The Polish Presidency has made the Single Market one of its’ key priorities, believing that it is the right instrument to spur growth and bring tangible gains. One of the most important and most promising Single Market projects, to which much dedication has been granted by all recent Presidencies, is the unitary patent protection. This new framework could reduce the patenting costs for European companies as much as fivefold and establish unitary protection under specialized Court.”⁵³

Es ist also wichtig, dass die EU ein einheitliches und dadurch ein günstiges System im Patentrecht hat, damit sie mit anderen Nicht-EU-Staaten konkurrieren kann.

Am 29. September 2011 hat eine Sitzung des Rates für Konkurrenzfähigkeit stattgefunden, im Rahmen dessen eine Debatte über das einheitliche Patentrechtssystem in der EU abgehalten wurde. Alle Mitgliedsstaaten waren sich einig, dass die EU eine Einigung in diesem Bereich braucht.

⁵² Genaue Informationen – siehe dazu Kapitel 8.1.7. Single Market Forum -SIMFO.

⁵³ Brief von Donald Tusk an Werner Faymann, vom 17. November 2011, siehe Anhang A.

Der Patentpakt, an dem die polnische Präsidentschaft gearbeitet hat, besteht aus drei Rechtsakten:⁵⁴

- einem Verordnungsprojekt, das die gestärkte Zusammenarbeit im Bereich des Schaffens des einheitlichen Systems vom Patentrecht vorsieht
- einem Verordnungsprojekt, das die gestärkte Zusammenarbeit im Bereich des Schaffens des einheitlichen Systems vom Patentrecht im Bezug auf die Übersetzungen vorsieht
- einem Abkommen über das Einheitliche Patentsgericht

Die ersten zwei Projekte wurden durch die polnische Präsidentschaft erfolgreich abgeschlossen. An dem Abkommen über das Einheitliche Patentgericht hat man von Juli bis September 2011 gearbeitet. Die Basis war das Projekt der ungarischen Ratspräsidentschaft. Allerdings zum Zeitpunkt des Abschlusses der polnischen Ratspräsidentschaft wurde die Frage, wo sich der Sitz des *Europäischen Patentgerichts* befinden soll, nicht geklärt.

Dies kann man als einen Teilerfolg der polnischen Präsidentschaft sehen, weil die meisten inhaltlichen Dinge geklärt worden sind. Wichtig in diesem Kontext war die Überprüfung, ob dieser Patentpakt mit den EU- Verträgen übereinstimmt. Dies ist ohne größere Probleme verlaufen. Nur wegen einer einzigen Frage, und zwar wie in diesem Fall der Sitz des Patengerichts, die Verhandlungen nicht abzuschließen, zeigt eindeutig, wie wenig Macht tatsächlich die Ratspräsidentschaft hat bzw. wie schwach Polens Position in Wirklichkeit ist. Hier zeigen sich die Grenzen des Vorsitzes im Europäischen Rat.

⁵⁴ Europäisches Newsletter des polnischen Wirtschaftsministeriums, Nr. 16/11, Warschau 20.10.2011.

8.1.7. Single Market Forum - SIMFO

In den Tagen 2.-4. Oktober 2011 hat in Krakau das *Binnenmarktforum - Single Market Forum (SIMFO)* stattgefunden. SIMFO ist ein Teil von der Binnenmarktakte⁵⁵, welche zwölf Punkte beinhaltet, die zur weiteren Entwicklung des Binnenmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen sollen. Wichtig dabei ist auch, dass das Vertrauen der EU-BürgerInnen und Firmen, die EU-weit tätig sind, gewonnen wird. An dem Forum haben Vertreter verschiedener Interessengruppen teilgenommen: Politiker, Diplomaten, Investoren, private Personen etc.

Während des Forums hat Polen an fünf von zwölf Initiativen gearbeitet, weitere werden durch Dänemark und Zypern zur Bearbeitung übernommen und die Arbeit wird fortgesetzt. Die polnische Regierung hofft darauf, dass diese zwölf Initiativen bis Ende 2012 abgeschlossen werden- so lautete die Information des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten kurz nach dem SIMFO.

Die fünf Initiativen, an denen die polnische Ratspräsidentschaft gearbeitet hat:⁵⁶

| Initiative | Datum der Annahme durch die Europäische Kommission | Aktueller Zustand während der polnischen Präsidentschaft |
|---|---|---|
| 1. Anweisungen bzgl. des Patentrechts für die | Zwei Projekte wurden am | Von diesem Pakt ist nur |

⁵⁵ Europäische Kommission, Binnenmarktforum [http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/single_market_forum_de.htm], 29.11.2011, 14.26 Uhr.

⁵⁶ Die folgende Tabelle wurde nicht zu 100%, allerdings zum großen Teil aus einem internen Dokument des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten übersetzt und übernommen.

| | | |
|--|--|--|
| möglichst große Anzahl der Mitgliedsstaaten, Klärung wie Streitigkeiten gelöst werden sollen | 13.12.2011 durch die Europäische Kommission veröffentlicht | die Frage nach dem Sitz des Patentgerichts zu lösen |
| 2. Änderungen der Vorschriften über das Normalisierungssystem in Richtung mehr Effizienz und Reibungslosigkeit | Ein Paket zur Normalisierung wurde von der Kommission am 1.06.2011 veröffentlicht | Die Arbeitsgruppe arbeitet weiterhin und soll ein Bericht über die Ergebnisse vorlegen |
| 3. Änderungen bei der Richtlinie zur Versteuerung der Energie und der Menge an CO ₂ -Abgaben | Eine Mitteilung wurde im April 2011 angenommen | Die Arbeitsgruppe arbeitet daran |
| 4. Neue Regulierungsmaßnahmen über Lösung der Streitigkeiten, u.a. im Online-Handel | Die Kommission hat einen Vorschlag im November vorgestellt | Die Arbeit wurde initiiert |
| 5. Vereinfachung der Richtlinie bzgl. des Buchhaltungsstandards | Die Kommission hat im Oktober 2011 einen Vorschlag zur Revision der Richtlinie vorgestellt | Die Arbeit wurde initiiert |

Während des Forums wurden viele Workshops zum Thema Binnenmarkt veranstaltet. Das Ziel war es den EU-BürgerInnen den Binnenmarkt so zu erklären und darzustellen, dass man sich sicherer und vertrauter an dem Markt bewegen kann. Im Mittelpunkt stand also genaues Wissen über den Binnenmarkt: wie er funktioniert, welche Vorteile es gibt und welche Rechte die BürgerInnen haben.

Die Workshops betrafen die Europäische Berufskarte, Streitigkeiten im Online-Bereich, eine Vereinfachung bei gewerblichen Tätigkeiten, den

elektronischen Handel, delegierte ArbeiterInnen und deren Sozialrechte, öffentliche Ausschreibungen und die Verkleinerung der Distanz zwischen den EU-BürgerInnen und dem Binnenmarkt.⁵⁷

Obwohl es in Summe viele TeilnehmerInnen gab, hat das Forum nicht die breite Masse erreicht. In den meisten Mitgliedsstaaten wurde das Forum von den BürgerInnen nicht wahrgenommen.

Die Krönung des Forums war die Unterzeichnung einer gemeinsamen Deklaration – der *Krakauer Deklaration*, die dem Rat der EU, dem EU-Parlament und der Europäischen Kommission übergeben worden ist.

„While we recognise that the Single Market has brought many benefits we do not always see them in our day to day lives. Sometimes there is a discrepancy between what people expect the Single Market to do, and what they experience in practice. We want better two-way communication and effective tools to make use of our rights.”⁵⁸

Der Online-Markt steht auch hier im Vordergrund:

„As consumers and entrepreneurs, we are aware that e-commerce has enormous potential to satisfy our needs. It enhances business opportunities, especially for small business, and creates much needed jobs. But it needs to be made safe and predictable.”⁵⁹

Außer der *Krakauer Deklaration*, die meiner Meinung nach, keine konkrete Maßnahmen beinhaltet, wurden keine anderen Berichte im Nachhinein verfasst. Im polnischen Ministerium für Wirtschaft konnte ich keine Berichte, Zusammenfassungen etc. über die Fortschritte, die

⁵⁷ Europäisches Newsletter des polnischen Ministerium für Wirtschaft, Nr. 14/11, Warschau 30.09.2011 und [http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/smf_workshops_en.htm], 11.01.2012, 14.35 Uhr.

⁵⁸ The Krakow Declaration, Single Market Forum, [<http://www.mg.gov.pl/files/upload/14617/20111004%20THE%20KRAKOW%20DECLARATION.pdf>] 29.11.2011, 15.42 Uhr.

⁵⁹ Ebd.

das Forum gebracht hat, finden. Das Wirtschaftsministerium hat nur allgemeine Informationen an die Europäische Kommission weitergeleitet, die sie auf der offiziellen Webseite in einer sehr prägnanten Form veröffentlicht hat.

8.1.8 European consensus on growth

Mikolaj Dowgielewicz hat am 6. Oktober 2011 einen Bericht bezüglich Wachstumsquellen präsentiert. Der Bericht ist im Internet abrufbar ⁶⁰ und beinhaltet sowohl eine Diagnose der aktuellen Situation als auch Vorschläge für weitere Handlungen.

Die wichtigste aber gleichzeitig auch die am schwierigsten zu beantworten Frage lautet: welche Wege soll die EU gehen, damit das Gleichgewicht zwischen stabilen Ausgaben (welche die aktuelle Verschuldung nicht vergrößern) und der Wirtschaft, die sich dynamisch entwickelt und weltweit konkurrenzfähig ist (in diesem Fall muss man mit höheren Ausgaben rechnen um die Wirtschaft anzukurbeln) herrscht. Für Polen nicht zu hinterfragen ist allerdings das Bedürfnis nach neuen Investitionen in Europa, die eine wichtige Bedingung für das Wachstum sind. Polen sagt laut und deutlich - ohne neue Dynamik in der europäischen Wirtschaft wird die EU niemals diese Krise überwinden.

Auch *intellectual capital* und *human capital* seien Schlüsselworte für das wirtschaftliche Wachstum.

“To make these mechanisms work, it is necessary to take full advantage of Europeans’ intellectual capital and of the Single Market, through its continued development and elimination of

⁶⁰ Towards a European consensus on growth, Report of the Polish Presidency of the Council of the European Union
[\[http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/presidency_report_on_growth.pdf\]](http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/presidency_report_on_growth.pdf) , 11.01.2012, 16.28 Uhr.

infrastructural bottlenecks (both national and cross-border). We have learned from experience that European integration will continue to be the source of growth for Europe.”⁶¹

Junge Menschen sollen noch mehr Möglichkeiten bekommen, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten innerhalb der EU auszutauschen. Auch die Beschäftigungsquote bei jungen Menschen und Frauen soll steigen. Laut dem Bericht, nützen viele junge Europäer die Mobilitätsmöglichkeiten momentan nicht komplett aus. Das soll sich in den nächsten Jahren ändern. Im Rahmen des Projekts *lifelong learning* soll für die EU-BürgerInnen über fünfzig, eine Möglichkeit geschaffen werden, so dass deren Potenzial noch genutzt wird.

Es ist auch wichtig, dass die EU ihre Effizienz in verschiedenen Bereichen revidiert, um zu sehen, wo noch ungenütztes Potenzial ist. Der Fokus soll auf jeden Fall auch auf die *e-Wirtschaft* gelegt werden: der digitale und für die ganze EU einheitliche Markt soll bis 2020 zusätzliche 4% BIP verschaffen.⁶²

Es ist für alle Beteiligten klar, dass es die polnische Präsidentschaft zeitlich nicht schaffen wird, alle Punkte vom dem *Consensus on growth* umzusetzen. Das hat man noch vor der Veröffentlichung des Berichts durch Dowgielewicz als selbstverständlich und realistisch betrachtet. Man will aber im Rahmen der Troika (mit Dänemark und Zypern) weiter diese Ziele für das Wirtschaftswachstum verwirklichen. Dies haben diese drei Staaten auch inoffiziell unter sich ausgemacht. Hier nehme ich auf meine erste Hypothese Bezug. Polen hat innerhalb der Troika gemeinsame Ziele ausgearbeitet und mit den beiden anderen Staaten festgelegt, was noch gemacht werden muss. Wenn man nach

⁶¹ Ebd. S. 10.

⁶² Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, anhand M. Monti, A New Strategy for the Single Market. At the Service of Europe's Economy and Society, Report to the President of the European Commission José Manuel Barroso, May 2010.

dem Jahr 2012 feststellen kann, dass die Ziele vom *Consensus on growth* verwirklicht worden sind, wird man von einem Erfolg der polnischen Ratspräsidentschaft sprechen können.

8.1.9. EU-Budgetrahmen 2014-2020

Wenn man von der Budgetkoordinierung in der EU spricht, muss man immer an die kommenden Jahre denken und sich dabei fragen, welche Ausgaben und Bereiche in der nahen Zukunft für die Entwicklung der Europäischen Union wichtig sein werden. Im Fall der polnischen Präsidentschaft ist es von Vorteil, dass der Budgetvorschlag von der EU-Kommission realistisch und viel besser ist, als der letzte im Jahr 2004. Das macht eine gute Basis für weitere Verhandlungen aus.⁶³ Der polnische Ministerpräsident erklärte, dass Polen den Vorschlag von der Europäischen Kommission unterstützen wird.

Das aktuelle Budget der EU beträgt 925 Mrd. Euro. Der neue von der EU-Kommission vorgeschlagene und von der polnischen Ratspräsidentschaft unterstützte Budgetrahmen soll auf 972,2 Mrd. Euro erhöht werden. Dieser Vorschlag mag vielleicht angesichts der drohenden Pleite in vielen Staaten der Eurozone nicht nachvollziehbar und an die Realität nicht angepasst sein. Dennoch findet Tusk, dass man nur auf diese Weise die Funktionsfähigkeit der EU und das Vertrauen in ihre Strukturen verbessern kann.⁶⁴

Polen sah das Budget für die kommenden Jahre als ein gemeinsames Projekt mit Dänemark und Zypern, die sich auch verpflichtet haben, die Position Polens weiterhin zu vertreten. Hier beziehe ich mich wieder auf die Hypothese 1. Dänemark hat zugesichert, dass eine ähnliche Konferenz, wie die von Polen organisierte, auch während der dänischen

⁶³ Meinung vom Staatssekretär M. Dowgielewicz.

⁶⁴ Während der Budget-Konferenz in Brüssel in den Tagen 20-21. Oktober 2011.

Präsidentschaft stattfinden wird. Das Jahr 2012 ist entscheidend für die Gestaltung des Budgets, also wird man im Nachhinein, den ganzen Prozess als eine Errungenschaft dieser drei Staaten sehen. Dennoch muss man sagen, dass die Ausarbeitung der gemeinsamen Position definitiv Polen zu verdanken ist. Aus meiner Sicht, muss das aber nicht unbedingt im gemeinsamen Interesse der EU, sondern im nationalen Interesse Polens liegen.

Interessant ist immer zu schauen, wie die Prioritäten in dem neuen Budgetrahmen definiert werden und welche Bereiche am stärksten gefördert werden. Sehr relevant für die polnische Regierung ist die Finanzierung der Kohäsionspolitik. Davon profitiert das Land nämlich am meisten. Wichtig war auch die Tatsache, dass die Verhandlungen im Rahmen des *General Affairs Council* (GAC) und des *COREPERS* stattfinden. Verhandlungen in anderen Gremien wären für Polen ungünstig gewesen.

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft hat in dem Bereich der Haushaltspolitik mehrere Erfolge erzielt, die vielleicht nicht unbedingt die Größten oder die Bedeutsamsten waren, allerdings sehr wohl zielführend sind. Zuerst wurde der von Polen vorgeschlagene Arbeitskalender bzgl. des Budgetrahmens durch andere Mitgliedsstaaten angenommen und der Vorschlag von der EU-Kommission als Basis für weitere Gespräche akzeptiert. Auch mit der Formel der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament waren sowohl alle EU-Staaten als auch das EU-Parlament zufrieden und einverstanden. Die polnische Präsidentschaft hat die erste Phase der Verhandlungen abgeschlossen. Darunter fallen:

- Besprechung des Vorschlags der Europäischen Kommission
- Den Mitgliedsstaaten Möglichkeiten anzubieten, eigenes Interesse und eigene Anliegen einzubringen

- Alle Angelegenheiten, über die man noch verhandeln muss zu definieren

Am 1. September gab es schon erste heftige Diskussionen über den Budgetrahmen. Bekannt ist, dass es in der EU zwei Hauptherangehenweisen bezüglich der wirtschaftlichen Schwäche Europas gibt. Die einen meinen, dass man alle Ausgaben kürzen und starke Einsparungsmaßnahmen fordern soll. Die anderen, dass man die Wirtschaft fördern soll, indem man noch mehr Ausgaben plant, was die Ökonomie des Landes ankurbelt. In der EU gibt es keinen allgemeinen Standpunkt in dieser Angelegenheit, deshalb war zu erwarten, dass bei den ersten Verhandlungen über das neue Budget, die von Polen geführt werden, auch Streitpunkte vorkommen werden. In diesem Fall waren das die unterschiedlichen Positionen der Netto-Zahler und der Netto-Empfänger.⁶⁵

Für Polen ist wichtig, dass die Verhandlungen über den neuen Budgetrahmen möglichst schnell abgeschlossen werden, so dass neue Programme umgehend implementiert werden können. Ansonsten verliert Polen viel, v.a. im Bereich der Landwirtschaft.

Anfang September hat Polen den Vorschlag eingebracht, dass das neue EU-Budget erhöht werden soll, was automatisch bedeutet, dass Polen gegen Einsparungen trotz der wirtschaftlichen Krise ist. Die polnische Präsidentschaft spricht sich für die Erhöhung der Kosten aus, die die europäische Wirtschaft ankurbeln sollen. Dies sei die einzige Lösung des aktuellen Problems in den Augen der polnischen Regierung. Gleichzeitig wird von Polen angesprochen, dass das Problem der Eurozone kein ökonomisches, sondern ein Politisches ist, das nur durch die weitere finanzielle Förderung zu lösen ist.

⁶⁵ Anhand eines Gesprächs mit einem Mitarbeiter des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.

Diese Debatte am Anfang September über das neue EU-Budget hat heftige Reaktionen seitens Deutschlands und Großbritanniens (Österreich war auch dagegen) verursacht, die sich gegen die Erhöhung der Ausgaben ausgesprochen haben. Manche Medien haben kritisiert, dass sich Polen für die Erhöhung der Ausgaben in solchen Bereichen ausspricht, die profitabel vor allem für Polen sind, wie z.B. Agrarpolitik.⁶⁶ Die polnische Präsidentschaft hat nicht nur versucht die Erhöhung des EU-Budgets durchzusetzen, sondern auch das aktuelle Krisenmanagement Deutschlands kritisiert und wollte nach neuen Formen des EU-Krisenmanagements suchen.

Der polnische Finanzminister Jacek Rostowski meinte:

„Vor wenigen Tagen hatte der polnische Finanzminister Jacek Rostowski davor gewarnt, dass die EU „kollabieren“ könnte, wenn Länder wie Deutschland weiterhin Fehler in der Krisenbewältigung begingen. ‚Wir haben die simple Wahl zwischen Solidarität und einem Kollaps.‘“⁶⁷

Allerdings steht die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten hinter der polnischen Herangehensweise.

Tusk ist der Meinung, dass die Überwindung der Eurokrise in einem höheren Budgetrahmen liegt, weil man nur auf diese Weise die europäische Wirtschaft ankurbeln kann. Ein neues niedrigeres Budget würde in seinen Augen, eine Abwendung von der Integration und dem europäischen Denken bedeuten. Tusk sieht den ganzen Prozess sehr langfristig – es geht nicht darum jetzt möglichst wenig Ausgaben zu haben, sondern es geht darum ein Budget festzulegen, welches die Konkurrenzfähigkeit der EU steigern kann und welches auch eine gute

⁶⁶ „Polnische EU-Präsidentschaft geht auf Konfrontationskurs“, in: Die Presse, 31.08.2011, erreichbar unter [<http://diepresse.com/home/politik/eu/689830/Polnische-EUPraesidentschaft-geht-Konfrontationskurs->] 02.09.2011, 20.58Uhr.

⁶⁷ Ebd.

Investition für weitere Jahrzehnte ist. Man muss in diesem Kontext sehr praktisch denken und darf sich nicht nur über kurzfristige positive Effekte freuen. Kurzsichtigkeit kann laut Tusk der EU nur schaden.

„Jednym z instrumentów rozwoju rynku wewnętrznego może być sensowne wykorzystanie budżetu UE do budowy wielkiego projektu, jakim jest naprawę konkurencyjna Europa - zaznaczył szef polskiego rządu. Zwrócił też uwagę, że „nie będzie rynku wewnętrznego, jeśli nie będzie realnych inwestycji, szczególnie infrastrukturalnych”.⁶⁸

„Eines von den Instrumenten der Entwicklung des Binnenmarktes könnte eine sinnvolle Einsetzung des EU-Budgets sein um ein riesiges Projekt wie das wirklich konkurrenzfähige Europa wäre, zu realisieren – meinte der polnische Ministerpräsident. Er hat hinzugefügt, dass „es keinen Binnenmarkt geben würde, wenn keine realistischen Investitionen, vor allem in der Infrastruktur stattfinden würden.“⁶⁹

Die Einstellung Polens ist nicht ganz unumstritten, da Polen von einem erhöhten Budget im großen Ausmaß als der größte Netto-Empfänger profitieren kann. Dennoch bin ich der Meinung, dass Tusk in diesem Fall nicht nur im eigenen Interesse handelt⁷⁰, sondern dass er wirklich fest davon überzeugt ist, dass man nur durch weitere richtig eingesetzte Ausgaben die Eurozone retten kann. Der polnische Ministerpräsident behauptet, dass der Mangel an Vertrauen in die EU nicht von außen, also von anderen Nicht-EU-Staaten kommt, sondern direkt in den einzelnen EU-Staaten entsteht und sich sehr schnell verbreitet. Wenn es gelingen würde durch ein erhöhtes Budget die Wirtschaft anzukurbeln und dadurch die wirtschaftliche Situation in Europa zu verbessern, würde es dann nur eine Frage der Zeit sein, dass die EU-BürgerInnen das Vertrauen in die EU wieder gewinnen.

⁶⁸ Polnischer Nachrichten-Sender *tvn24*, Bericht auf der Website www.tvn24.pl am 20.10.2011.

⁶⁹ Eigene Übersetzung.

⁷⁰ Eine Nebenrolle kann es natürlich spielen, ist allerdings meiner Meinung nach, nicht ausschlaggebend.

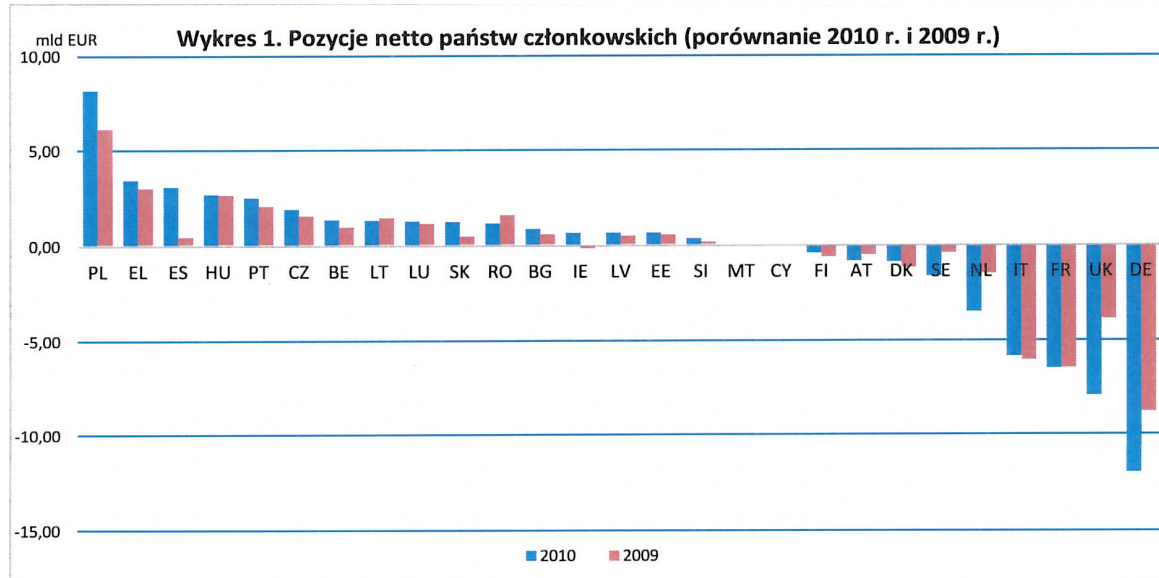
Diese Meinung teile ich auch. Man muss sich natürlich überlegen in welchen Bereichen Einsparungen notwendig sind, allerdings darf man nicht vergessen, dass die Überwindung der Krise in der Ankurbelung der Wirtschaft liegt. Das neue Budget der EU soll also sowohl Einsparungsmaßnahmen enthalten, als auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas.

Die nächsten Verhandlungen betreffend des neuen EU-Budgets für die Jahre 2014-2020 haben während der Budget-Konferenz am 20.-21.Oktober in Brüssel stattgefunden. Das Neue daran war, dass nicht nur die EU-Abgeordneten daran teilgenommen haben, sondern auch Abgeordnete der nationalen Parlamente. Dies war eine Initiative des polnischen Ministerpräsidenten. Offizielle Erklärung dafür war, dass Tusk damit die Budget-Mechanismen und Strukturen für alle übersichtlicher machen wollte. Durch diese Einbeziehung soll die Debatte darüber offener werden als sonst.⁷¹ In der Wirklichkeit war es für Polen wichtig, andere Akteure in den Prozess einzubeziehen, damit die starken gegensätzlichen Positionen zwischen den Nettozahler (z.B. Österreich, Frankreich, Deutschland, Großbritannien) und Nettoempfänger (z.B. Polen, Estland, Litauen, Ungarn) durch andere Faktoren gemildert werden. Die anderen Akteure, wie z.B. Nationalparlamente oder deutsche Bundesländer teilen eher die Position der Nettoempfänger, zu denen Polen gehört. Für die Nettoempfänger steht v.a. die Kohäsionspolitik im Vordergrund, da sie davon am meisten profitieren. Gleichzeitig hat die polnische Regierung Angst vor Zersplitterung dieser Gruppe. Die Nettozahler könnten nämlich versuchen mit anderen Instrumenten, manche Staaten aus der Gruppe der Nettoempfänger auf eigene Seiten zu ziehen. Zum Beispiel die baltischen Staaten könnten in einer anderen Form von der EU finanziell unterstützt werden. Die Folge dessen wäre, dass sie die Position der anderen Nettoempfänger nicht mehr teilen. Dies wäre für

⁷¹ Berichterstattung darüber im polnischen Nachrichten Sender TVN24, 20.10.2011.

die Nettozahler profitabler, als alle Mitgliedstaaten, die momentan als Nettoempfänger gelten, zu unterstützen.

Nettoempfänger 2010 im Vergleich zu 2009



72

Problematisch, angesichts der wirtschaftlichen Situation, ist nicht nur die Erhöhung des Budgets für die kommenden Jahre, sondern auch die Bedingungen, die man erfüllen muss, um größere finanzielle Unterstützung zu bekommen. Dies ist auch eine Sorge Polens, über die man natürlich offiziell nicht spricht.

Dowgielewicz hat behauptet, dass diese Budget-Diskussion das wichtigste Ereignis in der ganzen polnischen Präsidentschaft sein könnte. Zum Teil ist es der polnischen Regierung tatsächlich gelungen viel umzusetzen, was für Polen von Vorteil ist. Die meisten Erfolge, die in naher Zukunft wahrscheinlich auftreten werden, sind Punkte, die Polen gemeinsam mit den beiden anderen Staaten der Troika ausgearbeitet hat. Wenn dies so verläuft, wird meine Hypothese 1 bestätigt.

⁷² Europäische Kommission, zit.in. Bericht: Realisierung des Budgets der EU für das Jahr 2010, 13.10.2011.

Es war schon am Anfang der polnischen Ratspräsidentschaft klar, dass Polen es nicht schaffen wird das neue Budget vollkommen zu fixieren, wahrscheinlich wird das erst Ende 2012 passieren. Allerdings ist enorm wichtig was in den letzten zwei Jahren vor dem Eintreten des neuen Budgets passiert und wie der EU-Vorsitz seine Vorgehensweise argumentiert. Der polnische Ministerpräsident bemüht sich sehr seine Meinung in der EU zu verbreiten und andere EU-Staaten mit dieser Solidarität und dem Europa-Enthusiasmus *anzustecken*. Das muss man allerdings, wie oben beschrieben, ganz stark von dem Handeln im eigenen Interesse differenzieren.

Die Herangehensweise an die Krise der Eurozone und an das neue EU-Budget ist durch diese zwei Eigenschaften auf der polnischen Seite sehr geprägt – die Solidarität und den Europa-Enthusiasmus, was bei allen Verhandlungen sehr sichtbar ist. Tusk vertritt die Meinung, dass ein gut strukturiertes Budget mit konstruktiven Ausgaben, die einzige Möglichkeit der Abwehr vor weiteren Krisen ist.

8.1.10 Budget für das Jahr 2012

Außer der Diskussion über den Budgetrahmen für die Jahre 2014-2020 gibt es jährlich Verhandlungen, über das Budget für das nächste Jahr, in diesem Fall für das Jahr 2012. Die Europäische Kommission hat schon im Mai einen Entwurf veröffentlicht, und Polen hat die Arbeiten dann fortgesetzt. Eines von den Hauptzielen der polnischen Regierung war es die Verwaltungskosten zu senken, und gleichzeitig die Kosten für die Kohärenzpolitik auf dem gleichen Niveau zu lassen. Während zwei Monaten Arbeit an dem Budget hat die polnische Präsidentschaft einen Konsens gefunden (dagegen waren nur sechs Mitgliedsstaaten). Die Zahlungsermächtigungen werden knapp über 129 Mrd. Euro betragen,

was eine Erhöhung um 2,02% im Vergleich zum Jahr 2011 bedeutet.⁷³ Die Verpflichtungsermächtigungen sollen über 146 Mrd. Euro betragen, was eine Erhöhung um 2,9 im Vergleich zum Vorjahr bedeutet.⁷⁴

9. Sicheres Europa

Zu der zweiten großen Säule der Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft gehört die breit verstandene Sicherheit, die die *Energiepolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Ernährungspolitik* umfasst.

9.1. Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Stärkung der *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* gehört auch zu den Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft. Geplant war, dass die EU ein neues Paket mit Änderungen in vielen Bereichen der GASP (Planung, Fähigkeiten, militärische Operationen) annimmt. *De facto* ist es die letzte Möglichkeit bis 2014 (italienische EU-Ratspräsidentschaft) Veränderungen in der GASP zu bewirken, da die Staaten, die bis dahin den Vorsitz im Europäischen Rat innehaben werden, an der Stärkung der GASP wenig Interesse haben. Die schwierigste Diskussion war über die *Planungsfähigkeiten und Operationen* – hier hatte man die größten Meinungsunterschiede. Großbritannien war im Laufe der Gespräche immer gegen die Vorschläge der anderen fünf Staaten von *Big Six*⁷⁵. Dies war eine der größten Schwierigkeiten. Im Zeitraum zwischen November und Dezember hat das Land allerdings langsam seine Meinung korrigiert und eine größere Effizienz der Handlungen in dem Bereich *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* angestrebt.

⁷³ Working Paper des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung der ökonomischen Politik (DPE), Warschau Oktober 2011.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Polen, Italien.

Nichtsdestotrotz sind alle Pläne, die die polnische Regierung am Anfang der Präsidentschaft schön und ambitioniert vorgestellt hat, nicht verwirklicht worden. Noch im November hat Polen deklariert, dass man um eine Verbesserung v.a. bei Planung, militärischen Fähigkeiten und Durchführung der Operation bis Ende des Jahres 2011 bemüht ist. Und das war auch das Ende der Versprechungen. Aus meiner Sicht hätte die polnische Regierung ihre eigenen Prioritäten anders definieren sollen. Sowohl die Wirtschaft und das Wachstum, als auch ein offenes Europa stehen momentan tatsächlich im Vordergrund. Die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* ist allerdings in Zeiten der wirtschaftlichen Krise total in den Hintergrund geraten. Und es ist gut so. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die EU jetzt und in den nächsten Jahren v.a. auf das Wirtschaftswachstum und das Abbauen der Schulden konzentrieren soll. Nicht nur in naher Zukunft. Ich halte es für einen großen Fehler, dass sich die EU überhaupt verpflichtet hat im sicherheitspolitischen Bereich etwas zu bewirken oder zu erreichen. Dafür ist diese Gemeinschaft nicht geschaffen. Dafür gibt es keine finanziellen Mittel. Dies wird niemals eine Stärke der EU sein. Die EU soll akzeptieren, dass andere Akteure, wie z.B. die NATO, in diesem Bereich immer eine Vorreiterrolle spielen werden.

Im Hinblick auf meine Hypothese 1, werden gewisse Aspekte bestätigt. Die polnische Ratspräsidentschaft hat keine gemeinsamen Programmpunkte mit anderen Mitgliedsstaaten erarbeitet. Man kann es auf zwei verschiedene Weise interpretieren. Entweder war dieser Bereich, von Anfang an, für die polnische Regierung (v.a. wegen der Schuldenkrise) nicht wichtig, und man hat deshalb mit anderen Staaten nicht kooperiert, oder man hat keine Ergebnisse erzielt, weil man mit anderen Staaten nicht zusammen gearbeitet hat. Dies ist eine Frage der Perspektive. Allerdings wäre es in dem GASP- Bereich sowieso nicht ausreichend nur mit der Troika eine gemeinsame Position zu vertreten. Hier müsste die polnische Regierung v.a. mit großen Mitgliedsstaaten,

wie Deutschland und Frankreich, aber v.a. mit Großbritannien nach konstruktiven und umsetzbaren Vorschlägen suchen.

In diesem Kontext beziehe ich mich auf meine Hypothese 2. Man hat es während dieser wenigen Gespräche über die GASP, die im Rahmen der polnischen Ratspräsidentschaft stattgefunden haben gesehen, dass die drei Hauptakteure – Deutschland, Frankreich und Großbritannien - das Sagen in der EU haben. Die Präsidentschaft muss diese drei Staaten auf eigener Seite haben, um etwas umsetzen zu können. In diesem Fall reicht es sogar, dass ein Staat, Großbritannien, Bedenken hat, um den ganzen Prozess zu blockieren oder zu verlangsamen.

9.2. Europäischer Schutzbefehl

Wichtige Fortschritte wurden im Bereich der Gewalt gegen Privatpersonen erzielt. Die Arbeit an dem Europäischen Schutzbefehl wurde am 23. September im Rahmen der polnischen Ratspräsidentschaft beendet. Dies war ursprünglich eine Initiative von Polen und Spanien, die vor allem Opfer häuslicher Gewalt betrifft. Dadurch soll den Opfern geholfen werden in der ganzen EU vor den Gewalttätern geschützt zu werden. Dies ist wichtig für die Opfer im Fall eines Umzugs in ein anderes EU-Land. In einem solchen Fall können sie den europäischen Schutzbefehl beantragen, der in anderen Mitgliedsstaaten die gleichen Folgen hat und v.a. Schutz für die Opfer sichert.

9.3. Energiesicherheit

Ich halte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik allgemein und explizit jetzt für keine Priorität der EU. Allerdings bei einem Thema, bei dem es sich um die Sicherheit handelt, hatte die polnische Ratspräsidentschaft Recht, nämlich bei der Energiesicherheit.

Die EU muss den Mitgliedsstaaten heterogene Energiequellen sichern, damit man von anderen Drittstaaten im großen Maß nicht abhängig ist. Je mehr Möglichkeiten sich die EU verschafft, desto sicherer können sich die Mitgliedsstaaten fühlen.

Das war auch der Leitgedanke der polnischen Regierung im Bereich Energiesicherheit. Ein ambitioniertes und wichtiges Projekt ist die Energieversorgung seitens Aserbaidschans und Turkmenistans⁷⁶, ohne Russland einzubeziehen. Die EU hat Verhandlungen mit diesen beiden Staaten eröffnet, um eine Pipeline am Boden des Kaspischen Meeres zu bauen.⁷⁷ Das große Projekt der südlichen Pipeline soll die Energiesicherheit der EU stärken. Dies würde auch eine Diversifikation der Quellen sichern: neben dem algerischen, norwegischen und russischen Gas. Durch diese Diversifikation der Anbieter werden mögliche Gastransportstopps verhindert.



78

⁷⁶ Turkmenistan hat viel mehr Potenzial als Aserbaidschan, die EU mit Gas zu versorgen, allerdings wenn man Russland umgehen möchte, muss man Aserbaidschan in dieses Projekt einbeziehen.

⁷⁷ [<http://de.rian.ru/business/20111004/260823246.html>] 12.01.2011, 23.09 Uhr.

⁷⁸ [http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a1/Baku_pipelines.svg], 20.01.2012 11.39 Uhr.

Die polnische Regierung wollte unbedingt, dass diese Verhandlungen zwischen der EU, Turkmenistan und Aserbaidschan noch vor dem Gipfel der *Östlichen Partnerschaft* stattfinden, um die Rolle Polens bei solchen Prozessen sichtbar zu machen. Es ist gelungen, dass sich die Mitgliedsstaaten über ein Mandat in dieser Angelegenheit für die Europäische Kommission geeinigt haben. Die Europäische Kommission hat das am 12. September 2011 mit einer Pressemitteilung offiziell gemacht. Sie schrieb:

*„Schwerpunkte der Gespräche mit Aserbaidschan und Turkmenistan werden unter anderem ein Vertrag über die rechtlichen Verpflichtungen zwischen der Europäischen Union, Turkmenistan und Aserbaidschan, die für die Auftragsvergabe, den Bau und den Betrieb der transkaspischen Pipeline nötigen bilateralen Vereinbarungen zwischen Turkmenistan und Aserbaidschan und der rechtliche Rahmen für die Beschickung der Pipeline mit Gas aus Turkmenistan, einschließlich einer angemessenen Anerkennung wirtschaftlicher Vereinbarungen sein.“*⁷⁹

Am 24. November 2011 hat sich der Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) gesammelt⁸⁰, der den Bericht der polnischen Präsidentschaft angenommen hat. Der Bericht betrifft fünf Hauptbereiche, die entweder Deadlines beinhalten oder die von größter Relevanz sind:

- die Energieeffektivität
- der Binnenmarkt
- die Infrastruktur
- der äußere Charakter der Energiepolitik
- die Nuklearenergie

⁷⁹ Europäische Kommission, Pressemitteilung, 12.09.2011, [<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1023&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>] , 12.01.2012, 23.27 Uhr.

⁸⁰ [<http://pl2011.eu/de/content/rat-fuer-verkehr-telekommunikation-und-energie-tte-zum-thema-verkehr>] , 12.01.2012, 00.41 Uhr.

Das Thema Sicherheit, unabhängig vom Charakter der Sicherheit, wurde im sehr großen Maß durch die wirtschaftliche Situation in Europa und auf der ganzen Welt, und durch die Situation in Libyen überschattet. Dies sind natürlich Probleme, die automatisch im Vordergrund stehen. Wenn es um die Situation in Libyen geht, hat die EU an sich kein großes Potenzial um tatsächlich in dieser Region etwas zu bewirken.

10. Ein von der Offenheit profitierendes Europa

Die dritte Säule der polnischen Prioritäten umfasst die *Erweiterung* der EU, ihre *Nachbarschaftspolitik* und die *gemeinsame Handelspolitik*.

10.1. Erweiterung der EU

Polen hat sich als Ziel gesetzt, andere EU-Staaten von den Vorteilen einer möglichen Erweiterung und breiter Zusammenarbeit mit Drittstaaten zu überzeugen. Zum einen liegt Polen sehr viel daran das Projekt der *Östlichen Partnerschaft* zu verwirklichen und neue Freihandelszonen zu schaffen – eine Alternative zum EU-Beitritt für Staaten, die noch nicht reif sind bzw. niemals genug reif sein werden um der EU beizutreten, die aber eine Form wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der EU eingehen könnten. Zum anderen zeigt die polnische Regierung sehr große Bereitschaft die Gemeinschaft zu vergrößern, was allen Seiten Vorteile bringen soll.

Am 9. Dezember wurde das Assoziierungsabkommen mit Kroatien unterzeichnet, was zwar kein direkter Verdienst der polnischen Regierung war, allerdings das Ende eines langen Prozesses, der durch Polen immer unterstützt wurde. Fälschlicherweise wird das oft von der polnischen Regierung zu den eigenen Erfolgen gezählt, obwohl Polen im Rahmen der Präsidentschaft nur den Text des Assoziierungsabkommens

ausgearbeitet hat, und zwar die englische Version. Ab dem Moment der Unterzeichnung des Abkommens nimmt Kroatien an den europäischen Geschehnissen als Beobachter teil. Genaue Regeln dieser Teilnahme wurden im Rahmen der polnischen Ratspräsidentschaft ausgearbeitet. Abgesehen davon, herrschte schon vorher Einigkeit zwischen anderen Mitgliedsstaaten über das Unterzeichnen von dem Assoziierungsabkommen mit Kroatien. Dies bestätigt meine beiden Hypothesen. Erstens wurden schon vor der polnischen Ratspräsidentschaft gemeinsame Programmpunkte mit anderen Mitgliedsstaaten festgelegt, und zweitens die *Key Players* Deutschland, Frankreich und Großbritannien⁸¹ haben den Prozess unterstützt. Das waren, aus meiner Sicht, die Hauptgründe, warum Erfolge in diesem Bereich erzielt wurden.

Die polnische Regierung hofft sehr darauf, dass Kroatien ein gutes Beispiel für andere Staaten des Westbalkans sein wird, in Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt.

Auch dem Westbalkan sollte es in naher Zukunft möglich sein der EU beizutreten. Polen sagt sehr deutlich, dass zuerst gewisse Bedingungen erfüllt werden müssen und die EU bei der Einhaltung gewisser Regeln konsequent bleiben muss. Gleichzeitig aber sollen die Staaten des Westbalkans klare Vorgaben und Ziele bekommen, um alle Reformen möglichst rasch umzusetzen.⁸²

Im Bezug auf Serbien fragten sich Sikorski⁸³, Füle⁸⁴ und Bildt⁸⁵ wie viele Kriterien das Land schon jetzt erfüllen soll, und mit wie vielen man noch warten kann. Sie erklärten allerdings, dass man mit dieser

⁸¹ Auch wenn Großbritannien keine treibende Kraft für die EU ist, kann sie viele Prozesse mit einem Veto blockieren. Deshalb spreche ich von dem Land, als von einem *Key Player*.

⁸² Brief von Carl Bildt, Radoslaw Sikorski und Stefan Füle.

⁸³ Der polnische Außenminister Radosław Sikorski.

⁸⁴ Der EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle.

⁸⁵ Der schwedische Außenminister Carl Bildt.

Entscheidung nicht zu lange warten darf, ansonsten droht dem Staat Demotivation, die kontraproduktiv wäre. Am besten wäre für Serbien eine Lösung, die eine Entwicklung in Stufen voraussetzt.⁸⁶ Im ersten Quartal 2012 wird die Entscheidung getroffen, ob man Serbien den Kandidatenstatus zuerkennen soll. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Für den Kosovo schafft die EU auch neue Möglichkeiten. Falls der Kosovo gewisse Kriterien erfüllt, sind eine eventuelle Teilnahme an EU-Programmen oder Gespräche über ein Handelsabkommen möglich. Laut den polnischen EU-Experten hat Serbien die größten Chancen einen Kandidatenstatus zu bekommen.

Man möchte im Juni 2012 die Verhandlungen mit Montenegro starten.

Die strategische Relevanz der Türkei wurde sehr sichtbar vor allem in dem letzten Jahr während des *Arabischen Frühlings*⁸⁷. Die Türkei braucht die EU um sich weiter entwickeln zu können und die EU braucht die Türkei, um einen Dialog mit arabischen Staaten führen zu können.⁸⁸ Die Türkei ist relevant auch im Hinblick auf die Energiepolitik. Neu bei den Verhandlungen mit der Türkei ist die Ausarbeitung einer sog. *positiven Agenda*.⁸⁹ Das heißt, dass nicht Mängel, sondern Bereiche, in denen die Türkei positive Effekte erzielen kann, angesprochen werden. Das wären z.B. politische Reformen, Dialog bei der Außenpolitik, das Visumsystem, Handel etc.

Füle sagte:

„Wir werden uns in unseren Gesprächen vor allem auf die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen der EU und der Türkei konzentrieren...Wir arbeiten in so vielen Bereichen zusammen, wir sind auf so vielfältige Weise miteinander verknüpft – deswegen steht die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei auf

⁸⁶ Informelle Information vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

⁸⁷ Ereignisse in arabischen Staaten, im Laufe deren es zum Sturz vieler Diktatoren kam.

⁸⁸ Informelle Information vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

⁸⁹ Eine Zusammenfassung zum Thema Erweiterung, die vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet worden ist.

einer soliden Grundlage. Aber wir brauchen eine erneuerte Agenda, die vor allem darauf abzielt, unseren Beziehungen im Allgemeinen und dem Beitrittsprozess im Besonderen neuen Schwung zu verleihen.“⁹⁰

Polen hat keine Berührungängste im Vergleich zu den anderen Mitgliedsstaaten, wenn es um einen möglichen Beitritt der Türkei in die EU geht. Im Vordergrund steht für Polen die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Profite, die beide Seiten daraus ziehen könnten. Dies hat auch der polnische Präsident Komorowski ausdrücklich während seines Besuches in Wien im Juli 2011 betont.⁹¹ Diese Einstellung teilen auch Tusk und Sikorski. Der Beitritt der Türkei in die EU würde auch eine erleichterte Zusammenarbeit im Rahmen des Projekts Nabucco-Pipeline bedeuten, was nicht nur für Polen, sondern auch für andere Mitgliedsstaaten von Bedeutung ist. Wenn Polen tatsächlich daran glaubt eine neue treibende Kraft in der EU zu sein, was aus dem Grund realistisch sein könnte, dass immer wieder ein neues Vakuum in der EU entsteht, braucht das Land starke Verbündete, die dies unterstützen würden. Die polnische Regierung sieht diese Chance bei der Türkei. Dies ist auch einer vieler Gründe, warum Polen allgemein der EU-Erweiterung so offen gegenüber steht. Neue Mitgliedsstaaten bedeuten noch mehr Heterogenität in der EU und neue Möglichkeiten Räume zu finden, in denen Polen Einfluss ausüben könnte.

Allerdings stehen Deutschland und Frankreich einem möglichen EU-Beitritt der Türkei nicht mit einer großen Begeisterung gegenüber, was den Prozess automatisch verlangsamt. In Hinblick auf meine Hypothese 2. bestätigt es sich, dass man kleinere Chancen auf einen Erfolg hat,

⁹⁰ Europäische Kommission, Pressemitteilung "Besuch der EU-Kommissare Füle und De Gucht in Istanbul: Stärkung der erneuerten EU-Agenda für die Zusammenarbeit mit der Türkei", Brüssel, 16.11.2011.

⁹¹ siehe dazu [<http://www.wien.polemb.net/index.php?document=750>], 12.01.2011, 12.14 Uhr.

wenn man Deutschland und Frankreich für die eigene Position nicht gewinnt. Trotz der positiven Einstellung der polnischen Regierung in dieser Angelegenheit, hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2011 nichts bewegt. Der polnischen Regierung ist es nicht gelungen, eventuelle Fortschritte in den Verhandlungen mit der Türkei zu erzielen. Es gab immer wieder inhaltlose Versprechen seitens Polens, dass man den Prozess möglichst beschleunigen möchte. Momentan ist es schwer zu sagen, wie die weiteren Verhandlungen aussehen werden, da die Türkei noch während der polnischen Ratspräsidentschaft mitgeteilt hat, dass die Gespräche, so weit wie möglich, bis Ende des Jahres 2011 abgeschlossen werden sollen. Ansonsten stellt sich die türkische Regierung nicht vor, dass man weiter über einen eventuellen EU-Beitritt während der zyprischen Präsidentschaft verhandelt. Man muss in diesem Kontext auch sagen, dass sich die türkische Einstellung in der letzten Zeit verändert hat. Ihre Politik der EU gegenüber ist radikaler geworden, wie das Beispiel eines Mandats der Europäischen Kommission zur Verhandlung der Liberalisierung der Visumpolitik zeigt. Die Türkei weigert sich auch das Zusatzprotokoll zu ratifizieren.

Auch Island soll seine Verhandlungen mit der EU vertiefen und sie auf neue Ebenen bringen, um großen jetzt bevorstehenden Herausforderung gut vorbereitet entgegen zu treten. Während Konferenzen im Oktober und Dezember 2011 wurden sieben neue Kapitel eröffnet und sechs abgeschlossen. Die dänische Regierung hat sich verpflichtet diese Arbeit fortzusetzen und im Jahr 2012 möglichst viele bzw. alle Kapitel zu eröffnen. Wenn dieser Prozess gut verläuft, wird meine Hypothese 1 bestätigt– gemeinsame Programmpunkte und Verpflichtungen, bringen konkrete Ergebnisse. Island erfüllt jetzt schon politische Kriterien um der EU beizutreten. Allerdings könnte das Wirtschaftswachstum noch immer für die EU hemmend sein. Auch die Arbeitslosenrate ist momentan noch zu hoch.

Wichtig in dem Bereich der Erweiterung ist die neue Herangehensweise. Manche Kapitel werden schon viel früher als sonst eröffnet, damit die Staaten, die der EU beitreten wollen, mehr Zeit haben, um die Kriterien zu erfüllen. Dies betrifft v.a. das Justizwesen, die Grundrechte und die Sicherheit.⁹²

Der Frage der Erweiterung wurde natürlich auch zum großen Teil durch die wirtschaftliche Situation überschattet. Allerdings ist das ein Bereich, in dem die EU bereits viele gemeinsame Programmpunkte vereinbart hat (siehe Hypothese 1). Aus diesem Grund war es für die polnische Regierung leichter kleine Fortschritte zu erzielen. Es gab seitens der anderen Mitgliedsstaaten keinen großen Widerstand. Der Hauptgrund dafür war, meiner Meinung nach, der, dass bis auf Kroatien, keine verbindlichen Maßnahmen getroffen worden sind. Für die polnische Ratspräsidentschaft war im Dezember 2011 klar, dass die größten Schwierigkeiten genau in diesen Bereichen vorkommen, in denen Deutschland und Frankreich eine andere Position als Polen haben. Dies sind die Verhandlungen mit der Türkei, die *de facto* eingefroren worden sind, und mit Serbien und Montenegro. Somit wird meine Hypothese 2. bestätigt.

10.1.1. Das Enlargement Forum

Um die Relevanz dieses Themas der Erweiterung zu betonen, hat am 14. November 2011 in Brüssel das „*Enlargement Forum*“ stattgefunden. Gastgeber waren der polnische und der schwedische Außenminister Bildt und Sikorski, außerdem der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Stefan Füle.⁹³ Sie schrieben Folgendes:

⁹² Eine Zusammenfassung zum Thema Erweiterung, die vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet worden ist.

⁹³ Brief von Carl Bildt, Radoslaw Sikorski und Stefan Füle vom 19. Oktober 2011, siehe Anhang B.

„The above points illustrate that enlargement is as important for the European Union as it is for the aspirant countries. To discuss these issues we have the honour to invite you to a high-level “Enlargement Forum” on 14 November in Brussels. Following a very brief introduction by us as hosts we hope to launch an open, informal discussion only amongst ourselves, where we leave our speaking notes behind and engage in a spontaneous exchange of views. There will be no minutes and no outcome document from the discussions.“⁹⁴

Nach dem Forum am Abend hat auch ein informelles Abendessen stattgefunden, an dem nicht nur Sikorski, Bildt und Füle, sondern auch Catherine Ashton teilgenommen haben. Im Raum standen drei Hauptfragen:

- Soll die EU im Bereich der Erweiterung pro-aktiv sein?
- Wie streng soll die EU die Erfüllung der Kriterien überwachen?
- Im Kontext der Erweiterung: wird die EU eine Gemeinschaft sein oder eher eine Sammlung von vielen Mitgliedsstaaten?⁹⁵

Im Laufe dieses Abendessens wurde mehrmals betont, und zwar aus mehreren Seiten, dass die Erweiterung, die bisher stattgefunden hat und die, die eventuell vor uns steht, auf keinen Fall eine Gefahr für die EU war bzw. werden kann. Es war nicht die Erweiterung, die die EU in die tiefe Krise geführt hat. Ganz im Gegenteil – die Erweiterung zuerst um zehn und dann noch um zwei Staaten hat die europäische Wirtschaft belebt und Vorteile für das Wirtschaftswachstum gebracht.

Außenminister Bildt hat ein wichtiges Thema angesprochen, das aktuell gerne und oft vergessen wird, nämlich dass die EU angesichts der jetzigen Krise immer wieder an Attraktivität verliert. Die BürgerInnen in den jeweiligen Kandidatenstaaten sehen einen potenziellen EU-Beitritt

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Informelle Information vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für die europäische Politik, Brüssel, 21.11.2011.

nicht mehr mit solchem Enthusiasmus wie noch vor ein paar Jahren. Angesichts dieser Problematik soll die EU sich bemühen im Bereich der Erweiterung flexibel zu bleiben – meinte Bildt. Er hat auch die Tätigkeit der EU auf dem Westbalkan kritisch beurteilt – der EU fehlt es, laut Bildt, an starken und effektiven Mechanismen, die die aktuellen Probleme in dieser Region lösen könnten.

Die EU solle sich im Rahmen der Erweiterung vor allem in erster Reihe auf die Bereiche Justiz, Freiheit und Sicherheit konzentrieren, damit die Verhandlungen möglichst schnell vorangehen können. Ungelöste Probleme, wie z.B. der von manchen Staaten nicht-anerkannte Name von *Mazedonien* (FYROM - Former Yugoslav Republic of Macedonia), sollen wenn möglich noch vor dem Rat in Dezember geklärt werden⁹⁶. Dies ist der polnischen Ratspräsidentschaft leider nicht gelungen.

Nach dem *Enlargement Forum* haben sich alle daran beteiligten Minister klar und eindeutig für die Erweiterung ausgesprochen. Das kann als sehr positives Signal interpretiert werden kann. Zu den größten Niederlagen des Forums zählte allerdings die Abwesenheit von Ministern aus Frankreich, Deutschland und Niederlanden, was wiederum ein Zeichen für den fehlenden Enthusiasmus dieser Staaten der Erweiterung gegenüber ist. Die EU-Erweiterung wird nicht voran schreiten, wenn man diese Staaten nicht am Board hat (siehe Hypothese 2).

Obwohl die Diskussionen im Rahmen des *Enlargement Forums* einen inoffiziellen Charakter hatten, bilden sie eine sehr gute Basis für weitere Verhandlungen im Rahmen von *General Affairs Council*, im Rahmen dessen bindende Entscheidungen mit großer Bedeutung getroffen werden.

Außer dem *Enlargement Forum* haben im Rahmen der polnischen Präsidentschaft noch zwei weitere Konferenzen stattgefunden: *The Future of Enlargement- Opportunities and Challenges* und *The Western Balkans on the path to the European Union*.

10.2. Die Östliche Partnerschaft

Der wichtigste Punkt der Nachbarschaftspolitik während der polnischen Ratspräsidentschaft war die sog. *Östliche Partnerschaft*. Das *Östliche Partnerschaft*- Projekt wurde im Jahr 2008 durch Polen und Schweden vorgestellt, und ein Jahr später in Prag ins Leben gerufen. Die *Östliche Partnerschaft* umfasst sechs EU-Nachbarstaaten, in denen es noch großen und vor allem demokratischen Aufholbedarf gibt. Staaten, die dazu gehören sind:

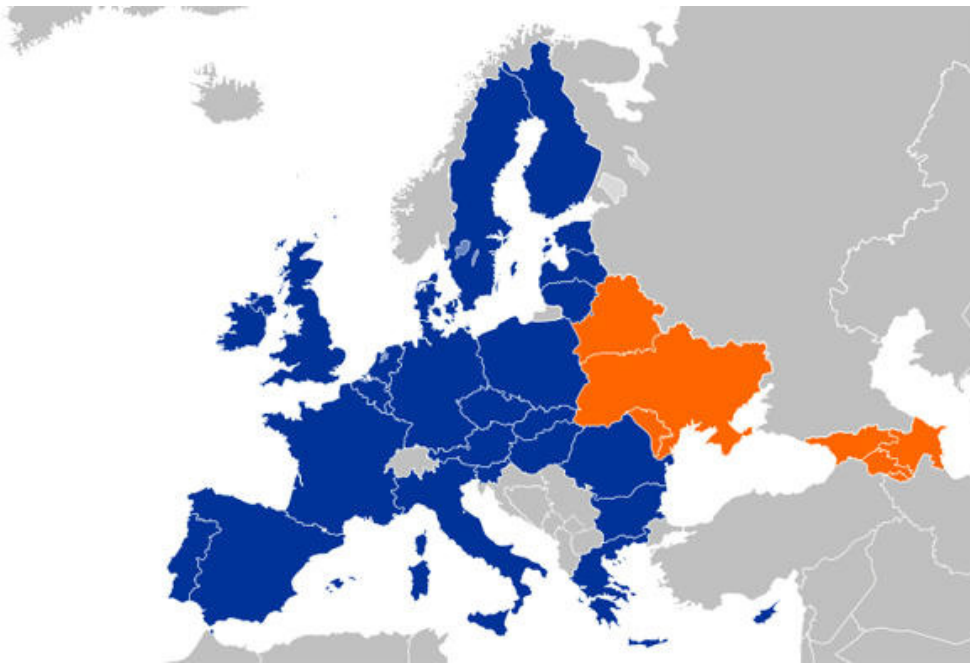
- Armenien
- Aserbaidshan
- Weißrussland
- Georgien
- Moldawien
- und die Ukraine

Das Ziel ist es diese sechs Staaten mehr in Richtung Demokratie und freie Marktwirtschaft zu bewegen und die Zusammenarbeit zw. diesen Staaten und der EU zu verbessern und zu vertiefen. Das Konzept der *Östlichen Partnerschaft* ist nicht unumstritten, da die Situation v.a. in der Ukraine und Weißrussland der ganzen EU große Sorgen bereitet.

Die *Östliche Partnerschaft* wurde im Jahr 2010 während der spanischen und dann der belgischen Präsidentschaft vernachlässigt, da diese Staaten klarerweise durch geopolitische Situation bedingt, an dieser Region nicht so stark interessiert waren, wie Polen - ein Land, das das Projekt der *Östlichen Partnerschaft* überhaupt ins Leben gerufen hat.

Die Unterstützung für dieses Projekt von anderen EU-Staaten zu bekommen ist viel schwieriger, als die polnische Gesellschaft davon zu begeistern. Im Staatsinneren war es relativ leicht dieses Konzept als sehr relevant darzustellen, da sowohl die Mehrheit der Bevölkerung, als auch anderer politischen Parteien in dieser Angelegenheit die gleiche Meinung, wie die Bürgerplattform (PO) vertreten. Andere EU-Staaten haben bezüglich der *Östlichen Partnerschaft* verschiedene Positionen eingenommen.

Staaten der östlichen Partnerschaft



(orange-markierte Staaten sind die Staaten im Rahmen des Projekts *Östliche Partnerschaft*)

Unter der *Östlichen Partnerschaft* versteht man eine vertiefte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das alles basiert auf Werten wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

⁹⁷ [http://www.dw-world.de/image/0,,4216629_1,00.jpg] , 30.09.2011, 16.11Uhr.

Die vier wichtigsten Bereiche der östlichen Partnerschaft sind:

- Demokratie
- Good Governance
- Wirtschaftliche Integration
- Energiesicherheit⁹⁸

Die Arbeit besteht aus der Unterstützung der Reformen, Unterschreiben und Ratifizieren von Assoziierungsabkommen, Schaffung neuer Freihandelszonen und Liberalisierung des Visumsverkehrs, was schlussendlich zu einem visumfreien Verkehr führen soll.⁹⁹ Die Rolle der Europäischen Union ist es die östlichen Nachbarländer anhand unter anderem eigener Erfahrungen zu unterstützen. Eine bedeutende Rolle spielt natürlich auch die finanzielle Hilfe, die diese sechs Staaten von der EU im Rahmen der *Östlichen Partnerschaft* bekommen.

Die *Östliche Partnerschaft* könnte, wenn der polnischen Ratspräsidentschaft alles gelingt, das Highlight in diesen sechs Monaten bis Ende Dezember sein.¹⁰⁰

Für Polen ist die *Östliche Partnerschaft* zu einem von den wichtigsten Punkten der Ratspräsidentschaft geworden, wenn nicht sogar zum Wichtigsten. Die Vorbereitungen für den Gipfel der *Östlichen Partnerschaft* waren mit sehr großen Hoffnungen verbunden. Polen hat gehofft nicht nur ein großes europäisches Projekt vorantreiben zu können, aber auch eigene Beziehungen mit diesen Staaten zu verbessern. Es ist allen Staaten der EU durchaus bewusst, dass die einzige Alternative zur EU für diese sechs östlichen Staaten aus einer engen Zusammenarbeit mit Russland besteht. Die Staaten der *Östlichen Partnerschaft* sind zu klein und zu schwach in vielen Punkten um

⁹⁸ [<http://pl2011.eu/de/content/ostpolitik-europas-pflichten>], 08.09.2011, 15.29 Uhr.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Aussage des ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski Im Rahmen eines Hietzingerabends Salons in der Botschaft der Republik Polen, Wien, 5.09.2011.

alleine zu überleben. Sie haben zwei Wege, die sie gehen können, und zwar die EU oder Russland.

Die *Östliche Partnerschaft* hat allerdings noch viele Punkte, in denen es keine Einigung gibt, wie die EU vorgehen soll. Auch das Interesse der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten an diesem Projekt ist unterschiedlich groß. Während Polen und Deutschland die Notwendigkeit der Annäherung dieser sechs Staaten zur EU sehen, ist das für Frankreich und Großbritannien von geringer Bedeutung - ein gutes Beispiel dafür ist die Abwesenheit von Cameron und Sarkozy an dem Treffen in Warschau.¹⁰¹

Es soll auch keinen wundern, denn solche geopolitische Projekte implizieren immer eine solche Situation – die Staaten, die durch geographische Nähe verbunden sind bemühen sich mehr, als Staaten, die geographisch weiter voneinander entfernt sind.

Zu dem Zeitpunkt, als der Gipfel der *Östlichen Partnerschaft* in Warschau stattgefunden hat – 29. und 30.September – war es noch unklar was im Fall Timoschenko passieren und wie sich die Ukraine verhalten wird. Eine eventuelle Verurteilung von Timoschenko wäre ein Schlag ins Gesicht für die EU. Der ukrainische Präsident Janukowytsh soll in seinem Gespräch mit Merkel vorgeschlagen haben, dass die Ukraine bereit sei den Prozess gegen Timoschenko einzustellen, im Gegenzug für finanzielle Unterstützung von der EU. Dies wurde von Merkel vehement abgelehnt worden sei. Wie es sich später herausstellen

¹⁰¹ Die wichtigsten TeilnehmerInnen des Gipfels in Warschau 29.-30.September: Angela Merkel – deutsche Bundeskanzlerin, François Fillon - französischer Premierminister, José Zapatero - spanischer Premierminister, Wiktor Janukowych – Präsident von der Ukraine, Micheil Saakaschwili – Präsident von Georgien, Sersch Sargsjan – Präsident von Armenien, Ilham Aliyev – Präsident von Aserbaidshan, Vlad Filat – Premierminister von Moldawien, Herman Van Rompuy - Präsident des Rates, Jerzy Buzek - Präsident des EU-Parlaments , José Manuel Barosso - Präsident der EU-Kommission, Catherine Ashton - Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Donald Tusk - polnischer Ministerpräsident.

wird, wird Timoschenko tatsächlich verurteilt und der Dialog mit der Ukraine dadurch erschwert.¹⁰²

Am 18. Oktober hätte ein Treffen zwischen der EU und der Ukraine stattfinden sollen, das aber abgesagt worden ist. Offiziell soll die *Arbeitsatmosphäre keine gute sein*.¹⁰³

*“European Commission spokeswoman has said a planned meeting in Brussels on Thursday between Ukrainian President Yanukovich and top EU officials has been "postponed" because the atmosphere is not conducive for talks on an association pact. The move comes after he jailed his rival, former PM Tymoshenko for seven years.”*¹⁰⁴

Es war kein Geheimnis, dass sich die Situation zwischen der EU und der Ukraine nach der Verurteilung von Timoschenko verschlechtern wird. Schlussendlich hat die EU wegen der Politisierung des Justizwesens (dies wurde natürlich nicht als der offizielle Grund genannt) in der Ukraine¹⁰⁵ das Assoziierungsabkommen während des Gipfels am 19. Dezember 2011 nicht unterschrieben. Diese Situation kam v.a. für Deutschland, aber auch für Frankreich sehr gelegen, da sie schon vorher dem Unterzeichnen und Ratifizieren des Abkommens mit der Ukraine skeptisch gegenüber standen. Ich komme auf meine Hypothese 2 zurück – ohne die Zustimmung der Hauptakteure Deutschland und Frankreich, war es unmöglich für die polnische Präsidentschaft Fortschritte zu erzielen. Die Verurteilung von Timoschenko konnte man in diesem Fall als Hauptgrund nutzen, um das Abkommen tatsächlich nicht zu unterschreiben. Daraufhin haben die ukrainischen Politiker erklärt, dass sie kein Bedürfnis sehen noch im Jahr 2011 das Assoziierungsabkommen zu unterschreiben. Eine andere Möglichkeit

¹⁰² [<http://www.tagesschau.de/ausland/timoschenko148.html>] 20.01.2012, 22.27 Uhr,

[<http://www.taz.de/!79751/>] 20.01.2012, 22.29 Uhr,

¹⁰³ Pressesprecherin der EU am 18.10.2011.

¹⁰⁴ [<http://euobserver.com/1016/113971>], 21.10.2011, 13.50 Uhr.

¹⁰⁵ [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/eu-ukraine-gipfel>], 12.01.2012, 17.03 Uhr.

hatten sie nicht, nachdem klar war, dass die EU diesen Prozess momentan stoppen wird. Diese ungesunde Situation zwischen der EU und der Ukraine war eine große Niederlage v.a. für die polnische Ratspräsidentschaft, die sich als eines der größten Ziele gesetzt hat das Assoziierungsabkommen zu unterschreiben. Obwohl es nachvollziehbar ist, warum das EU-Parlament das Abkommen nicht unterzeichnen wollte, stellt sich die Frage wie die Beziehungen EU-Ukraine in Zukunft aussehen sollen. Eine Abgrenzung bringt beiden Seiten nur Nachteile, wie man am besten am Beispiel Weißrusslands sieht. Ohne die Unterstützung von der EU, wird es der Ukraine nicht gelingen demokratische Prozesse voran zu treiben.

Ein großes Problem für Polen im Kontext der *Östlichen Partnerschaft* ist die Frage der polnischen Minderheit in Weißrussland, deren Rechte laut Polen immer wieder verletzt und polnische Aktivisten inhaftiert werden. Geplant war, dass an dem Gipfel in Warschau Staats- oder Regierungschefs aller sechs Staaten der *Östlichen Partnerschaft* teilnehmen werden. Im letzten Moment hat Weißrussland seine Teilnahme komplett abgesagt. Der weißrussische Botschafter in Warschau wollte ursprünglich zu dem Gipfel kommen, er hat aber in letzter Sekunde seine Zusage zurückgezogen. Dies wurde durch die ganze EU als ein eindeutiges Signal seitens Weißrusslands interpretiert – Weißrussland hat kein Interesse seine Zusammenarbeit mit der EU zu vertiefen und möchte das gerne demonstrieren. Diese Situation würde ich als Boykott der EU gegenüber bezeichnen. Auch der Umgang der weißrussischen Regierung mit den Oppositionspolitikern ist mehr als fraglich. Die EU hat von Weißrussland die Freilassung von politischen Gefangenen und die Aufnahme des Dialogs mit der Opposition gefordert. Diese Kriterien waren für Weißrussland zu erfüllen nicht möglich. Lukaschenko wird auch in naher Zukunft keine freien Wahlen zulassen. Dies sind zu große Hindernisse im Dialog zwischen der EU und Weißrussland. Ich stelle mir die Frage, ob die polnische Regierung in dieser Angelegenheit nicht zu naiv vorgegangen ist. Die Entwicklung

der Situation in der Ukraine hätte man nicht vorhersehen können, deshalb konnte man zu Recht Hoffnungen haben, dass der Prozess gut verläuft. Dennoch war es allen Beteiligten aus der EU im Fall Weißrusslands klar, dass es mehrere schwerwiegende Probleme gibt, die bis zum Gipfel der *Östlichen Partnerschaft* nicht beseitigt werden. Eine wesentliche Rolle in diesem Kontext spielt auch Deutschland, da Merkel der größte Kritiker des weißrussischen Regimes ist. Somit wird meine Hypothese 2 bestätigt – ohne Zuspruch und Engagement seitens der Hauptakteure in der EU sind relevante Fortschritte weder für die polnische, noch für eine andere Präsidentschaft möglich.

Obwohl die polnische Regierung behauptet, dass der Gipfel ein Erfolg war, muss ich feststellen, dass Probleme mit der Ukraine, und auch mit Weißrussland den ganzen Prozess überschattet haben. Das Nicht-Unterschreiben des Abkommens zwischen der EU und der Ukraine hat auf jeden Fall gezeigt, dass der Prozess alles andere als einfach ist. Es wurde zwar eine *Gemeinsame Erklärung* während des Gipfels unterzeichnet, allerdings hat es sich herausgestellt, dass die Differenzen zwischen der EU und der Ukraine und Weißrussland schwerwiegender sind, als man dachte. Aus meiner Perspektive, muss ich auch feststellen, dass das, was die polnische Regierung als eine der wichtigsten Prioritäten während der Ratspräsidentschaft definiert hat, sich als Fiasko gezeigt hat.

10.2.1. Gemeinsame Erklärung

Zum Abschluss dieses zweitägigen Treffens haben die EU-Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Erklärung zur Vertiefung der Beziehungen mit den Staaten der *Östlichen Partnerschaft* unterzeichnet. Der Bezug auf die ökonomische Annäherung zwischen den Nachbarstaaten und der EU wird immer wieder in der Erklärung angesprochen. Man ist um die Bildung vieler Freihandelszonen bemüht. Zu diesem Zweck werden mit den jeweiligen Staaten

Assoziierungsabkommen unterschrieben, die zur Schaffung von DCFTA (vertiefte und komplexe Freihandelszonen) führen.

Man erwähnt auch in der Erklärung, dass die Staaten *der Östlichen Partnerschaft* voneinander verschieden sind, und man dementsprechend auch unterschiedliche Reformen umsetzen muss. Die EU verpflichtet sich alle Reformen konsequent zu unterstützen, die automatisch größere institutionelle Fähigkeiten in den Staaten implizieren sollen.

Darüber hinaus sieht die EU selbst, dass der Prozess auf mehreren Ebenen stattfinden und komplex sein soll.

„The Eastern Partnership will seek to further support political and socio-economic reforms in the partner countries, facilitating comprehensive approximation towards the European Union, leading progressively to economic integration in the EU Internal Market, and therefore to the creation of an economic area between the EU and partner countries.“¹⁰⁶

Die EU-Mitgliedsstaaten waren sich einig, dass man die Verhandlungen mit der Ukraine über die Freihandelszone wahrscheinlich im Dezember 2011 abschließen wird, und dass man einen *riesigen* Fortschritt im Bezug auf das Abkommen mit Moldawien und einen *großen* Fortschritt bei den Verhandlungen mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien zu melden hat.¹⁰⁷ Wie oben angeführt, waren die Verhandlungen mit der Ukraine eine Niederlage. Die Hoffnungen der polnischen Regierung, die man in der *Gemeinsamen Erklärung* sieht, waren also unbegründet und zu optimistisch.

¹⁰⁶ Joint Declaration of the Warsaw Eastern Partnership Summit, Warsaw, 29-30 September 2011, siehe Anhang C.

¹⁰⁷ Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Die *Östliche Partnerschaft* beinhaltet auch einen visumfreien Verkehr, und den daraus abzuleitenden Kampf gegen die illegale Migration, Drogen, Kriminalität, Menschenhandel, Terror und Geldwäsche. Auch das Migrationsmanagement soll ausgebaut und verbessert werden. Es ist für alle Beteiligten wichtig, dass man über die Energiepolitik redet und sie stärkt. Es wurde auch während des Gipfels *SME Facility* (Small and Medium-size Enterprise Finance Facility) ins Leben gerufen – ein Instrument zur Unterstützung von kleinen und mittleren Betrieben. Die EU erklärt sich bereit bis zu 1,9 Mrd. Euro in den Jahren 2010-2013 für die Realisierung der *Östlichen Partnerschaft* zu investieren.

Ein Teil der *Gemeinsamen Erklärung* war ein Appell an das Regime von Lukaschenko zum Respektieren der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Weißrussland. Diesem Teil haben sich allerdings die fünf übrigen östlichen Nachbarstaaten nicht angeschlossen, das wiederum zeigt, dass sich die EU- und die Nachbarstaaten in keinem einzigen Bereich auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen und diesen konsequent und mutig vertreten können. Die polnische Regierung hat in dieser Angelegenheit, meiner Meinung nach, auch nicht eindeutig genug ihre Position präsentiert und andere Staaten zum Handeln motiviert. Ein Appell, solange es keine bindenden Maßnahmen vorsieht, bleibt nur ein Dokument ohne Bedeutung in der Praxis. So ein Aufruf der EU spielt für das weißrussische Regime keine Rolle. Deshalb stellt sich die Frage nach dem Sinn einer solchen Erklärung. Dies zeigt allgemein die Schwäche Europas. Die EU ist zwar bekannt für ihre Aufrufe, Erklärungen und Konferenzen. Solange das alles aber nicht offiziell beschlossen wird und konkrete Sanktionen vorgesehen werden, sind solche Dokumente für die politische Praxis inhaltslos.

Nach dem Gipfel der *Östlichen Partnerschaft* in Warschau kann man sagen, dass sowohl positive als auch negative Aspekte zu beobachten sind. Ein Lob für Polen geht für die Unterzeichnung der *Gemeinsamen*

Erklärung, in der sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichten die *Östliche Partnerschaft* zu vertiefen (auch wenn das keine konkreten Schritte vorsieht. Immerhin wurde ein Dokument unterzeichnet, in dem sich andere Mitgliedsstaaten zu weiteren Handlungen verpflichtet haben.). Es wurde auch bei dem Gipfel entschieden, dass die finanzielle Hilfe für die sechs östlichen Nachbarn aufgestockt wird, was angesichts der wirtschaftlichen Situation in der EU und der Nicht-Akzeptanz der Europäer für jegliche Investitionen nicht im eigenen Land, als großer Erfolg gilt.

Am 12. Dezember 2011 wurden Gespräche mit Georgien und Moldawien über Freihandelszonen eröffnet, die im Jänner fortgesetzt werden sollen.

Zu den negativen Aspekten zählt die Abwesenheit einerseits von Weißrussland und andererseits von Cameron und Sarkozy – es zeigt wieder, dass die EU nicht wirklich fähig ist eine gemeinsame Linie zu vertreten. Direkt nach dem Gipfel waren auch die Sorgen um die Situation in der Ukraine groß – im Fall einer Verurteilung von Timoschenko ist die ökonomische Integration der Ukraine mit der EU gefährdet. Dies ist leider auch kurz nach dem Gipfel, nämlich am 11. Oktober 2011, tatsächlich geschehen. Julia Timoschenko wurde wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt. Die Probleme mit der Ukraine und Weißrussland haben sich als größer gezeigt, als man vor dem Gipfel gedacht hatte. Und das war ein großer Misserfolg der polnischen Präsidentschaft.

Durch den Gipfel der *Östlichen Partnerschaft* versuchte die polnische Regierung ein starkes Zeichen zu setzen, dass die Europäische Union ein ernsthaftes Interesse an der Etablierung einer großen Freihandelszone hat. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich tatsächlich bereit erklärt die Verhandlungen mit der Ukraine zu *DCFTA* (Deep and Comprehensive Free Trade Area) bis Ende 2012 abzuschließen. Unabhängig von den

Bemühungen der polnischen Präsidentschaft wurde automatisch aber auch ein negatives Zeichen gesetzt, das die Differenzen zwischen der EU und den östlichen Nachbarn sichtbarer als je zuvor gemacht hat.

10.2.1.a Insider-Gespräche

Ich habe in mehreren Gesprächen mit Experten, die auf der polnischen Seite für die *Östliche Partnerschaft* zuständig waren, erfahren, dass es mehrere Punkte gab, in denen es schwierig oder sehr schwierig war einen Konsens zu erzielen. Die Unterstützung war bis jetzt für alle Beteiligten gleich, unabhängig davon, wie viel sie tatsächlich erreicht und umgesetzt haben. Somit gab es keine Motivation für die betroffenen Staaten. Polen hat sich um eine Änderung diesbezüglich bemüht. Ab jetzt werden Partnerstaaten, die erfolgreich in ihren Reformen sind, mehr Unterstützung seitens der EU bekommen, als Partnerstaaten, die passiv bleiben. Es ist meiner Meinung nach, eine gute Strategie, die bis jetzt der EU gefehlt hat, die aber sehr motivierend für die Betroffenen sein kann. Auf diese Art werden die Staaten der *Östlichen Partnerschaft* nicht gleichgestellt, was im Fall Weißrusslands für die anderen östlichen Nachbarn der EU von Vorteil ist.

Man ist bis jetzt immer davon ausgegangen, dass die *Östliche Partnerschaft* zum Zweck nur die Schaffung von den Freihandelszonen hat. Jetzt spricht man offen darüber, dass dies der erste Schritt in Richtung Integration mit dem Binnenmarkt sein könnte.¹⁰⁸

Die Fristen und Ziele im Bezug auf die Freihandelszonen EU-Ukraine, EU-Moldawien und EU-Georgien waren nicht leicht durch einen Konsens zu erreichen. Man hat sich allerdings im Rahmen der

¹⁰⁸ Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für die Östliche Partnerschaft, Warschau Oktober 2011.

polnischen Ratspräsidentschaft auf konkrete Schritte geeinigt, z.B. im Bereich des visumfreien Verkehrs.

Die österreichischen Medien haben wenig über diesen Gipfel in Warschau berichtet, was ein Zeichen dafür sein kann, dass das Projekt der *Östlichen Partnerschaft* nicht für alle EU-Mitgliedsstaaten die höchste Priorität hat.

In diesem Kontext muss man sich immer vor Augen halten, dass die Staaten der *Östlichen Partnerschaft* sehr unterschiedlich sind, und dass sie von unterschiedlichen Problemen geprägt werden. Wegen dieser Besonderheit der Staaten, müssen sie nicht als Ganzes sondern ganz individuell betrachtet und behandelt werden. In der Ukraine, zum Beispiel, will die EU viel mehr Transparenz des politischen Lebens herstellen, in Weißrussland muss sich laut der EU das System komplett ändern etc. Es sind unterschiedliche Faktoren, die für die EU von Bedeutung sind.

11. Umgang mit unerwarteten Ereignissen

Die Präsidentschaft ist immer auch gezwungen flexibel zu sein, um im aktuellen internationalen Kontext funktionieren zu können. Das bedeutet, dass auch wenn die polnische Regierung es nicht vorhergesehen hätte, dass sich die wirtschaftliche Lage in Europa oder auf der ganzen Welt drastisch und plötzlich ändert, müsste die Präsidentschaft dementsprechend neue Themen auf die Agenda setzen.

In diesem konkreten Fall der polnischen Präsidentschaft hat es sich schon ziemlich schnell herausgestellt, dass Situationen vorkommen, mit denen man nicht gerechnet hat.

Als Beispiel werde ich das *Massaker von Oslo* und auf der norwegischen Insel Utøya, das sich in der zweiten Juli Hälfte ereignet hat, in dem

Anders Behring Breivik achtundsechzig Menschen auf der Insel und weitere acht in der Hauptstadt getötet hat, analysieren. Das war die erste Herausforderung für den polnischen Vorsitz. Es hat wiederum gezeigt, dass die EU, ein enormes Problem mit der Migration und der gesellschaftlichen Akzeptanz dafür hat, und dass die Frage des Terrorismus noch immer aktuell ist, und zwar nicht nur für die USA, sondern auch für die europäischen Staaten. Drei Tage nach dem Massaker hat Tusk mitgeteilt, dass man ein Treffen von Arbeitsgruppen einberufen wird, die sich explizit mit dem Thema des Terrorismus beschäftigen, was vorher keinen Platz im Kalender der Präsidentschaft hatte.

Das Arbeitsgruppentreffen hat tatsächlich stattgefunden - in Brüssel in Zusammenarbeit mit dem Anti-Terror-Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, dem Committee on Terrorism und der Arbeitsgruppe Terrorismus (TWP).¹⁰⁹ Zu Gast waren auch Vertreter der norwegischen Behörden eingeladen, damit man den Fall genauer besprechen konnte. An dem Treffen haben auch andere EU-Organe mitgewirkt, wie Europol, Europäischer Auswärtiger Dienst und Europäische Kommission.¹¹⁰ Im Laufe dessen hat man über aktuelle Antiterrormaßnahmen und den Weg, auf dem terroristische Gruppierungen ihre Mitglieder anwerben, diskutiert. Ziemlich neu im Vergleich zu der Situation nach den Anschlägen auf das World Trade Center im Jahr 2001, war die Beobachtung, dass der Terror nicht immer von einer Gruppe ausgeübt wird, sondern dass man jetzt öfter von den „*einzelnen Wölfen*“ spricht.¹¹¹ Diese Tatsache, dass Terroristen oft ganz alleine handeln und keine Netzwerke mehr aufbauen, macht das Problem noch schwieriger zu identifizieren und zu lösen. Angesichts dieses neuen Charakters des Terrorismus, sollte die EU nach neuen Mechanismen suchen, die nicht

¹⁰⁹ [<http://pl2011.eu/de/content/arbeitsgruppentreffen-zur-terrorbekaempfung>] , 23.08.2011, 14.12 Uhr.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Ebd.

nur organisierte terroristische Gruppierungen auffinden, sondern auch einzelne Menschen. Es ist immer wichtig, dass man gewisse Akzente setzt. Dennoch sind in diesem Fall neue Mechanismen, die den Kampf gegen Terror effektiver machen, genau das, was die EU braucht.

Ich bin der Meinung, dass bei diesem Treffen, kurz nach dem Massaker in Norwegen das eigentliche Hauptmotiv für Breivik, nämlich Migration und Kulturheterogenität in Europa, ausgeblendet worden ist. Man hat dieses Problem nur der Kategorie des Terrorismus zugeordnet, aber man hat sich mit der Tatsache dass der Terrorismus in der EU immer mehr einen nationalistischen Charakter hat, nicht auseinandergesetzt. Diese Tatsache wundert mich ein wenig, weil der Umgang mit der Migration eigentlich zu den Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft gehört, und man in diesem Bereich noch viel mehr hätte machen können.

12. Polen und langfristige Prozesse in der Europäischen Union

Zu den langfristigen Prozessen in der EU gehört die Erweiterung der EU um Kroatien und eventuell um Serbien und die Türkei. Die polnische Regierung hat insgeheim während der ungarischen Präsidentschaft gehofft, dass das Abschließen von allen Kapiteln auf die zweite Jahreshälfte kommen wird. Dies ist allerdings noch Ende Juni passiert, und somit hatte Polen in dieser Angelegenheit keinen Spielraum mehr. Das Abschließen eines solchen Prozesses gehört auf jeden Fall zu den größten Erfolgen überhaupt. Die ungarische Regierung hat in diesem Bereich eine sehr gute Arbeit geleistet. Das einzige, was die polnischen Institutionen noch machen konnten, war es zu versuchen, Kroatien schon jetzt in viele Projekte oder Prozesse einzubeziehen. Ein gutes Beispiel dafür sind *Meetings von Heads of Missions*, die in allen polnischen Botschaften auf der ganzen Welt im Rahmen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert worden sind, an denen die

BotschafterInnen von den EU-Staaten teilgenommen haben. Viele Botschaften haben sich entschieden, in der Kooperation mit dem polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, die kroatischen BotschafterInnen auch einzuladen, um ihnen zu zeigen, wie solche Arbeitstreffen ablaufen und was man sich von solchen Meetings erwarten kann.

Interessant, vor allem für diejenigen, die die Verhandlungen der EU mit der Türkei von der österreichischen Perspektive betrachten, ist die polnische Einstellung dem Beitritt der Türkei gegenüber. In Polen herrscht keine Skepsis in diesem Bereich, was unabhängig davon, ob positiv oder negativ beurteilt wird, auf jeden Fall für die gesamte EU einfach neu und erfrischend ist. Die Gründe dafür habe ich im Kapitel Erweiterung näher analysiert.

Die Europäische Kommission hat am 12. Oktober 2011, so wie jedes Jahr, ihre Strategie bzgl. der Erweiterung für die Jahre 2011-2012 veröffentlicht. In der Strategie bezieht sich die Kommission auf Kroatien, die Türkei, Island, FYROM, Montenegro, Albanien, Serbien, den Kosovo und Bosnien und Herzegowina. Die polnische Präsidentschaft hat mir großer Zustimmung den Bericht angenommen, weil sich die Kommission hauptsächlich für die Erweiterung ausspricht. *Die Konsolidierung und das Erfüllen gewisser Bedingungen* stehen allerdings, sowohl für die Europäische Kommission, als auch für die polnische Regierung im Vordergrund.¹¹²

Für die Ukraine wird es eine sehr große Herausforderung sein, der EU in Zukunft beizutreten. Polen hat sich während der Orangen Revolution in der Ukraine sehr engagiert und für die Demokratie eingesetzt. Jetzt sieht sich Polen nach wie vor als Anwalt der Ukraine in Europa. Dennoch gibt es viele Zweifel, auch in Polen bezüglich eines eventuellen

¹¹² „Lines to take“ vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, KSE, 13.10.2011.

Beitritts. Man ist sich dessen bewusst, dass es noch viel Nachholbedarf in der Ukraine gibt und man vor allem mehr Transparenz in der Politik schaffen muss. Diese und andere Probleme wurden während des informellen Treffens in Sopot zwischen dem 2.-3. September im Rahmen der Präsidentschaft angesprochen. Darüber haben alle EU-Außenminister und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Ashton debattiert. Am zweiten Tag wurden auch andere Außenminister eingeladen. Unter denen waren u.a. Vertreter aus Mazedonien, Montenegro, Kroatien, Island und der Türkei. Dies war ein wichtiges Signal dafür, dass Polen die Idee der Fortsetzung der EU-Erweiterung unterstützt und fördert.

Während seines Besuches in Wien hat der ehemalige polnische Präsident Kwasniewski¹¹³, dem es zu verdanken ist, dass die Vorbereitungsphase Polens auf die Mitgliedschaft in der EU gut und ohne grobe Probleme verlaufen ist, und dass Polen im Jahr 2004 der EU tatsächlich beigetreten ist, die Frage des *europäischen Denkens* angesprochen. Er meinte, Europa fehlt es an diesem gemeinsamen und einheitlichen Denken. Die EU braucht jetzt in der Krise eine Art von Gegensteuerung zu diesem einzelstaatlichen Denken.

Einerseits muss man bedenken, dass dieser Prozess noch sehr jung ist, und es eine Weile dauern kann, bis sich die einzelnen Staaten auf das gemeinsame Denken im Interesse der ganzen EU konsolidieren. Andererseits erwartet man jetzt, vor allem von Polen – einem Land, das sehr pro-europäisch und enthusiastisch eingestellt ist, andere EU-Mitgliedsstaaten mit diesem positiven Denken im Rahmen einer so großen Gemeinschaft *anzustecken*. Der EU fehlt an *european public*

¹¹³ Aleksander Kwasniewski war in den 1980er Jahren in der kommunistischen Partei tätig und nach der Wende war er Mitglied der links-liberalen Partei, für die diese proeuropäische Einstellung nicht üblich war.

opinion.¹¹⁴ Hier in diesem Aspekt sehe ich einen großen Handlungsspielraum für Polen.

12.1.Umweltpolitik

Gleich am Anfang der polnischen Präsidentschaft hat Polen gegen die Europäische Kommission wegen einer neuen Richtlinie zum Handel mit CO₂-Zertifikaten geklagt. Die polnische Regierung hat diese Handlung damit begründet, dass 95% der Energie in Polen aus Kohle entsteht und es kaum andere Möglichkeiten gibt. Diese Klage soll nicht in Verbindung mit der Ratspräsidentschaft stehen, da man schon lange vor der Übernahme des Vorsitzes über diese Klage ernsthaft nachgedacht hatte. An sich war diese Klage nicht so bedeutend, dennoch setzte sie ein Zeichen dafür, dass Polen während der Präsidentschaft nicht wirklich daran interessiert war, die Klimaziele zu erreichen.

Experten, die sich mit der Umweltpolitik und mit dem Klimawandel beschäftigen, kritisieren stark, dass sich die EU angesichts der aktuellen Eurokrise nur mit wirtschaftlichen Themen beschäftigt und ihren Fokus auf die Lösungen der wirtschaftlichen Probleme legt. Dabei gibt es nicht mehr viel Zeit (laut Experten bis 2017) dem Klimawandel entgegen zu steuern. Die kommenden fünf Jahre stellen die letzte Möglichkeit dar, CO₂ Emissionen zu reduzieren und sich auf klimafreundlichere Ziele zu einigen. Die Kritik an der polnischen Ratspräsidentschaft ist zum großen Teil natürlich berechtigt, da die Umweltpolitik nicht nur komplett in den Hintergrund, sondern in Vergessenheit geraten worden ist. Dies könnte man allerdings damit begründen, dass nicht nur die Umweltpolitik, sondern auch andere Themen zum Opfer der wirtschaftlichen Situation in der EU geworden sind.

¹¹⁴ Kwasniewski in der Botschaft der Republik Polen, 5.09.2011.

Kein Staat kann es sich erlauben, für andere Bereiche, die nicht zu den Prioritäten gehören zu engagieren, sonst wirkt die Präsidentschaft zu wenig auf die vorgegebenen Themen konzentriert. Wenn man diese Entscheidungen trifft, wie die Agenda aussehen soll, nimmt man es immer in Kauf, dass gewisse Themen ausgeblendet werden. Deshalb sollte man immer die Aktivitäten eines Staates während der Präsidentschaft im breiteren Kontext sehen.

Nichtsdestotrotz hat zur Zeit der polnischen Präsidentschaft die Klimakonferenz in Durban stattgefunden, für die Polen, aus meiner Perspektive, nicht gut genug vorbereitet war. Die polnische Ratspräsidentschaft wurde damit beauftragt die EU dort zu vertreten und die gemeinsame Position vorzustellen. Hier ist die Vermittlerfunktion der Präsidentschaft sehr sichtbar. Die Klimakonferenzen der UNO sind Ereignisse von extremer Bedeutung, die weltweit verfolgt werden. Die betreffen nicht nur die Umwelt, sondern auch globale Instrumente und Institutionen, die Finanz- und Technologietransfers zwischen den Staaten ermöglichen. Man hat sich zwar im Rahmen dieser Klimakonferenz einigen können, allerdings hat Polen nicht im Interesse der Gemeinschaft, sondern im Eigenen gehandelt. Umweltexperten¹¹⁵ klagen jedoch, dass die Konferenz kein Erfolg war. Man konnte sich nur auf ein *Roadmap* einigen und Themen, die man noch behandeln soll. Allerdings konkrete Maßnahmen gibt es nach wie vor keine. Die EU ist nicht bereit mehr in diesem Bereich zu machen, wenn sich die restlichen Staaten nicht zu mehr als jetzt verpflichten.

115

[\[http://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/artykuly/574722,zmijewski_wynikow_konferencji_w_durbanie_nie_mozna_nazwac_sukcesem.html\]](http://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/artykuly/574722,zmijewski_wynikow_konferencji_w_durbanie_nie_mozna_nazwac_sukcesem.html) 19.01.2012, 16.39 Uhr.

13. Europäischer Rat - 23., 26.Oktober und 8.-9.Dezember 2011

Der Europäische Rat ist ein Treffen der Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedsstaaten unter der Führung des Präsidenten des Europäischen Rates.

„Der Europäische Rat setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Kommission. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik nimmt an seinen Arbeiten teil. Soweit in den Verträgen nichts anderes festgelegt ist, entscheidet der Europäische Rat im Konsens.“¹¹⁶

Der Rat hat sich während der polnischen Ratspräsidentschaft zwei Mal zusammen getroffen - am 23. und am 26. Oktober und am 8. und 9. Dezember in Brüssel. Die beiden Gipfel wurden schon mit großer Spannung erwartet, vor allem wegen der Frage danach wie es weiter im wirtschaftlichen Bereich gehen soll und ob der Euro überhaupt noch zu retten ist. Im Vordergrund stand das Thema der Antikrisenmaßnahmen, die zu diesem Zeitpunkt des Gipfels im Oktober von größter Notwendigkeit waren. Nach den zwei Gipfeln konnten sich die EU-Mitgliedsstaaten auf wichtige Themen einigen.

Das wichtigste vorbereitende Ereignis für den Gipfels am 23. und 26. Oktober war die Sitzung von *General Affairs Council (GAC)* am 11. Oktober. Während der Sitzung wurden Vorschläge des *Berichts für das Wirtschaftswachstum* diskutiert. Das Ziel der polnischen Präsidentschaft war es eine möglichst große Anzahl an Initiativen für

¹¹⁶ [<http://pl2011.eu/de/content/europaeischer-rat-0>] , 3.11.2011, 16.07 Uhr.

Wirtschaftswachstum zu sammeln. Nur auf diese Weise sei die europäische Wirtschaft zu retten.¹¹⁷

Einer von vier Punkten des Anti-Krisen-Pakets war die *Rekapitalisierung von Banken*.

„Wir nahmen Prinzipien an, die unserer Meinung nach eine Rekapitalisierung der Banken ermöglicht. Dieses Element der Einigung bei der Bekämpfung der Krise sollte die Arbeiten der Eurogruppe heute und in der Zukunft erleichtern“¹¹⁸

Es wurde auch eine Aufstockung der Mittel des *Europäischen Rettungsschirmes EFSF* auf eine Billion Euro vereinbart, was den *EFSS* stärkt und eine reelle Hilfe ermöglicht.

Relevant für die aktuelle Debatte war auch die Strategie *Europa 2020* und ihre vollkommene Umsetzung. Dies wurde während des Gipfels am 23. Oktober betont.

Ein nächster wichtiger Punkt war die Festlegung eines gemeinsamen Standpunktes für das Gipfeltreffen G-20 in Cannes. Die EU wird beim Gipfel G-20 durch die Ratspräsidentschaft, die Europäische Zentralbank und die Europäische Kommission vertreten. Allerdings hat Polen an dem Gipfel nicht teilgenommen, sondern Van Rompuy. Für Polen war das eine Möglichkeit eigene Interessen und die Interessen der Staaten, die dem G-20 nicht angehören, zu artikulieren. Leider wurde auch in diesem Fall alles durch die weltweite ökonomische Situation überschattet. Die EU und die USA haben angesichts der wirtschafts-finanziellen Situation und des im Vergleich zu China oder Brasilien sehr schwachen Wirtschaftswachstums eine schwächere Position gehabt.

¹¹⁷ Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für ökonomische Politik (DPE), Warschau Oktober 2011.

¹¹⁸ Donald Tusk, [<http://pl2011.eu/de/content/sondersitzung-des-europaeischen-rates-bruessel>], 4.11.2011, 14.31 Uhr.

Innerhalb der EU waren die Meinungen der Mitgliedsstaaten auch unterschiedlich, im Hinblick auf Erwartungen vom G-20. Dennoch spielte das im Endeffekt keine wichtige Rolle, weil der Gipfel keine konkreten Maßnahmen mit sich gebracht hat. Die Politiker verkündeten nur ambitionierte Ziele. Die Mechanismen, um diese Ziele zu erreichen, fehlen jedoch nach wie vor.

Während des Gipfels hat man auch sehr viel über das Wachstum diskutiert, was zu den wichtigsten Prioritäten der polnischen Präsidentschaft gehört. Eines von den Hauptzielen der EU ist es ein *intelligentes, nachhaltiges, integratives und umweltverträgliches* Wachstum zu schaffen.¹¹⁹ Aus diesem Grund wird der Fokus auf den Binnenmarkt und die Binnenmarktakte gelegt, die das Wachstum im großen Maß fördern soll.

In den Schlussfolgerungen vom Gipfel am 23. Oktober spielt die wirtschaftliche Steuerung eine große Rolle. Die wichtigsten Komponenten dieser Steuerung sind:

- Strategie Europa 2020
- Europäisches Semester
- Euro-Plus-Pakt
- Paket von sechs Gesetzgebungsakten (Sixpack)

In diesem Kontext wurde die Entschlossenheit des Rates betont, diese Maßnahmen tatsächlich umzusetzen und sich auch daran streng zu halten.

Für Polen war es schon immer wichtig, dass kein Europa zweier Geschwindigkeiten entsteht, sondern dass in der gesamten EU ein

¹¹⁹ Europäischer Rat, Übermittlungsvermerk des Generalsekretariats des Rates für die Delegationen, Schlussfolgerungen, EUCO 52/11, Brüssel 23. Oktober 2011.

Solidaritätsgefühl aufgebaut wird. Dies wurde auch in den Schlussfolgerungen des Rates am 23. Oktober erklärt.

„Der Europäische Rat ist sich einig, dass Kohärenz zwischen Maßnahmen des Euro-Währungsgebiets und denen der Europäischen Union bestehen muss, wobei die Integrität der Europäischen Union insgesamt und ihr Funktionieren mit 27 Mitgliedsstaaten voll und ganz gewahrt werden müssen.“¹²⁰

Der nächste Gipfel im Dezember hat auch vor allem wirtschaftliche Themen betroffen. Es hat eine große Debatte über die *Fiskalunion* in der EU stattgefunden. Die meisten EU-Mitgliedsstaaten und die polnische Regierung hatten vor dem Beginn des Gipfels auf eine Änderung in dem Vertrag bezüglich der strengeren Budgetdisziplin gehofft. Im Endeffekt mussten sie sich aber *nur* mit einem Fiskalpakt (Fiskalunion) zufrieden stellen. Dies bedeutet, dass die Beschlüsse keinen gemeinschaftlichen Charakter, sondern einen interstaatlichen haben. Die Beschlüsse werden also von den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschrieben, was meiner Meinung nach v.a. mit zwei großen Problemen verbunden sein wird.

Erstens wenn die Beschlüsse nicht in einem gemeinschaftlichen Vertrag festgehalten werden, werden die EU-Institutionen automatisch aus den Prozessen ausgeschlossen, was wiederum den Trend zu staatlichem Denken fördert. Die EU wird dadurch nicht gestärkt. Zweitens müssen viele von den Staaten, die dem Fiskalpakt zugestimmt haben, bevor sie den Vertrag ratifizieren, diese Beschlüsse noch in eigener Heimat vorstellen und in manchen Fällen ein Referendum durchführen. Wenn es um solche Volksabstimmungen geht, hat uns schon die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon gezeigt, dass ein Nein eines einzelnen Staates, den ganzen Prozess blockieren oder wenigstens verlängern kann.

¹²⁰ Ebd.

Bei dem Gipfel stellte Großbritanniens Position ein großes Problem dar. Nur wegen Großbritannien konnte sich die EU auf eine Änderung des Vertrages nicht einigen, dies muss nämlich einstimmig erfolgen. Trotzdem versuchten viele Politiker den Gipfel als einen Erfolg zu bezeichnen, weil die EU überhaupt eine Lösung gefunden hat. In meinen Augen ist das v.a. eine große Niederlage für Großbritannien. Großbritannien hat damit bewiesen, dass das Land nicht im kollektiven Interesse der EU handeln kann und keine Kompromisse eingeht. Gleichzeitig hat Cameron versichert, dass Großbritannien auf jeden Fall in der EU bleiben möchte, dies liegt im nationalen Interesse Großbritanniens.¹²¹ Sein Veto beschrieb er als *dezent, gescheit und begründet*.¹²² In diesem Kontext frage ich mich, was Großbritannien von der EU noch erwartet, bzw. warum das Land der EU überhaupt beigetreten ist. Das sind aber Fragestellungen, mit denen ich mich im Laufe meiner Arbeit nicht beschäftigen kann, weil sie zu komplex sind. Eines steht allerdings für mich fest: die EU soll sich nicht nur fragen, was man angesichts der Krise machen soll, sondern auch wie sich in Zukunft das Verhältnis mit Großbritannien entwickeln soll.

Ich behaupte, dass dieser Gipfel den Prozess Europa zweier Geschwindigkeiten nicht aufgehalten hat – ganz im Gegenteil. Es werden sich weiterhin zwei Teile Europas entwickeln. Aber die Teilung wird nicht durch die Währung, den Euro, definiert, sondern durch die Ratifikation von dem Vertrag und die Nicht-Ratifikation. Die jeweiligen Staaten, die den Vertrag ratifiziert haben, werden sich schneller von der Krise erholen, als diejenigen, die es nicht gemacht haben (Großbritannien und eventuell andere Staaten, die dagegen stimmen werden). In diesem Fall ist es nicht notwendig, so wie beim Lissabonner

¹²¹ [<http://www.money.pl/gospodarka/unia-europejska/wiadomosci/artikul/cameron;pozostanie;w;unii;to;nasz;interes;narodowy,61,0,988477.html>] 17.01.2012, 12.33 Uhr.

¹²² Ebd.

Vertrag, dass alle Mitgliedsstaaten den Vertrag unterschreiben und ratifizieren, sondern diejenigen Länder, die dafür stimmen, werden den Vertrag umsetzen müssen und andere werden ganz einfach ausgeschlossen.

Somit hat der *Euro Plus Pakt* für die Nicht-Euro Staaten einen freiwilligen Charakter, sie können, müssen ihm aber nicht beitreten. Diejenigen, die ihm beitreten, verpflichten sich selbst innerhalb eines Jahres Fortschritte in gewissen Bereichen (die sie selbst definieren) zu erzielen. Man kann also in diesem Fall von einer Selbstverpflichtung sprechen, die durch ihre Ungezwungenheit motivierend für die Mitgliedsstaaten sein soll.

Der Gipfel am 8. und 9. Dezember hat gezeigt, dass die Ratspräsidentschaft nicht wirklich viel bewegen kann. Es sind nach wie vor Deutschland und Frankreich, die praktische alles bestimmen und Großbritannien, das nur mit einer Stimme Prozesse einfach blockieren kann. Auch wenn sie unterschiedliche Meinungen haben (in diesem Fall wollte Deutschland eine Änderung in dem EU-Vertrag, Frankreich dagegen einen interstaatlichen Vertrag), bestimmen sie im Endeffekt in welche Richtung sich die EU entwickeln wird. Diese Beobachtung kann man allerdings nicht nur als eine Schwäche Polens beschreiben, sondern eher als ein Defizit des europäischen Systems. Der Staat mit dem Vorsitz im Europäischen Rat kann gewisse Akzente setzen, allerdings hat er niemals oder fast niemals das letzte entscheidende Wort. Die während des Gipfels erzielten Erfolge (wenn man die Beschlüsse, die gefallen worden sind, als Erfolge überhaupt definieren kann), sind meiner Meinung nach, vor allem Deutschland und Frankreich zuzuschreiben. Die beiden Staaten haben bewiesen, dass sie sehr wohl ein Motor in der EU sind. Auch hier wäre der polnischen Ratspräsidentschaft nicht gelungen Einfluss auf die anderen Mitgliedsstaaten auszuüben, wenn Deutschland und Frankreich eine andere Meinung vertreten hätten. In diesem Punkt wird meine Hypothese 2 bestätigt.

Der Streit um die Kompetenzen und die Macht in der EU geht weiter – und zwar nicht nur zwischen auf einer Seite Deutschland und Frankreich, und auf der anderen dem Staat, der den Vorsitz innehat, sondern auch zwischen diesen beiden Staaten und dem Präsidenten des Europäischen Rates, der auch gerne einen größeren Einfluss auf die Entscheidungen in der EU hätte. Dies zeigt wiederum, dass die neuen Institutionen in der EU, die mit dem Lissabonner Vertrag eingeführt worden sind, sich nicht wirklich gut etabliert haben, und *de facto* nicht über so viel Macht verfügen, wie es notwendig wäre um die EU zu stärken.

Obwohl viele Aspekte, die von Polen stark unterstützt werden, tatsächlich am 23. und 26. Oktober und dann auch am 8. und 9. Dezember umgesetzt worden sind und wichtige Ziele, die zu erreichen sind, festgelegt wurden, bekommt man als Außenstehender nicht den Eindruck, dass die zwei Gipfel sogar im kleinen Ausmaß durch Polen vorgegeben oder beeinflusst worden sind. Polen stand sehr im Hintergrund; vielleicht war der Grund dafür die Tatsache, dass Polen nicht in der Euro-Zone ist und dann schlussendlich an dem letzten und entscheidenden Treffen am 26. Oktober nicht teilgenommen hat. Vielleicht aber zeigt uns das, dass die neuen EU-Mitgliedstaaten, so wie Polen, bei ganz wichtigen Angelegenheiten keine große Rolle spielen. Vielleicht ist es nur ein Beweis dafür, dass die Europäische Union vor allem aus Deutschland und Frankreich und erst dann aus allen anderen Staaten besteht. Diese Fragen soll sich, meiner Meinung nach, die ganze EU in den kommenden Monaten und Jahren stellen – je nachdem wie die Antworten klingen, wird es sich zeigen ob die EU ihren ursprünglichen Zweck einer vor allem Wirtschaftsgemeinschaft erfüllen kann.

Die beiden Gipfel haben bewiesen, dass die EU-Ratspräsidentschaft ziemlich schnell und oft an ihre Grenzen stößt. Das Vorsitzland hat im

Endeffekt, wie sich oft während der polnischen Präsidentschaft gezeigt hat, minimale Chancen in der EU Einfluss auszuüben.

14. Die Innenpolitik der EU

Zu den wichtigsten Fragen der Innenpolitik gehört die Frage nach der Erweiterung des Schengen-Raums um Rumänien und Bulgarien. Die polnische Regierung hat sich die ganze Zeit während der Präsidentschaft um einen Kompromiss in dieser Frage bemüht.

Dieses Thema wurde öfter im Rahmen des COREPERS (8.09.2011, 14.09.2011 und 21.09.2011¹²³) diskutiert. Dennoch wurden alle eventuellen Entscheidungen durch die Niederlande und Finnland gleich bei der informellen Sitzung von *Justice and Home Affairs (JHA)* am 22. und 23. September blockiert. Diese Staaten haben den Vorschlag der polnischen Ratspräsidentschaft zu einem zweistufigen Verfahren abgelehnt. Dies stellt ein großes Problem in der EU dar, da Rumänien und Bulgarien dem Schengen-Raum dann beitreten sollen, wenn sie die technischen Bedingungen erfüllt haben. Diese wurde auch von den beiden Staaten erfüllt, was schon im Juni 2011 bestätigt worden ist. Bei dieser Frage hat die polnische Ratspräsidentschaft nicht versucht, gemeinsame Punkte mit anderen Mitgliedsstaaten zu finden, was den Prozess im großen Maß negativ beeinflusst hat. Hiermit wird meine Hypothese 1. bestätigt.

15. Polen und die Zukunft der Europäischen Union¹²⁴

Während der ganzen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union zeichnet sich eine sehr klar definierte polnische Linie, die sich auf die

¹²³ Bulletin vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Warschau September 2011.

¹²⁴ Titel der Rede des polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski in Berlin am 28. November 2011.

schwierige Gegenwart und die unsichere Zukunft der EU und der Eurozone bezieht. Wie ich schon mehrmals angesprochen habe, gehört Polen nicht zur Eurozone, trotzdem ist Polens Interesse an einer Lösung der aktuellen Probleme sehr groß und sichtbar. Schon in den ersten Tagen der Präsidentschaft haben die wichtigsten Vertreter der polnischen Politik betont, dass die EU heutzutage vor allem Solidarität und Entschlossenheit braucht. Und genau diese zwei Begriffe wurden mehrmals von Sikorski in seiner Rede in Berlin¹²⁵ als Schlüsselbegriffe erwähnt. Das Hauptproblem der EU laut Sikorski sei nicht die Verschuldung an sich, sondern der Verlust der Glaubwürdigkeit.¹²⁶

Sikorski hat viele sehr wichtige Probleme der Gemeinschaft angesprochen. Die EU braucht starke Institutionen, die auch das Vertrauen der EU-BürgerInnen gewinnen können. Der Europäischen Kommission soll mehr Macht eingeräumt werden. Sie soll die wirtschaftliche Überwachung der gesamten Region übernehmen und die Budgets von Mitgliedsstaaten mit sehr großem Defizit zur Genehmigung vorgelegt bekommen. Die Kommission sollte auch in die Politik der jeweiligen Mitgliedsstaaten, die sich an eigene Vorhaben nicht halten, eingreifen können. Damit die Europäische Kommission effizient und entschlossen handeln kann, schlägt Sikorski vor sie auf höchstens zwölf Mitglieder zu reduzieren. Das würde auch den europäischen Charakter mehr betonen, da nicht jeder Staat jeweils einen Vertreter in der Kommission hätte.

Auch die Europäische Zentralbank soll gestärkt werden, es ist wichtig, dass sie durch alle Mitgliedsstaaten als eine Instanz mit enormer

¹²⁵ Am 28. November 2011 in Berlin, auf Einladung der DGAP (Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik) und der Zeitung Die Welt. Die Rede hat für viel Aufsehen in der EU gesorgt. Es gab Meinungen, dass diese Ansprache eine von den besten in letzter Zeit in der europäischen Politik war.

¹²⁶ Dieser Kapitel bezieht sich auf die gesamte Rede von Radoslaw Sikorski in Berlin, erreichbar unter [\[https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf\]](https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_poland_and_the_future_of_the_eu_0.pdf), 30.11.2011, 14.39 Uhr.

Relevanz betrachtet wird. Ihre Handlungen sollen viel schneller als jetzt passieren. Das Europäische Parlament sollte nur einen Sitz haben und seine Mitglieder, sollen zumindest zum Teil, von einer gesamteuropäischen Liste gewählt werden.

All diese Maßnahmen und Vorschläge sollen laut Sikorski die Legitimität der EU und das Vertrauen in ihre Strukturen vergrößern. Dies sind natürlich eher radikale Lösungsvorschläge, die den nationalen Regierungen sehr viel Macht entziehen würden, und die natürlich auch auf sehr viel Gegenstand seitens der größten polnischen Oppositionspartei PiS gestoßen haben. Dennoch sind das nur typische für das Verhältnis PO-PiS Kritikpunkte und Versuche sich gegenseitig zu blamieren. Relevant ist, dass sowohl der polnische Ministerpräsident Tusk, als auch der polnische Außenminister Sikorski ständig und konsequent die Position vertreten, dass man in Zeiten der Krise trotz allen Kontras besonders viel Vertrauen der EU gegenüber haben soll. So äußert sich diese oft angesprochene Solidarität.

Es ist beeindruckend, dass der große Teil der Politiker der Bürgerplattform nicht versucht auf die nationale Schiene abzubiegen, um Wählerstimmen zu bekommen, sondern konsequent für die Unterstützung für die EU plädiert.

Sikorski betont auch, dass wenn man Europa unbedingt teilen möchte, dann sicher nicht so wie bisher: *altes und neues Europa*, sondern wachstumsstarkes Europa, und Europa, welches in großer wirtschaftlichen Stagnation steckt. In einem solchen Fall würden die Grenzen komplett anders verlaufen, als bei dem Konzept *altes und neues Europa*. Es weist darauf hin, dass u.a. Polen oder die Slowakei in den letzten Jahren eine sehr positive wirtschaftliche Entwicklung hingelegt haben, die sich vor allem in dem Wirtschaftswachstum widerspiegelt. All das ist allerdings ein Ergebnis strenger Reformen, die die jeweiligen Gesellschaften in Kauf genommen haben, und die

jeweiligen Regierungen konsequent umgesetzt haben. Genau das braucht die EU auch jetzt.

In dem Abschlusswort seiner Rede spricht Sikorski von den größten Gefahren für die EU heutzutage. Das ist nicht der Terrorismus oder russische Raketen an der EU-Grenze, sondern ein eventuelles Ende der Eurozone. Daraus kann man ableiten, dass aus diesen drei großen Bereichen mit polnischen Prioritäten, definitiv das Wachstum und die Stabilität in Europa die Wichtigsten sind. Seine Hoffnung legt der polnische Außenminister vor allem auf Deutschland – ein starkes großes EU-Land, das im Moment sehr viel bewegen kann. Sikorskis Worte diesbezüglich werden auf jeden Fall in die Geschichte Polens und Europas eingehen:

"Ich bin wahrscheinlich der erste polnische Außenminister in der Geschichte, der das sagt, aber hier ist es: Ich habe weniger Angst vor deutscher Macht, als ich anfangs, mich vor deutscher Inaktivität zu fürchten"¹²⁷

Sikorskis Ansprache war inhaltlich sehr stark und konkret. Die Forderungen und Vorstellungen, die er hat, sind, meiner Meinung nach, genau das, was die EU heutzutage braucht. Diese Art vom *Leadership* brauchen die EU-BürgerInnen. Leider hat diese Rede keine Konsequenzen mit sich gebracht. Für die Hauptakteure der EU sind Sikorskis Aussagen von kleiner Relevanz.

16. Intergouvernementale Lösung oder der gemeinschaftliche Weg? – die ersten internationalen Reaktionen auf Ergebnisse der polnischen Ratspräsidentschaft

Mitte Dezember hat Tusk eine Rede im EU-Parlament gehalten – üblich für alle Regierungs- bzw. Staatschefs der jeweiligen Staaten, die den

¹²⁷ [<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,800486,00.html>] 16.01.2012, 15.32 Uhr.

Vorsitz im Rat der EU innehaben; am Anfang und am Ende der Präsidentschaft. Diese Gelegenheit dient dazu, um zurück blicken zu können und die letzten sechs Monate zusammen zu fassen. Es ist eine Chance, objektiv und ehrlich zu sagen, was in dieser Zeit gelungen ist und in welchen Bereichen die Gemeinschaft noch Nachholbedarf hat, außerdem was nützlich für die anderen Staaten der Troika sein kann.

Tusk hat sich in seiner Ansprache¹²⁸ auf die wichtigsten aktuellen Themen konzentriert, wie z.B. die tiefe Krise in der EU und das Bedürfnis nach Reformen. Er hat mehrmals betont, dass sich Europa jetzt an einem Punkt befindet, an dem man unbedingt entscheiden muss, in welche Richtung die EU gehen wird. Wird das der gemeinschaftliche Weg sein, der die Abgabe der Kompetenzen durch die Regierungen an die EU-Institutionen bedeuten würde? Oder entscheidet sich Europa für die intergouvernementale Variante, die laut Tusk zum Zerfall Europas führen wird?

Tusk hat auch die Tatsache, dass Polen sich schon immer stark für die Stärkung der EU-Institutionen eingesetzt hat angesprochen – dies sei nämlich der einzige Ausweg aus der aktuellen Krise.

“This leadership cannot be the leader of one or two countries, even the most strong ones. It has to be a leadership based on European institutions. If we can’t fulfill this task then future generations will curse the crisis and curse us too,”¹²⁹

Dem polnischen Ministerpräsidenten ist allerdings gleichzeitig auch klar, dass es sehr schwer war bzw. noch immer ist, in Zeiten wie jetzt den europäischen Geist in anderen EU-Staaten zu verbreiten.

¹²⁸ Die ganze Ansprache im Internet verfügbar unter [\[http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/przemowienie_pe_14.12.2011.pdf\]](http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/przemowienie_pe_14.12.2011.pdf), 15.12.2011, 09.50 Uhr.

¹²⁹ [\[http://www.euronews.net/2011/12/14/eu-presidency-slams-eurosceptic-britain/\]](http://www.euronews.net/2011/12/14/eu-presidency-slams-eurosceptic-britain/) 15.12.2011, 09.42 Uhr.

Tusk hat, aus meiner Sicht, die zweite Hälfte des Jahres 2011 positiv beurteilt. Er glaubt, dass sich Polen in dieser Zeit um die Stärkung Europas bemüht und viele wichtigen Initiativen, wie z.B. die *Östliche Partnerschaft* oder das *Sixpack*, umgesetzt hat. Allerdings gibt er auch zu, dass er beziehungsweise Polen es nicht geschafft haben mehr Vertrauen der BürgerInnen in die EU und ihre Institutionen zu gewinnen. Tusk hat mit Bedauern festgestellt, dass die Krise in Europa leider nicht kleiner geworden ist und dass Europa nicht in einem größeren Ausmaß vereint ist als vor sechs Monaten. Er meinte: *„die Krise ist vor allem in unseren Herzen, nicht nur in den Banken“*.¹³⁰

Die polnische Regierung hat aber in dieser Zeit sehr hart an der Stärkung Europas gearbeitet – Tusk meinte dies im Sinne von - wir haben gekämpft, was nicht unbedingt heißt, dass man gewinnt. Natürlich müssen wir uns angesichts der fatalen Lage der EU fragen, ob solche Bemühungen, die nicht mit Erfolgen gekrönt werden, ausreichend sind. Wahrscheinlich nicht. Allerdings muss ich dem auch zustimmen, dass die polnische Regierung in den letzten sechs Monaten einen sehr starken Willen gezeigt hat, die EU-Institutionen zu reformieren bzw. zu stärken. Leider standen in den meisten Fällen hinter diesem starken Willen, keine konkreten Handlungen.

Tusk hat auch eine eventuelle Änderung des bestehenden Vertrags angesprochen – man solle sich überlegen, was an dem System Europas die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft stark beeinträchtigt hat.

„Dzisiaj jak nam jest wygodnie, omijamy zobowiązania traktatowe. A więc powiedzmy sobie uczciwie: potrzebna jest bardzo głęboka, poważna debata na temat ustroju politycznego Europy, który da Europie wspólnotowe przywództwo. A więc

¹³⁰ Eine freie Übersetzung aus dem Polnischen.

naprawdę hasło naszej prezydencji „Więcej Europy w Europie” ma także swój wymiar polityczny.”¹³¹

„Heutzutage ist es für uns sehr bequem unsere im Vertrag festgehaltenen Verpflichtungen zu umgehen. Also sagen wir uns ganz ehrlich: eine sehr tiefe und ernsthafte Debatte über das politische System Europas ist notwendig. Ein System, welches Europa gemeinschaftliches Leadership gibt. Also das wirkliche Motto unserer Präsidentschaft „Mehr Europa in Europa“ hat auch einen eigenen politischen Charakter.“¹³²

Dieser polnische EU-Optimismus und Enthusiasmus war tatsächlich auch in anderen Teilen der EU, auch wenn nur kurzfristig, spürbar. Nach der Ansprache von Tusk im EU-Parlament haben viele EU-Abgeordnete, als auch der Präsident der EU-Kommission Barroso die polnische Präsidentschaft mit einer Stimme als sehr gut erklärt.

Martin Schulz, der Vorsitzende der *sozialdemokratischen Fraktion* (SPE) im EU-Parlament, hat die polnische Präsidentschaft als „*die beste in den letzten Jahren*“¹³³ beurteilt.

Barroso meinte, dass die polnische Regierung sehr professionell und mit großem Engagement in den letzten sechs Monaten gearbeitet hat. Er hat auch den polnischen Willen zur Stärkung der EU-Institutionen gelobt – dies sei noch heute, genauso wie im Juli sehr inspirierend für den Rest Europas. Im Mittelpunkt soll laut ihm die Stärkung des Binnenmarktes stehen, eines von den Prioritäten der polnischen Regierung während der letzten sechs Monate. Die EU braucht nicht nur Stabilität, sondern auch Entwicklung – meinte der Präsident der EU-Kommission. Solche Entscheidungen in Richtung Entwicklung wurden im Rahmen der polnischen Ratspräsidentschaft auch getroffen. Barroso hat auch von

¹³¹ Rede von Donald Tusk erreichbar unter [\[http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/przemowienie_pe_14.12.2011.pdf\]](http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/przemowienie_pe_14.12.2011.pdf), 15.12.2011, 09.49 Uhr.

¹³² eigene Übersetzung aus dem Polnischen.

¹³³ [\[http://www.tvn24.pl/-1,1727913,0,1,walczyla-o-wiecej-europy-barroso-chwali-polske,wiadomosc.html\]](http://www.tvn24.pl/-1,1727913,0,1,walczyla-o-wiecej-europy-barroso-chwali-polske,wiadomosc.html), 14.12.2011, 16.36 Uhr, eigene Übersetzung aus dem Polnischen.

dem Sixpack als von einem wichtigen Erfolg der polnischen Präsidentschaft gesprochen.

Joseph Daul der Vorsitzende der Fraktion der *Europäischen Volkspartei* (EVP) hat sich auch mit den Zielen der polnischen Regierung identifiziert. Dem polnischen Ministerpräsidenten ist es laut Daul gelungen das Bild des Europas, das stolz auf eigene Werte ist, zu übermitteln. In seiner Beurteilung hat Polen erfolgreich gezeigt, dass die EU mit der gemeinschaftlichen Methode nur gewinnen kann.

Olle Schmidt, ein Abgeordneter von der *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa*, hat betont dass der polnische Ministerpräsident eine wirkliche pro-europäische Politik betrieben hat und großen Herausforderungen mit Mut entgegen gekommen ist.

Bas Eickhout von der *Fraktion der Grünen*, hat zum Teil die polnische Ratspräsidentschaft auch gelobt, was den Kampf gegen die aktuelle Krise angeht. Allerdings gab es von seiner Seite auch Kritik an den mangelnden Handlungen im Bereich Klimawandel.

Das Ziel der polnischen Ratspräsidentschaft war das Ende des Jahres 2011 in der Formel 27+1 (27 EU-Staaten und Kroatien), und die größte Gefahr war die Formel 17+10 (17 Staaten in der Eurozone + 10 Staaten mit nationaler Währung). 17+10 würde bedeuten, dass die Teilung Europas bzw. die Idee des Europas zweier Geschwindigkeiten fortgesetzt wird. Angesichts der aktuellen Krise würde das nur eine Verschlechterung der Situation bedeuten. Ich bin der Meinung, dass eine weitere Fragmentierung Europas zu noch mehr Destabilisierung der Märkte führen würde.

Die Formel 27+1 konnte man, meiner Meinung nach, schlussendlich nicht erreichen. Einerseits stehen die meisten EU-Staaten einer Erweiterung offen gegenüber. Auch der Beitritt Kroatiens in die EU ist

sicher. Allerdings während des Rates am 8. und 9. Dezember konnten sich alle siebenundzwanzig Staaten nicht auf eine Fiskalunion einigen. Eine große Enttäuschung war das Nein von Großbritannien zur Fiskalunion. Diese Stellung Großbritanniens hat automatisch eventuelle Änderungen im Vertrag blockiert. Schweden, Ungarn und die Tschechische Republik machten ihre Entscheidungen von dem abhängig, was die nationalen Parlamente in dieser Angelegenheit sagen werden. Ungarn hat sich allerdings nach Konsultation bereit erklärt, dieser Gruppe von dreiundzwanzig EU-Mitgliedstaaten, die die Fiskalpolitik vertiefen wollen, beizutreten.

Viele EU-Mitgliedsstaaten haben trotzdem diese Beschlüsse des Rates als Erfolg deklariert, weil man sich auf Sanktionen geeinigt hat, im Fall einer Überschreitung des Budgetdefizits oder der staatlichen Verschuldung. Dennoch klagt die Europäische Kommission, dass diese Fiskalunion, ohne Änderungen im Vertrag keine automatischen Mechanismen oder Sanktionen für die Sünderstaaten bedeutet.

„Nach dem EU-Gipfel gratulierte EU-Kommissionspräsident Barroso der polnischen Ratspräsidentschaft zu ihrer beeindruckenden Leistung. Er erklärte, er sei „überaus erfreut, dass wir nun starke Schlussfolgerungen haben, die den Jahreswachstumsbericht der Kommission für das Jahr 2012 begrüßen. Dies ist nun unser Bezugsrahmen für die Arbeit im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Koordinierung – das europäische Semester und all die Instrumente, die wir nun haben, um die Wirtschaftspolitik in den Institutionen der Europäischen Union zu koordinieren. Nun kommt es darauf an, dass all diese Beschlüsse auch ordnungsgemäß umgesetzt werden, damit wir wieder auf den Weg des Wachstums zurückfinden.“ Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich auch auf ein Sofortprogramm von Maßnahmen zur Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung.“¹³⁴

¹³⁴ [http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2011/12/20111208_speeches_1_de.htm], 16.12.2011, 11.15 Uhr.

17. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft in den Medien¹³⁵

Die EU-Abgeordneten und Barroso haben eine positive, zum Teil auch sehr positive, Kritik über die polnische Ratspräsidentschaft geäußert. Skeptischer wurde dieses Thema in den Medien betrachtet.

Die französischen Medien waren, meiner Meinung nach, die Ersten, die die polnische Ratspräsidentschaft kritisiert haben. *Le Monde* schrieb¹³⁶, dass die beispiellose wirtschaftliche Krise in der EU, Polen gezwungen hat während der zweiten Hälfte des Jahres 2011 nur eine Beobachterrolle zu spielen. Der Gipfel des Rates im Oktober hat gezeigt, dass Europa zweier Geschwindigkeiten keine Gefahr der Zukunft, sondern bereits die Gegenwart ist. Dies befürchten die neuen Mitgliedsstaaten, darunter Polen am meisten. *Le Monde* berichtet auch über die Einführung des Euros in Polen. Es wird gesagt, dass die polnische Regierung zwar nach wie vor sich für die Einführung des Euros ausspricht, allerdings anders als vor zwei Jahren, keinen konkreten Zeitplan festlegt. *Le Monde* schreibt auch über Polens Position bzgl. des Budgets für die Jahre 2014-2020. Die polnische Regierung sei nur auf das eigene Interesse v.a. auf die Regionalpolitik konzentriert, und handelt nicht im gemeinsamen Interesse der EU. Die französischen Medien allgemein haben die polnische Präsidentschaft zwar als gut vorbereitet beschrieben, allerdings wurden alle Bemühungen der polnischen Regierung durch die Krise vernichtet.

Financial Times konzentriert sich in den meisten Artikeln auf die gute wirtschaftliche Situation in Polen, und nicht auf die Ratspräsidentschaft. Dennoch, wenn man schon von dem Vorsitz

¹³⁵ Ich habe mir die Berichterstattung in den für mich wichtigsten Medien aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich angeschaut. Analysiert habe ich auch die Berichte auf EUobserver.

¹³⁶ [http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/10/25/paris-berlin-deux-approches-differentes-pour-sauver-l-euro_1593682_823448.html], 25.11.2011, 23.34 Uhr.

spricht, dann v.a. in Verbindung mit der Rolle Deutschlands. Betont werden gute Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und die Tatsache, dass die polnische Regierung eingesehen hat, dass man Deutschland auf jeden Fall auf seiner Seite haben muss, wenn man in der EU etwas erreichen möchte.¹³⁷ *Financial Times* zitiert Sikorski:

„With Germany, our first duty is to our immediate neighbourhood, and that is where we have the biggest impact.“¹³⁸

EUobserver schreibt am 14. Dezember 2011:

„Traditionally, the EU’s rotating presidency presents an opportunity for the holding member state to show its best as it finds itself in the limelight for half a year, presiding over meetings of ministers and, with a bit of luck, closing important dossiers. No such luck for Poland, however, whose achievements were overshadowed by the eurozone crisis, with the French and German leaders stealing most of the attention.“¹³⁹

Weiter findet man auch Kritik an der Untätigkeit Polens bzgl. des Beitritts Rumäniens und Bulgariens zum Schengen. *EUobserver* behauptet, dass das Highlight der polnischen Ratspräsidentschaft die Rede von Sikorski in Berlin war. Dies ist, meiner Meinung nach, sehr zutreffend, allerdings für die Geschehnisse in der EU von geringer Bedeutung. In dem Artikel wird auch Polens Rolle bei der Klimakonferenz in Durban erwähnt. Dies wurde oft von den Umweltgruppen stark kritisiert und als *shameful*¹⁴⁰ beschrieben.

Die Rede von Sikorski war auch für *The Economist* ein Thema.¹⁴¹ Hier wurde auch, wie in anderen Medien, betont, dass die polnische Regierung v.a. Deutschland als den Motor der EU sieht. Die Vorschläge,

¹³⁷ Jan Cienski, Shift from global ambition puts the accent on Europe. *Financial Times*, 17.11.2010.

¹³⁸ Ebd.

¹³⁹ Philip Ebels, Poland sees praise for EU presidency in turbulent times, *EUobserver*, 14.12.2011, 20.36.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ E.L., Sikorski: German inaction scarier than German in action. *The Economist* 29.11.2011, 13.04.

die Sikorski in seiner Rede gemacht hat, wurden in dem Artikel genauer besprochen.

Deutsche Zeitungen, wie z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung oder Die Welt haben zwar viel über die Geschehnisse in der EU berichtet, allerdings ohne Fokus auf die polnische Ratspräsidentschaft.

In den österreichischen Zeitungen sprach man zu zwei Zeitpunkten über den polnischen Voritz: am Anfang und am Ende der zweiten Jahreshälfte 2011. Im Juli 2011 haben sich die meisten Zeitungen optimistisch gezeigt und lobten die Vorbereitungen der polnischen Regierung und die wirtschaftliche Situation in Polen. Zum Schluss waren sie schon skeptischer. Die Presse definierte die polnische Ratspräsidentschaft als einen Prozess mit gutem Anfang und schwachem Ende.¹⁴² Auch hier wird das Bekenntnis Polens zu der Rolle Deutschlands angesprochen. Das Nachbarland steht definitiv im Vordergrund bei den Entscheidungsfindungsprozessen in der EU. Die Presse erwähnte allerdings auch solche Politiker wie Sikorski oder Rostowski¹⁴³ Sie sind gute Experten, die charismatisch auftreten. Allerdings spielt das für die gesamte EU jetzt nur eine Nebenrolle. Man zählte in dem Artikel die Misserfolge der polnischen Ratspräsidentschaft: die Umweltpolitik, das Patentrecht, das einheitliche EU-Kaufrecht, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und die Beziehungen zu Weißrussland und der Ukraine.¹⁴⁴ Es steht zwar nicht zur Debatte, dass die polnische Regierung nicht alleine die Schuld für diese Niederlagen trägt, sondern dass mehrere Faktoren das ausmachen. Nichtsdestotrotz wurde der polnische Vorsitz als inhaltlich wenig bedeutend definiert.

¹⁴² Oliver Grimm, Polens Vorsitz: Starker Anfang, schwaches Ende. Die Presse, 30.12.2011.

¹⁴³ Der polnische Finanzminister.

¹⁴⁴ Oliver Grimm, Polens Vorsitz: Starker Anfang, schwaches Ende. Die Presse, 30.12.2011.

In dem Kontext der Berichterstattung in den Medien, muss ich feststellen, dass die meisten Medien nur Deutschland, Frankreich und Großbritannien als relevant betrachtet haben. Von der polnischen Ratspräsidentschaft sprach man eher wenig. Ich vermute, dass es zwei Gründe dafür gibt. Zum einen liegt das an den Veränderungen, die der Lissabonner Vertrag mit sich gebracht hat. Der Staat mit dem Vorsitz im Rat der Europäischen Union steht nicht mehr im Vordergrund. Dies wurde durch den Präsidenten des Rates ersetzt. Zum einen haben aber die meisten Medien erkannt, dass Deutschland, Frankreich und Großbritannien, unabhängig von der Präsidentschaft ihre Entscheidungen treffen. Diese Hauptakteure bestimmen zum großen Teil die Geschehnisse in der EU. Deshalb konzentrieren sich die Medien auf diese Staaten.

18. Schlussfolgerungen

Meine Schlussfolgerungen betrachte ich im Kontext meiner beiden Hypothesen. Die erste bezieht sich auf die Ausarbeitung gemeinsamer Programmpunkte mit anderen Mitgliedsstaaten. Die zweite auf die Position und Bedeutung der Hauptakteure Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens.

Technisch gesehen war die polnische EU-Ratspräsidentschaft sehr gut vorbereitet. Das Land hat sehr viel Geld, Kraft, Zeit und Fachwissen in die Vorbereitungen investiert. Inhaltlich komme ich zu dem Entschluss, dass die erzielten Erfolge, in meiner Betrachtung, meine zwei Hypothesen bestätigen.

Erstens konnte man in vielen Bereichen sehen, dass Polen erfolgreich war, unter der Bedingung, dass die Programmpunkte mit anderen Mitgliedsstaaten abgesprochen worden sind. Dies zeigt nicht unbedingt die Schwäche Polens, sondern das Bedürfnis nach Kooperation in der EU. Einzelne Akteure sind nicht fähig große Fortschritte zu erzielen. Der

liberale Institutionalismus besagt auch, dass man nur durch Kooperation gewinnen kann, was sich im Laufe meiner Arbeit immer wieder bestätigt hat.

Bereiche, in denen Polen gut mit anderen Staaten kooperiert hat waren:

- Verhandlungen über das Sixpack. Die Arbeiten wurden abgeschlossen. Man hat schon mit der Durchführung der Reformen begonnen.
- Im Bereich des Wirtschaftswachstums hat die polnische Präsidentschaft sehr viele Gespräche initiiert und das Thema stand tatsächlich ständig im Vordergrund. Dies war allerdings nicht nur von der Agenda der Präsidentschaft abhängig, sondern das Thema hätte jede Präsidentschaft dominiert. Hier waren die äußeren Umstände entscheidend. Die polnische Regierung hat auch in der EU eine Debatte über die Vertiefung des Binnenmarktes intensiv geführt. Allerdings behaupte ich, dass die polnische Präsidentschaft nur gewisse Akzente gesetzt und keine konkreten Maßnahmen beschlossen hat.
- Die Verhandlungen über den neuen Budgetrahmen für die Jahre 2014-2020 wurden erfolgreich und intensiv durch die polnische Präsidentschaft geführt. In diesem Bereich hat man viele Fortschritte gemacht und die Arbeit der zwei anderen Staaten der Troika wurde durch den Konsens, den Polen in diesem Bereich erzielt hat, erleichtert.
- Im Bereich der Östlichen Partnerschaft ist es gelungen die Gespräche über Freihandelszonen mit Georgien und Moldawien zu beginnen.

- Der polnischen Präsidentschaft ist es zum Teil gelungen den EU-Optimismus zu verbreiten. Der Effekt wird, meiner Meinung nach, nicht von Dauer sein. Allerdings hat die polnische Regierung es geschafft, sich als sehr pro-europäisch zu zeigen. Das Land wird jetzt anders wahrgenommen. Vor allem am Anfang der Präsidentschaft wurden die wirtschaftlichen Erfolge Polens in den Medien betont, was eine gute *Werbung* für das Land war. Allerdings später haben die europäischen Medien nicht so viel darüber berichtet.

Die zweite Hypothese wurde auch in vielen Aspekten bestätigt:

- Die Arbeiten im Bereich Wirtschaft (Sixpack, European Financial Stability Facility, Fiskalunion) wurden v.a. durch Deutschland und Frankreich bestimmt. Die polnische Präsidentschaft hat sie zwar als eigene Prioritäten definiert und auch fleißig daran gearbeitet, allerdings waren das diese Akteure, die der Motor für diese Geschehnisse waren.
- Die polnische Ratspräsidentschaft hat keine Fortschritte im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erzielt, da die Hauptakteure daran nicht interessiert waren. Großbritannien war hauptsächlich gegen die Vorschläge von Polen und Deutschland und Frankreich haben sich auf die wirtschaftlichen Themen konzentriert.
- Die Arbeiten an dem Europäischen Patentrecht wurden auch nicht abgeschlossen, da sich die Hauptakteure auf den Sitz des Patentgerichts nicht einigen konnten. Auch hier war es für die polnische Präsidentschaft nicht möglich alleine einen Konsens zu finden.

- Das Single Market Forum war zwar für die TeilnehmerInnen informativ, allerdings wurde es durch das Desinteresse der Hauptakteure und durch die Eurokrise überschattet.
- Die Östliche Partnerschaft, neben dem Sixpack das größte Vorhaben der polnischen Präsidentschaft, hat sich im Endeffekt als Misserfolg gezeigt. Die Beziehungen mit der Ukraine und Weißrussland sind schlechter geworden. Polen ist natürlich nicht schuld daran. Diese externen Faktoren waren von der Präsidentschaft nicht zu beeinflussen. Allerdings wurde auch hier bestätigt, dass wenn Deutschland und Frankreich gewisse Themen nicht als Prioritäten sehen, man kaum Möglichkeiten hat Erfolge zu erzielen.
- Die Erweiterung der EU ist während der polnischen Präsidentschaft, bis auf das Unterzeichnen des Abkommens mit Kroatien, ein schwieriges Thema gewesen. In diesem Bereich wurden kaum Fortschritte erzielt.
- Die Umweltpolitik fiel zum Opfer sowohl der polnischen Präsidentschaft, als auch der aktuellen Eurokrise.

Meine Kritik an der polnischen Ratspräsidentschaft kann man nicht mit Kritik an Polen gleichsetzen, sondern eher als Kritik an dem politischen System der EU. Polen hat sich gut für diese sechs Monate vorbereitet. Die Kritik, die ich geäußert habe, zeigt eher, dass die EU-Ratspräsidentschaft allgemein gewisse Schwächen hat und in ihrer Macht sehr begrenzt ist. Dies ist auch durch die Situation in der EU impliziert worden. Solange Deutschland, Frankreich und Großbritannien das letzte Wort haben, wird die Meinung anderer Mitgliedsstaaten ausgeblendet. Diese drei Hauptakteure zeigen jedoch auch ihre Schwächen. Das größte Problem, meiner Meinung nach, ist die Tatsache, dass diese drei Staaten nicht fähig sind eine

gemeinsame Linie auszuarbeiten. Deutschland und Frankreich gelingt es momentan nicht Großbritannien auf ihre Seite zu ziehen.

Meine Hauptkritik an Polen während dieser sechs Monate betrifft einerseits die Prioritäten und andererseits die Kooperation mit anderen Mitgliedsstaaten. Ich behaupte, dass Polen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu seiner Priorität hätte machen sollen. Man konnte es voraussehen, dass man in so kurzer Zeit, die durch die Eurokrise überschattet ist, es nicht schaffen wird, im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Reformen durchzuführen. Was die Kooperation mit anderen Mitgliedsstaaten anbelangt, bin ich der Meinung, dass Polen noch mehr gemeinsame Programmpunkte hätte ausarbeiten sollen. Auch wenn dies mit Deutschland und Frankreich nicht gelingt, gibt es noch andere Mitgliedsstaaten, mit denen man Bündnisse schließen könnte. Man erkennt langsam, dass Deutschland und Frankreich kein Heilmittel für die aktuelle Eurokrise haben. Aus diesem Grund soll man nach anderen Konstellationen suchen, die auch Potenzial haben. Europa darf nicht passiv bleiben und nur auf zwei oder drei Staaten zählen. Alle tragen die gleiche Verantwortung für das, was mit der Gemeinschaft passiert.

19. Abkürzungsverzeichnis

bzgl. - bezüglich

bzw. – beziehungsweise

ca.- circa

d.h.- das heißt

etc. – et cetera

Mio. – Millionen

Mrd. – Milliarden

sog.- so gennante/r

u.a. – unter anderem

v.a. – vor allem

z.B.- zum Beispiel

20. Literaturverzeichnis

Literatur:

Balázs, Péter: Bilanz der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft 2011, Friedrich Ebert Stiftung, August 2011 [<http://library.fes.de/pdf-files/id/o8353-20110803.pdf>].

Lemke, Christiane: Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, München 2008.

Lada, Agnieszka: Die Herausforderungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011, in: Polenanalysen Nr. 63, 19.01.2010, erreichbar unter [www.laender-analysen.de/polen].

Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung, Bonn 1985, Vornbäumen, Axel: Dynamik in der Zwangsjacke. Die Präsidentschaft im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft als Führungsinstrument, Band 5, Bonn 1985.

Dokumente von polnischen Ministerien:

Bulletin vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, September 2011.

Europäische Kommission, zit.in. Bericht: Realisierung des Budgets der EU für das Jahr 2010, 13.10.2011.

Europäisches Newsletter des polnischen Wirtschaftsministeriums, Nr. 16/11, 20.10.2011.

Europäisches Newsletter des polnischen Ministeriums für Wirtschaft, Nr. 14/11, 30.09.2011.

Europäischer Rat, Übermittlungsvermerk des Generalsekretariats des Rates für die Delegationen, Schlussfolgerungen, EUCO 52/11, Brüssel 23.Oktober 2011.

Informationsbulletin des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Oktober-November 2011.

Informelle Information vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für die europäische Politik, Brüssel, 21.11.2011.

Joint Declaration of the Warsaw Eastern Partnership Summit, Warsaw, 29-30 September 2011.

„Lines to take“ vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, KSE, 13.10.2011.

Rede von Radoslaw Sikorski in Berlin, erreichbar unter https://dgap.org/sites/default/files/event_downloads/radoslaw_sikorski_pol_and_and_the_future_of_the_eu_o.pdf, 30.11.2011.

Rede von Donald Tusk im EU-Parlament,
http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/przemowienie_pe_14.12.2011.pdf, 15.12.2011.

The Krakow Declaration, Single Market Forum,
<http://www.mg.gov.pl/files/upload/14617/20111004%20THE%20KRAKOW%20DECLARATION.pdf>, 29.11.2011.

Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, anhand M. Monti, A New Strategy for the Single Market. At the Service of Europe's Economy and Society, Report to the President of the European Commission José Manuel Barroso, May 2010.

Working Paper des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung der ökonomischen Politik (DPE), Oktober 2011.

Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für die Koordination der polnischen Ratspräsidentschaft (DKPPR), März 2011.

Working Paper vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Abteilung für die Östliche Partnerschaft, Warschau Oktober 2011.

Zusammenfassung zum Thema Erweiterung, die vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet worden ist.

Zeitungsartikeln:

Ciensi, Jan: Shift from global ambition puts the accent on Europe. Financial Times, 17.11.2010.

E.L., Sikorski: German inaction scarier than German in action. The Economist 29.11.2011, 13.04.

Ebels, Philip: Poland sees praise for EU presidency in turbulent times, EUobserver, 14.12.2011, 20.36.

Friedinger, Daniela: Polen probt Aufstieg zur dritten Kraft, in: WirtschaftsBlatt, 30.06.2011
http://www.wien.polemb.net/gallery/Wieden/Wydarzenia/Prezydencja%20w%20mediach/Wirtschaftsblatt,30.06.2011_Polen%20probt%20Aufstieg%20zur%20dritten%20Kraft.pdf 09.09.2011.

Grimm, Oliver: EU-Vorsitz: Start für polnische Ratspräsidentschaft, in: Die Presse, 01.07.2011
<http://www.wien.polemb.net/gallery/Wieden/Wydarzenia/Prezydencja%20w%20mediach/EU-Vorsitz-%20Start%20fur%20polnische%20Prasidentschaft.pdf>, 9.09.2011.

Grimm, Oliver: Polens Vorsitz: Starker Anfang, schwaches Ende. Die Presse, 30.12.2011.

Kirchengast, Josef: Bekannte Sorgen und ein vertrautes Tier in: Der Standard, 29.06.2011

<http://www.wien.polemb.net/gallery/Wieden/Wydarzenia/Prezydencja%20w%20mediach/Der%20Standard,%2029.06..pdf>, 10.07.2011.

Tiroler Tageszeitung, Onlineausgabe vom 06.09.2011

<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikContainer/3330815-8/ex-pr%C3%A4sident-kwasniewski-polen-k%C3%B6nnte-neuer-motor-in-der-eu-sein.csp>, 9.09.2011, 09.05Uhr.

<http://euobserver.com/1016/113971>, 21.10.2011.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/eu-ukraine-gipfel>, 12.01.2012.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/o,1518,800486,00.html> 16.01.2012.

<http://www.euronews.net/2011/12/14/eu-presidency-slams-eurosceptic-britain/> 15.12.2011.

<http://www.tvn24.pl/-1,1727913,0,1,walczyla-o-wiecej-europy-barroso-chwali-polske,wiadomosc.html>, 14.12.2011 – eigene Übersetzung.

http://www.lemonde.fr/politique/article/2011/10/25/paris-berlin-deux-approches-differentes-pour-sauver-l-euro_1593682_823448.html, 25.11.2011.

Andere Internetquellen:

EU-Institutionen:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0043&language=DE>, 19.12.2011.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/speeches-statements/2011/12/20111208_speeches_1_de.htm, 16.12.2011.

Europäische Kommission, Stabilitäts- und Wachstumspakt,
http://ec.europa.eu/economy_finance/sgp/index_de.htm, 22.09.2011.

Europäische Kommission, Komunikat Komisji Strategia 2020, Strategia na rzecz inteligentnego i zrównoważonego rozwoju sprzyjającego włączeniu społecznemu, Brüssel, 03.03.2010,
http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/1_PL_ACT_part1_v1.pdf, 26.08.2011.

Europäische Kommission, Binnenmarktforum
http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/single_market_forum_de.htm, 29.11.2011.

http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/smf_workshops_en.htm, 11.01.2012.

Europäische Kommission, Pressemitteilung, 12.09.2011,
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1023&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>, 12.01.2012.

Europäische Kommission, Pressemitteilung “Besuch der EU-Kommissare Füle und De Gucht in Istanbul: Stärkung der erneuerten EU-Agenda für die Zusammenarbeit mit der Türkei“, Brüssel, 16.11.2011.

Website der polnischen EU-Ratspräsidentschaft:

http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/po_godzinach/ulotka_ger_screen.pdf , 08.09.2011.

Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 1.Juli 2011- 31. Dezember 2011, veröffentlicht vom polnischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten,

http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/o_prezydencja/programm_der_polnischen_ue-ratspräsidentschaft.pdf .

Towards a European consensus on growth, Report of the Polish Presidency of the Council of the European Union,

http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/spotkania_i_wydarzenia/præsidency_report_on_growth.pdf, 11.01.2012.

<http://pl2011.eu/de/content/rat-fuer-verkehr-telekommunikation-und-energie-tte-zum-thema-verkehr>, 12.01.2012.

<http://pl2011.eu/de/content/ostpolitik-europas-pflichten> , 08.09.2011.

<http://pl2011.eu/de/content/arbeitsgruppentreffen-zur-terrorbekaempfung>, 23.08.2011.

<http://pl2011.eu/de/content/europaeischer-rat-o>, 3.11.2011.

<http://pl2011.eu/de/content/sondersitzung-des-europaeischen-rates-bruessel>, 4.11.2011.

Andere:

<http://www.donaustrategie.info/> 19.12.2011.

<http://wybory2011.pkw.gov.pl/wyn/pl/000000.html#tabs-1> , 07.12.2011.

<http://www.buzek.pl/en/node/7137>, 29.08.2011.

<http://www.wernerhoyer.de/> 12.12.2011.

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Webseite der Bundesregierung, 29.09.2011

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/09/2011-09-29-reform-stabilitaets-und-wachstumspakt.html> 16.01.2012.

http://www.bundesfinanzministerium.de/nrnn_53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20110920_29_Faq_Schuldenkrise.html?nn=true , 05.01.2012.

www.tvn24.pl

<http://de.rian.ru/business/2011004/260823246.html>, 12.01.2011.

<http://www.wien.polemb.net/index.php?document=750>, 12.01.2011.

http://www.dw-world.de/image/0,,4216629_1,00.jpg, 30.09.2011.

<http://www.money.pl/gospodarka/unia-europejska/wiadomosci/artykul/cameron;pozostanie;w;unii;to;nasz;interes;narodowy,61,0,988477.html>, 17.01.2012

http://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/artykuly/574722,zmijewski_wynik_ow_konferencji_w_durbanie_nie_mozna_nazwac_sukcesem.html
19.01.2012.

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/a1/Baku_pipelines.svg
20.01.2012.

21. Anhang

Unofficial translation

Dear Chancellor,

At the time when we concentrate our efforts to counter the financial and economic crisis and mitigate the uncertainties about the future path of European integration it is as important as ever to show the EU's ability to deliver growth securing solutions.

The Polish Presidency has made the Single Market one of its' key priorities, believing that it is the right instrument to spur growth and bring tangible gains. One of the most important and most promising Single Market projects, to which much dedication has been granted by all recent Presidencies, is the unitary patent protection. This new framework could reduce the patenting costs for European companies as much as fivefold and establish unitary protection under specialised Court. When faced with increased global competition we cannot afford to maintain one of the most expensive patent regimes in the world, as it suppresses both the innovativeness and competitiveness of our enterprises. Intensive work carried out in last months has brought us almost to the finishing line of the negotiations. I sincerely believe that by the end of this year we could bring to a successful end the negotiations with the European Parliament on the two regulations and close negotiations on the draft intergovernmental agreement on the common Court system.

The challenge to conclude this dossier is by no means an easy one but at times of hardship brave and innovative answers are required. We need to show that we can deliver common solutions to the benefit of European business and our citizens. I therefore turn to you seeking support and political will to find a common ground and finally, after more than 30 years of discussions, make the unitary patent a reality.

Sincerely yours,

Donald Tusk /-/

A. ***Brief von Donald Tusk an Werner Faymann,***

Stockholm/Warsaw/Brussels 19 October 2011

Dear Colleague,

An intensive autumn lies ahead of us for the enlargement dossiers, with the Commission's enlargement package presented on 12 October followed by the decision by the Council in December. However, it is also important for us to look ahead, beyond 2011.

We are finalizing the process of accession of Croatia, which has recently concluded the accession negotiations. The signature of the Treaty is foreseen for December 2011 in Warsaw. On 1 July 2013, Croatia will become our 28th Member State.

The enlargement package just presented by the Commission contains important recommendations that may allow for the creation of a new momentum for the Western Balkan countries. Drawing on the consensus with strict but fair conditionality which allowed for the conclusion of the negotiations, we should now reinstate our clear commitment to the enlargement perspective for the countries in the Western Balkans and provide maximum clarity about the expectations we have of the respective reform course in those countries. Iceland's EU process can be a positive contribution to the enlargement agenda and the country will now enter a more intensive and advanced stage of the negotiations with several important challenges ahead. Turkey's strategic importance for the EU has been manifested through the events during the Arab Spring and the country's strong economic performance. The EU integration process can be an important guiding star for continuing reform efforts, including in the area of constitutional reform.

The above points illustrate that enlargement is as important for the European Union as it is for the aspirant countries. To discuss these issues we have the honour to invite you to a **high-level "Enlargement Forum" on 14 November in Brussels**. Following a very brief introduction by us as hosts we hope to launch an open, informal discussion only amongst ourselves, where we leave our speaking notes behind and engage in a spontaneous exchange of views. There will be no minutes and no outcome document from the discussions.

The Forum will be conducted in the form of an informal dinner at the Permanent Representation of Poland in Brussels from 7 p.m. to 9 p.m.

We would be honoured if you would accept our personal invitation to you and to a close collaborator of your choice to participate in this event.

Yours sincerely,



Carl Bildt



Radosław Sikorski



Štefan Füle

B.

Brief von Bildt, Sikorski und Füle

C. Joint Declaration of the Warsaw Eastern Partnership Summit,

Warsaw, 29-30 September 2011

The Heads of State or Government and representatives of the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, Georgia, the Republic of Moldova and Ukraine, the representatives of the European Union and the Heads of State and Government and representatives of its Member States have met in Warsaw on 29-30 September 2011 to renew their commitment to the objectives and continued implementation of the Eastern Partnership. The President of the European Parliament and the representatives of the Committee of the Regions, the Economic and Social Committee, the European Investment Bank and the European Bank for Reconstruction and Development were also present at the Summit.

The Prague Summit in May 2009 launched a strategic and ambitious Eastern Partnership as a specific dimension of the European Neighbourhood Policy, to further support Eastern European countries' sustainable reform processes with a view to accelerating their political association and economic integration with the European Union. The agenda agreed in Prague contains the guiding principles of the Eastern Partnership, and the participants of the Warsaw Summit re-affirm their commitment to implement them fully.

The Warsaw Summit recognises that reinforced reform efforts serve a common interest, and need therefore to be applied in a spirit of shared ownership and mutual accountability. The Eastern Partnership is based on a community of values and principles of liberty, democracy, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law. All countries participating in the Eastern Partnership are committed to these values through the relevant international instruments. Any European Union Member State is also committed to them through the Treaty on European Union. The participants of the Warsaw Summit acknowledge the European aspirations and the European choice of some partners and their commitment to build deep and sustainable democracy. They highlighted the particular role for the Eastern Partnership to support those who seek an ever closer relationship with the EU.

Much has been achieved already. Political and economic reforms have been implemented in partner countries and relations between the EU and its Eastern European partners have deepened significantly. There is more trade and economic interaction between the EU and its Eastern European partners than ever before. In order to consolidate this trend, the EU and most of its partners are engaged in negotiations on Association Agreements which will also lead to Deep and Comprehensive Free Trade Areas as soon as the conditions are met. At the same time, they are engaged in progressing towards increased mobility across the continent. Dialogues on visa-free regimes have been launched with Ukraine and the Republic of Moldova. Visa-facilitation and readmission agreements are being implemented with Georgia and similar agreements will be sought with the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan and the Republic of Belarus.

It is part of the essence of the Eastern Partnership to engage with all strands of societies, beyond governments. The Warsaw Summit welcomes the establishment of the Euronest Parliamentary Assembly, as well as the increased role of civil society, through the Civil Society Forum. It welcomes

the creation of an Eastern Partnership Business Forum and of the Conference of Regional and Local Authorities of the Eastern Partnership.

Recognising and welcoming the progress made so far, the participants of the Warsaw Summit underlined that much remains to be done to reach the goals of the Eastern Partnership, including by adapting existing instruments of co-operation. In this regard, they welcomed the publication of the Communication of the High Representative and the Commission on the review of the European Neighbourhood Policy¹⁴⁵. Greater differentiation and mutual accountability will allow individual partners to better meet their aspirations, needs, and capacities. According to these principles, the pace of reforms will determine the intensity of the cooperation, and partners most engaged in reforms will benefit more from their relationship with the European Union, including closer political association, deeper gradual economic integration in the EU Internal Market and increased EU support. This entails support for civil society and social and economic development, as well as comprehensive institution-building, strengthening respect for human rights and the rule of law, greater market access, increased EIB financing in support of investments and greater facilitation of mobility in a well-managed and secure environment. The resolution of conflicts, building trust and good neighbourly relations are essential to economic and social development and cooperation in the region.

The participants agree that the Eastern Partnership must be significantly strengthened and commit to stepping up its implementation, with the objective of building a common area of democracy, prosperity, stability and increased interactions and exchanges. They also agree that the achievements and the progress of the Eastern Partnership must bring direct and clearly perceived benefits to the citizens of partner countries, and they commit to enhancing their efforts to make the Eastern Partnership visible to all.

* * *

The Heads of State or Government and representatives of the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, Georgia, the Republic of Moldova and Ukraine, the representatives of the European Union and the Heads of State or Government and representatives of its Member States, are committed to the success and the development of the Eastern Partnership, and have therefore agreed to the following:

A deeper bilateral engagement: Political association, Socio-Economic integration and mobility

1. The Eastern Partnership aims to create the necessary conditions to accelerate political association and further economic integration between the European Union and interested partner countries, recognising the economic benefits of enhancing trade in goods and services, the potential for increased investment flows and the importance of progressive economic integration with the EU Internal Market. The

¹⁴⁵ COM(2011) 303 final, 25 May 2011

Eastern Partnership will seek to further support political and socio-economic reforms in the partner countries, facilitating comprehensive approximation towards the European Union, leading progressively to economic integration in the EU Internal Market, and therefore to the creation of an economic area between the EU and partner countries.

2. Progressive approximation with EU rules and practices require a high degree of commitment from partner countries to complex and broad-ranging reforms, underpinned by strong institutional capacity. This will necessitate sustained commitment and support by the EU to help partner countries engaged in undertaking challenging reforms, according to the principle of mutual accountability and differentiation.

3. The Association Agreements with comprehensive reform agendas and, where appropriate, with Deep and Comprehensive Free Trade Areas (DCFTAs) as an integral part, are the cornerstones of relations under the Eastern Partnership. Productive negotiations have taken place with Ukraine. In this context, the participants of the Warsaw Summit look forward to the possible finalisation of negotiations by the time of the EU-Ukraine Summit in December 2011. Good progress has been made in the Association Agreement negotiations with the Republic of Moldova, and significant progress were made in the negotiations with the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, and Georgia. As far as the DCFTA part of Association Agreements with Georgia and the Republic of Moldova are concerned, it is envisaged that such negotiations could start by the end of this year, provided sufficient progress has been made in fulfilling a number of remaining key recommendations. Building on the substantial work accomplished, Armenia is pursuing its efforts to become ready for DCFTA negotiations as soon as possible.

4. In order to facilitate the implementation of Association Agreements, Eastern Partnership Association Agendas will progressively be established. A limited number of priority areas for cooperation will be jointly identified and accompanied by measurable benchmarks. Monitoring of progress and assistance to partner countries will focus more particularly on these benchmarks and priorities.

5. The participants of the Warsaw Summit welcome the launch of an Eastern Partnership Business Forum on 30 September in Sopot and the support it can provide to accompany in particular negotiations on Association Agreements and DCFTAs and establish a competitive and inclusive market economy. In this regard, the promotion of investment and a vibrant and innovative SME sector is of significant importance.

6. The participants of the Warsaw Summit welcome the Macro-Financial Assistance provided by the EU to some partner countries during the recent economic crisis. The EU macro-financial assistance instrument may also be mobilised in the future to assist partner countries to address short-term balance-of-payments difficulties when the pre-conditions are met and when the programmes are linked to a meaningful reform agenda.

7. The participants of the Warsaw Summit agree to strengthen cooperation in areas related to freedom, security and justice, and coordination between the relevant frameworks, both at the bilateral and regional levels. Further cooperation and coordination will include in particular the prevention of and the fight against illegal migration, the promotion of secure and well managed migration and mobility and integrated border management, the fight against drugs, organised crime, trafficking in human beings and money-laundering, the fight against terrorism as well as the fight against corruption and further work towards a fully independent judiciary. Convening meetings at ministerial level will help to ensure appropriate political guidance and coordination. Moreover, bringing the Söderköping Process under the aegis of the Eastern Partnership multilateral track will allow enhancing the dialogue and cooperation on the broader migration agenda. The participants of the Warsaw Summit encourage the cooperation of the EU specialised agencies active in the areas related to freedom, security and justice with interested partner countries.

8. It remains a core objective of the Eastern Partnership to enhance mobility of citizens in a secure and well-managed environment. This objective entails visa facilitation and readmission agreements as a first step. Once these agreements are concluded and effectively implemented, the EU and the partner countries will take gradual steps towards visa-free regimes in due course on a case-by-case basis provided that conditions for well-managed and secure mobility set out in two-phase action plans for visa liberalisation are in place. In this context, the participants of the Warsaw Summit take stock of progress made by the Republic of Moldova and Ukraine in the implementation of their respective Action Plans on visa liberalisation. These Plans could serve as models for other partner countries bearing in mind the specificity and progress of each country.

9. The participants of the Warsaw Summit also welcome the effective implementation to date of the visa facilitation and readmission agreements with Georgia. They look forward to the launch of negotiations of such agreements with the Republic of Belarus for the benefit of the population at large, the Republic of Armenia and the Republic of Azerbaijan. They underline the opportunities opened by the EU Visa Code for improving visa delivery for *bona fide* travellers, in particular for students, researchers and businesspeople. They welcome the establishment of Mobility Partnerships, in line with the global approach to migration, with the Republic of Moldova and Georgia and good progress made by the Republic of Armenia in this respect, and look forward to establishing similar frameworks with other partners.

10. The participants of the Warsaw Summit welcome the launch of Comprehensive Institution Building programmes to support the implementation of the future Association Agreements including DCFTAs as well as to support the implementation of the action plans towards visa liberalisation. They also welcome Pilot Regional Development Programmes which will assist partners in addressing economic, social and regional imbalances.

Participation in EU programmes and Agencies and enhanced sector cooperation

11. The participants of the Warsaw Summit agree to facilitate, including through continued co-financing, participation by partner countries in EU programmes and agencies. They also look forward to the signature of a Memorandum of Understanding on the association of the Republic of Moldova to the 7th Framework Programme for Research and Technological Development. The participants of the Warsaw Summit welcome the entry into force of a protocol enabling the participation of the Republic of Moldova in EU programmes and the recent signature by Ukraine of a similar protocol and look forward to other partner countries' concluding such protocols. They also welcome the increased interaction of partner countries in EU agencies in various areas, including aviation safety, food safety and the fight against drugs. They agree to establish a priority list to facilitate participation of partner countries in programmes and agencies.

12. The participants of the Warsaw Summit welcome the fact that since the launch of the Eastern Partnership, sector cooperation has increased in a wide range of sectors. They call for enhancing sector cooperation and dialogue including through ministerial or senior officials meetings, as appropriate.

13. Recalling their energy interdependence, the participants of the Warsaw Summit agree to strengthen their energy partnership. They welcome the existing bilateral and multilateral cooperation on energy. They will promote an inclusive and open policy on energy security, transportation and supply. The participants of the Warsaw Summit agree to work further towards integrating their energy markets, including by closer involvement of the interested Eastern Partnership countries in the Energy Community Treaty. They welcome the recent membership of the Republic of Moldova and Ukraine in the Energy Community Treaty, and encourage other partner countries to join it. The participants of the Warsaw Summit agree to further strengthen long term energy security, including through cooperation on stable and secure energy supply and transit, nuclear safety, competitive energy markets, and through enhancement of physical infrastructure according to market principles, to enhance energy efficiency and the use of renewable energy sources and welcome the launch of the Eastern Europe Energy Efficiency and Environment Partnership with Ukraine and agree to work toward extending its membership to other interested partners. With regard to the development of strategically important infrastructure to ensure the diversification of the routes of the supply of energy to the European market from the Caspian Sea, the EU and partners concerned take note of the concrete steps taken towards the realisation of the Southern Corridor. Underlining the importance of nuclear safety, also as concerns the possible construction of new nuclear plants, they welcome the increased cooperation in this area and encourage transparency, accessibility of information and full compliance with international nuclear safety and environmental agreements, and take note of the recent endorsement of the Declaration on stress tests.

14. In the transport sector, the infrastructure network of EU and partner countries should be linked more tightly in order to facilitate exchanges of people and goods. This can be achieved through closer market integration and improved infrastructure links. The participants of the Warsaw Summit further agree to enhance cooperation on transport, in particular in the framework of the Eastern Partnership multilateral track.

The participants of the Warsaw Summit take note of the good progress being made in developing a wider European Common Aviation Area. They welcome the signature of the Common Aviation Area Agreement between the EU and Georgia and the recent start of negotiations with the Republic of Moldova and look forward to finalising negotiations with Ukraine. They encourage other interested partners to negotiate similar agreements.

15. The participants of the Warsaw Summit recognise that progress towards a Green Economy which is environmentally sustainable and efficiently uses resource and energy is a key shared objective. They remain committed to comply with international environmental law standards. They agree to take urgent action to address climate change and combat environmental degradation, including caused by obsolete pesticides and other hazardous chemicals. They also agree to promote climate change dialogue and sharing of best practices, which should help implement international climate agreements and enable partner countries to actively use fast-start and long-term support to reach their climate policy aims. They welcome the ongoing development of a Shared Environment Information System.

16. The participants of the Warsaw Summit agree to develop cooperation on agriculture and rural development including in the framework of the European Neighbourhood Programme for Agriculture and Rural Development (ENPARD). They welcome the conclusion of the Agreement on protection of geographical indications of agricultural products and foodstuff with Georgia, they look forward to the signature of a similar agreement with the Republic of Moldova, and encourage other partners to conclude such agreements.

17. In the light of the increasing role of information and communication technologies in the democratization of societies, the participants of the Warsaw Summit agree to enhance the liberalisation of electronic communications and welcome the work toward a network of Eastern Partnership electronic regulators.

18. Co-operation and policy dialogue under the Eastern Partnership on education, research, youth and culture should be further enhanced, including through the launch of an Eastern Partnership Youth Programme, the continuation of the Eastern Partnership Culture Programme and expanding participation in relevant programmes, including the successor of the Lifelong Learning, Culture and Youth in Action programmes. A Common Knowledge and Innovation Space linked to Smart Growth and the EU innovation agenda will be established in order to give the policy more impact and visibility.

Strengthening of multilateral co-operation

19. The participants of the Warsaw Summit welcome the progress made in the multilateral track of the Eastern Partnership. The multilateral Platforms will further help advance partner countries' legislative and regulatory approximation to the EU *acquis* by allowing exchanges of experiences and best practices. The work programme of the platforms and panels will be reviewed to allow flexibility in responding to the needs of partner countries and to take into account new areas of cooperation. The participants of the Warsaw Summit further agree to focus on a swift implementation of the five Eastern Partnership Flagship Initiatives which support concrete cooperation projects between the EU and partner countries. They welcome and look forward to complementary and reinforcing national programmes, such as the Estonian Centre of Eastern Partnership focused on administrative capacity, as well as the Eastern Partnership Academy of Public Administration in Warsaw.

20. The participants of the Warsaw Summit acknowledge the significance of multilateral cooperation which is being enhanced through the Eastern Partnership and stress the importance to ensure coherence between various relevant regional initiatives and networks. They recall that the Eastern Partnership could help to develop closer ties among the partner countries themselves.

21. The participants of the Warsaw Summit welcome the establishment of the Euronest Parliamentary Assembly which will play an important role in supporting progress towards the realisation of the objectives of the Eastern Partnership. They welcome the launch of a yearly Conference of Local and Regional Authorities of the Eastern Partnership held under the auspices of the Committee of the Regions. They call upon the Committee of the Regions to work with the local and regional authorities from Eastern partners to establish a permanent institutional framework of cooperation.

22. The participants of the Warsaw Summit underline the important role civil society plays in pursuing the goals of the Eastern Partnership. They commit themselves to fully support the work of civil society and promote the development of civil society's role in support of democracy, sustainable socio-economic development, good governance and the rule of law. The Eastern Partnership Civil Society Forum and its National Platforms are essential to promote democratic values on which the Eastern Partnership is based. The Forum's involvement in the implementation of the Eastern Partnership should be strengthened, including through reinforced capacity and enhanced participation in the Eastern Partnership multilateral track. Targeted support has been, and will strongly continue to be, provided to civil society in partner countries in full coherence with existing instruments and structures, and possibly through the establishment of a Civil Society Facility and a European Endowment for Democracy.

23. The participants of the Warsaw Summit welcome the EIB and EBRD financial contributions to the Eastern Partnership, including through the EIB Eastern Partners Facility. They also welcome the establishment of the Eastern Partnership SME Facility

to support the development of the SME sector and the contributions made through the Neighbourhood Investment Facility to support infrastructure projects which help connect the EU with Eastern partners, implemented in cooperation with European Financial Institutions.

The European Union has allocated considerable financial resources of up to EUR 1900 million in the period 2010-2013 in order to advance the implementation of the Eastern Partnership in the framework of bilateral and regional programmes. Risk capital and guarantee schemes are important financing instruments to promote economic development, in particular to support SME which are key drivers for job creation and innovation. Building on the success of previous experiences both in the Mediterranean region and in the Eastern partner countries, the participants of the Warsaw Summit stress the need to explore possible options to further support risk capital operations in the Eastern Neighbourhood.

As stipulated in the conclusions of the EU Foreign Affairs Council of the 20 June 2011, the allocation of additional resources from the European Union will be decided for the period 2012-2013 to support the implementation of the European Neighbourhood Review and, in this framework, the follow-up of the Warsaw Summit, for the benefit of partners committed to reforms. The participants of the Warsaw Summit look forward to the European Commission's proposal to establish under the next multi-annual financial framework a new European Neighbourhood Instrument which will, inter alia, reflect the new level of ambition of the European Neighbourhood Policy

24. The participants of the Warsaw Summit take note of the cooperation with IFIs and third countries interested in donor coordination and more generally in the development of the Eastern Partnership, including through the informal Information and Coordination Group, without prejudice to the principles of cooperation with third states, as defined in the Prague Declaration.

25. The participants of the Warsaw Summit agree to develop political co-operation and dialogue between the EU and partner countries, including as regards governance reforms, joint efforts to enhance regional security and resolve conflicts, as well as relevant global and regional foreign and security issues of common interest.

26. The participants of the Warsaw Summit reaffirm that the Eastern Partnership should further promote stability and multilateral confidence-building and that conflicts impede cooperation efforts. They therefore emphasise the need for their earliest peaceful settlement on the basis of the principles and norms of international law and the decisions and documents approved in this framework. They welcome the EU's strengthened role in conflict resolution and confidence building efforts in the framework or in support of existing agreed formats and processes, including through field presence when appropriate. They also welcome the appointment of the new EU Special Representative for the South Caucasus and the crisis in Georgia. They stress the importance of the presence on the ground of the EU Monitoring Mission in

Georgia. They also welcome the recent decision to resume official negotiations in the “5+2” format aiming at a viable and comprehensive political settlement of the Transnistrian conflict.

27. Stronger dialogue and cooperation on international security issues will be sought, including with a view to partners’ possible participation in civilian and military EU-led operations. Cooperation between the EU and partner countries, as well as regional cooperation projects and EU assistance programmes, will place greater emphasis on peaceful conflict resolution and confidence building measures.

28. The participants of the Warsaw Summit emphasize the need to promote and disseminate the key principles and activities of the Eastern Partnership among the public, and agree to take additional action to increase its visibility including by using the Eastern Partnership label widely to identify relations and activities between the EU and the partner countries.

29. The participants of the Warsaw Summit welcome the intention of the High Representative and the European Commission to propose by the end of this year a roadmap, in consultation with partners, that would list the objectives, instruments and actions and guide and monitor their implementation until the next Summit in the second half of 2013.

Declaration on the situation in Belarus adopted on the occasion of the Eastern Partnership Summit in Warsaw on 30 September 2011

The Heads of State and Government and representatives of the EU and its member states express their deep concern at the deteriorating human rights, democracy and rule of law situation in Belarus, deplore the continuing deterioration of media freedom in Belarus and call for the immediate release and rehabilitation of all political prisoners, an end to the repression of civil society and media and the start of a political dialogue with the opposition. The EU is also deeply concerned about reports that prisoners are denied access to their families and lawyers as well as to medical care while being put under psychological and physical pressure. The European Union has consistently offered to deepen its relations with Belarus and, while reaffirming its policy of critical engagement, reiterates that such a deepening is conditional on progress towards respect by the Belarusian authorities for democracy, the rule of law and human rights.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Name: Aleksandra Wierzbicka

Wohnort: Wien,

Staatsbürgerschaft: polnisch

Geburtsdatum: 13 Jänner 1986 in Starachowice, Polen

Ausbildung:

2005-2012 Diplomstudium der **Politikwissenschaft** an der Universität Wien

Spezialisierungsmodule:

- Internationale Politik,
- Friedens- und Konfliktforschung,
- Ost- und Mitteleuropa

2008-2009 Auslandsjahr im Rahmen des Studentenaustauschprogramms Erasmus an der Universität Warschau, **Institut für Politikwissenschaft und Publizistik**

2003-2005 Polnische Schule in Wien (einmal pro Woche, parallel zum österreichischen Gymnasium), Abschlusszeugnis

2003-2005 Bundesgymnasium Fichtnergasse, 1130 Wien (Matura mit gutem Erfolg bestanden)

September 2003 Umzug nach Österreich

2002-2003 High School in Warschau

Berufliche Tätigkeit:

Seit 2009 Botschaft der Republik Polen in Wien,

1.04.2009 – 31.08.2010 Referentin der *politisch-ökonomischen Abteilung*,

01.09.2010 bis jetzt im *Büro des Botschafters*

01.09.2007-31.08.2008 Customer Service Professional bei **Vodafone Germany** mit Sitz in Warschau

Wissenschaftliche Arbeit:

Publikation „*Staatenlose KurdInnen in Syrien*“ in:

Schmidinger, Thomas (Hrsg.), *Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora*, Wien 2011.

Abstract

Die vorliegende „*Analyse der polnischen EU-Ratspräsidentschaft*“ befasst sich mit den Geschehnissen in der EU in der zweiten Hälfte des Jahres 2011. Relevant dabei ist der Kontext der Veränderungen, die der Lissabonner Vertrag eingeführt hat. Es wurden zwei Hypothesen aufgestellt:

- Wenn die polnische Regierung im Vorfeld der Präsidentschaft mit den übrigen Mitgliedsstaaten gemeinsame Projektpunkte erarbeitet, dann erhöht sich die Chance erfolgreiche Maßnahmen zu beschließen.
- Wenn die Präsidentschaft versucht, eigene Vorstellungen von großer Tragweite in den Vordergrund ihres Programms zu stellen, dann ist ein Erfolg nur gewährleistet, wenn diese von den Hauptakteuren (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) unterstützt werden.

Die Analyse fokussiert sich auf die Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft: *Wirtschaftswachstum, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und EU-Erweiterung bzw. Kontakte mit Drittstaaten*. Im Vordergrund sowohl der polnischen Präsidentschaft, als auch der vorliegenden Arbeit stehen vor allem die Eurokrise und die Suche nach Lösungen dafür. Im Bereich der Wirtschaft haben einige Veränderungen stattgefunden, die die Ökonomie ankurbeln sollen. Dies wird in der Analyse genauer behandelt. Die EU-Erweiterung und die Zusammenarbeit mit den Drittstaaten haben mit der Ausnahme des Assoziierungsabkommens mit Kroatien, große Defizite aufgewiesen. Der Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik fiel zum Opfer der Eurokrise und des Desinteresses von Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Im Laufe der Arbeit wird vor allem bewiesen, dass das Instrument der Ratspräsidentschaft in der jetzigen Form im Vergleich zu den Hauptakteuren in der EU nur von geringer Bedeutung ist.

Das Ziel dieser wissenschaftlichen Arbeit war, die Möglichkeiten und Grenzen der EU-Ratspräsidentschaft zu erforschen. Dabei werden auch ihre Funktionen analysiert.

Abstract

This “*Analysis of the Polish Presidency in the Council of the European Union*” concerns itself with the processes in the EU in the second half of the year 2011. A very important context is created by the fact, that there are many changes in the political system of the EU, that was introduced by the Lisbon Treaty. In the analysis two hypotheses were discussed:

- if the Polish Presidency prepares in advance with the other Member States joint programme points, then the chance to adopt successful measures increases.
- if the Polish Presidency tries to put its own ideas of great significance to the fore of its programme, then success is assured only when they are supported by the main actors (Germany, France and the United Kingdom).

This analysis is focused on the priorities of the Polish Presidency: *the economic growth, the Common Foreign and Security Policy and the EU-Enlargement and contacts with third countries*. The centre of attention of the Polish Presidency and of this analysis is the European debt crisis. Concerning the economic growth there have been some procedures to stimulate the economy, and this topic is a big part of this analysis. The EU-Enlargement and contacts with third countries were more problematic than Poland had been expecting for. Also the Common Foreign and Security Policy was neglected by the economic crisis and German, French and British lack of interest.

In the course of the analysis this is shown, that the instruments of the Presidency in their current form have minor importance only, especially when they are compared to the role of Germany, France and the United Kingdom in the EU.

The aim of this research is particularly focused on to explore the capabilities and limits of the Presidency in the Council of the European Union.